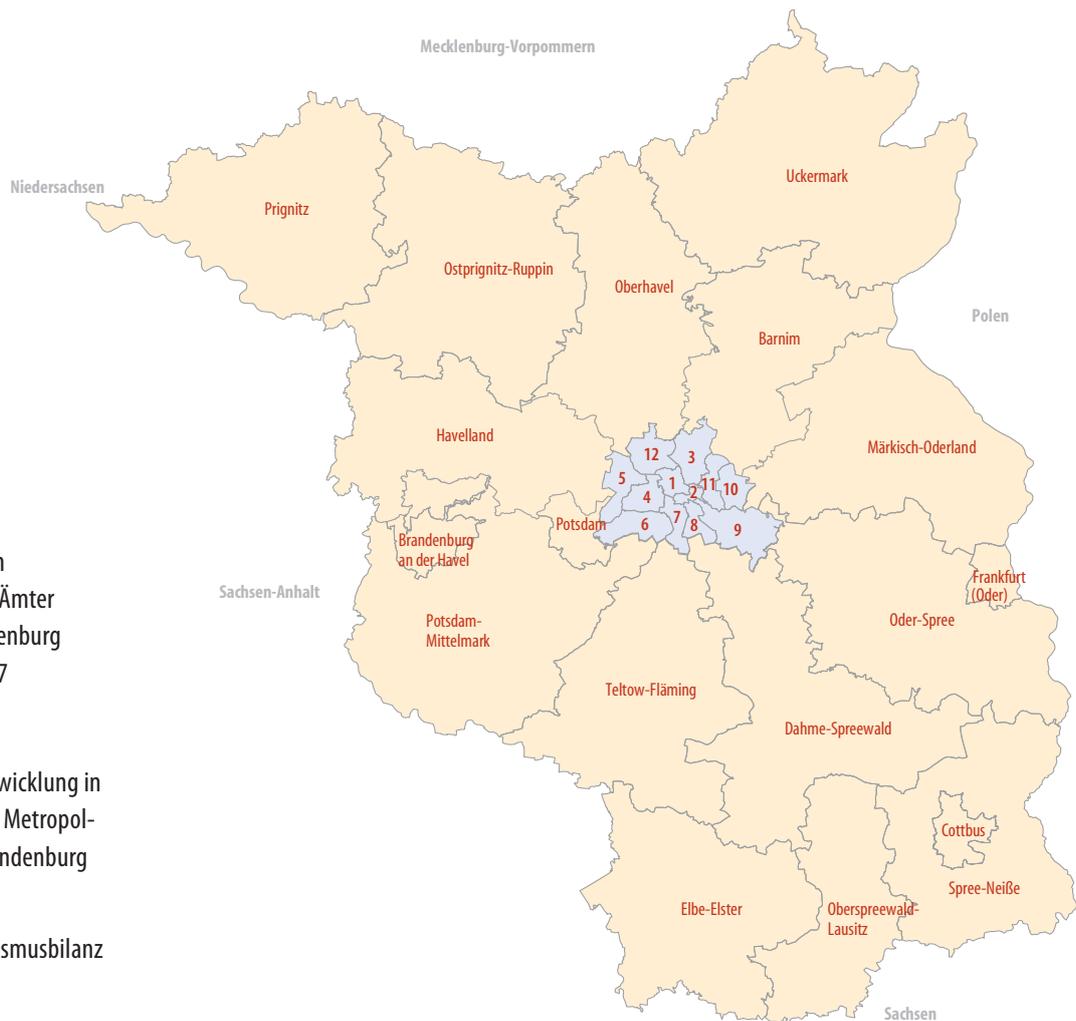


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

1 2007



Festakt zur Fusion
der Statistischen Ämter
Berlin und Brandenburg
am 8. Januar 2007

Bevölkerungsentwicklung in
der europäischen Metropol-
region Berlin-Brandenburg
1990 bis 2005

Erfolgreiche Tourismusbilanz
im Jahr 2005

Transformationsprozess
im Verarbeitenden Gewerbe
in Berlin und Brandenburg
in den Jahren 1995 bis 2003

- Land Brandenburg
 - Berlin
- 1** Mitte **2** Friedrichshain-Kreuzberg **3** Pankow **4** Charlottenburg-Wilmersdorf **5** Spandau
6 Steglitz-Zehlendorf **7** Tempelhof-Schöneberg **8** Neukölln **9** Treptow-Köpenick
10 Marzahn-Hellersdorf **11** Lichtenberg **12** Reinickendorf

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin, Cottbus und Frankfurt (Oder).

Auskunft und Beratung

erhalten Sie

in Potsdam

Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 444
Fax: 0331 39 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 3434
Fax: 030 9021 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- nichts vorhanden
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

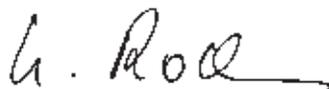
└ Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

seit dem 1. Januar 2007 gibt es das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. Das ist die erste Ausgabe unserer neuen Hauszeitschrift, der Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg. Sie bietet ein neues Aussehen und setzt das Bewährte aus den beiden vorangegangenen Publikationen – der Statistischen Monatsschrift Berlin und den brandenburgischen Daten+Analysen – fort. Die Zeitschrift erscheint alle zwei Monate. Regelmäßige Rubriken sind die Kurzmitteilungen aus der Berliner und der brandenburgischen Statistik und die aktuellen Wirtschaftstendenzen beider Länder. Gleichzeitig beginnt mit den Beiträgen zum Tourismus und der Bevölkerung eine Serie zur Region Berlin-Brandenburg. Neben dem mehrteiligen Bericht von der Gründungsveranstaltung des neuen Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg am 8. Januar 2007 rundet ein Gastbeitrag zum Verarbeitenden Gewerbe in beiden Ländern diese erste Ausgabe ab.

Eine weitere gemeinsame Publikation – Monatsdaten+Konjunktur – erscheint, wie es der Name andeutet, monatlich. In ihr sind die Konjunkturdaten beider Länder, die bisher getrennt und sehr unterschiedlich publiziert wurden, zusammengeführt. Es sind nur Tabellen und Grafiken, keine Textbeiträge. Beide bisherigen Teile werden, um den Übergang nicht zusätzlich zu erschweren, vorerst in der alten Form, aber in einer neuen gemeinsamen Hülle und getrennt für die Länder Berlin und Brandenburg angeboten. Diese Veröffentlichung ist nur noch elektronisch über die neue Internetseite www.statistik-Berlin-Brandenburg.de unter der Rubrik „Publikationen“ – „Monatsdaten und Konjunktur“ kostenlos erhältlich. Zu einem späteren Zeitpunkt soll ferner ein Benachrichtigungsdienst durch die elektronische Post zur Verfügung stehen.

Potsdam, im Februar 2007



Prof. Dr. Ulrike Rockmann
Vorstand des
Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Inhaltsverzeichnis

Kurz gefasst

Seite **4** aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung

September 2006:
Grenze von 3,4 Millionen Einwohnern
in Berlin überschritten

Bildung

2006 weniger Lehrernachwuchskräfte
mit bestandener Zweiter Staatsprüfung
im Land Brandenburg

Erwerbstätigenrechnung

Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen 2006
in Berlin und Brandenburg gestiegen

Preise

Verbraucherpreisindex in Berlin
steigt im Dezember 2006 um 1,3 Prozent

Verdienste

Bruttomonatsverdienste in Berlin
im Jahr 2006 um 2,3 Prozent gestiegen

Verdienste

Bruttomonatsverdienste
in Brandenburg im Jahr 2006
um 2,1 Prozent gestiegen

Tourismus

November 2006:
Weiterhin starker Zuwachs
im Berlin-Tourismus

Tourismus

November 2006:
Wieder mehr Übernachtungen
im Land Brandenburg

Verkehr

November 2006:
Fast 9 100 Pkw-Neuzulassungen in Berlin

Seite **9** aus Deutschland

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Jahr 2006:
0,7 Prozent mehr Erwerbstätige
als ein Jahr zuvor

Löhne und Gehälter

Jahr 2006:
Geringster Anstieg der Tarifgehälter
seit 1995

Verkehr

November 2006:
Deutlich mehr Verkehrstote

Preise

Jahr 2006:
Verbraucherpreise + 1,7 Prozent
gegenüber 2005

Seite **12** aus Europa

Industrie und Dienstleistungen

2004:
Über 40 Prozent
der Unternehmen in der EU27
sind in der Innovation tätig

Verkehr

Jahr 2005:
Eisenbahnpersonenverkehr
steigt um 2,2 Prozent
in den EU25-Mitgliedstaaten

Erwerbstätigkeit

Dezember 2006:
Arbeitslosenquote
in der Europäischen Union
nur wenig verändert

Produzierendes Gewerbe

Dezember 2006:
Auftragseingänge in der Industrie gestiegen

Handel

November 2006:
Handelsbilanzüberschuss der Eurozone
bei 3,1 Milliarden EUR

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Viertes Quartal 2006:
BIP um 0,9 Prozent gestiegen

Wirtschaftstrends im Überblick

Seite **16** Berlin Oktober 2006

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im Oktober 2006 in Berlin 19,0 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen verminderte sich damit im Vergleich zum Oktober 2005 um 8,8 Prozent; das waren 26 834 Personen. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz und der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes eine steigende Tendenz, die bei der Beschäftigtenanzahl noch nicht erkennbar wurde. Für das Bauhauptgewerbe war ein insgesamt fallender Trend – sowohl beim Umsatz als auch bei den Beschäftigtenzahlen – kennzeichnend. Beim Einzelhandel fiel die Beschäftigtenanzahl, während der nominale Umsatz anstieg. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz eine zunehmende Tendenz, während die Beschäftigtenzahlen eine abnehmende aufwiesen. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen stabil. Sowohl bei der Anzahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen war eine kontinuierlich-positive Entwicklung erkennbar. Die Inflationsrate lag bei + 1,0 Prozent.

Seite **20** Brandenburg Oktober 2006

Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im Oktober 2006 im Land Brandenburg 17,3 Prozent. Die Anzahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im Vergleich zum Oktober 2005 um 5,5 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex, der Gesamtumsatz und der Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes eine weiterhin langfristig und stabil steigende Tendenz, wobei auch die Beschäftigtenzahlen wieder stärker anstiegen. Für das Bauhauptgewerbe ist eine steigende Entwicklung beim Umsatz und bei den Beschäftigtenzahlen erkennbar. Der brandenburgische Einzelhandel wies bei der Beschäftigtenanzahl und beim nominalen Umsatz einen leichten Anstieg aus. Im Gastgewerbe stiegen der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahlen ebenfalls an. Die Aus- und Einfuhren entwickelten sich – nach wie vor – sehr dynamisch. Bei der Anzahl der Gäste und den Übernachtungen ist eine leicht ansteigende Tendenz erkennbar. Die Inflationsrate lag bei + 1,5 Prozent.

Seite **24**

Festakt zur Fusion der Statistischen Ämter Berlin und Brandenburg am 8. Januar 2007

Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers des Innern des Landes Brandenburg, *Jörg Schönbohm*

Rede des Innensenators von Berlin, *Dr. Ehrhart Körting*

Grußwort von *Walter Radermacher*, Präsident des Statistischen Bundesamtes

Grußwort von *Prof. Dr. Gert G. Wagner*, Vorsitzender des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten und Mitglied im Wissenschaftsrat

Gemeinsames Grußwort der Präsidentin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Frau *Prof. Dr. Ulrike Rockmann* und der Vizepräsidentin, Frau *Christiane Siegmund*

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

1. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 444
Tel.: 030 9021 3434

Preis

Einzelhefte EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2007

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Seite **34**

Bevölkerungsentwicklung in der europäischen Metropolregion Berlin-Brandenburg 1990 bis 2005

Die Region Berlin-Brandenburg wurde bereits in den 90er Jahren mit Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung als „Europäische Metropolregion“ anerkannt. Sie umfasst den Gesamttraum der Länder Berlin und Brandenburg und führt die Bezeichnung „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“. Sie gehört damit zu den insgesamt elf deutschen Metropolregionen von europäischer Bedeutung. In diesem Beitrag wird die Entwicklung des Bevölkerungsbestandes der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im Zeitraum von 1990 bis 2005 dokumentiert.

Seite **39**

Erfolgreiche Tourismusbilanz im Jahr 2005

Der Tourismus gewinnt nicht nur für das Beherbergungsgewerbe selbst zunehmend an Bedeutung, sondern auch das Gastgewerbe, der Einzelhandel und Verkehr, die weiteren Bereiche der dienstleistenden Wirtschaft sowie kulturelle Einrichtungen sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Insoweit ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und verlangt für seine Entwicklung sowie Ausgestaltung entsprechende Informationen. Eine wichtige Datenquelle sind dabei die Ergebnisse der amtlichen Statistik zur Beherbergung im Reiseverkehr.

Seite **42**

Transformationsprozess im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2003

16 Jahre sind seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vergangen. 16 Jahre, in denen die ostdeutsche Wirtschaft große Anstrengungen unternommen hat, den Rückstand, den es 1990 unzweifelhaft gegeben hat, aufzuholen. Dazu waren riesige Investitionen und enorme Umstrukturierungen der planwirtschaftlich geprägten Industrielandschaft notwendig. Wo stehen wir heute in diesem Prozess? Ist dem Verarbeitenden Gewerbe der Anschluss gelungen? Diesen Fragen wird mit Hilfe von amtlichen Mikrodaten des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden aus Berlin und Brandenburg nachgegangen.

Rubriken

Seite **47**

Historisches

Reichstagswahl 1907

Seite **50**

Aus der amtlichen Statistik

Gerhard-Fürst-Preis

Seite **51**

Veröffentlichungen

Berlin Brandenburg

Seite **3.** Umschlagseite

Karte

Bevölkerungsdichte in Einwohner/km² 2005

Seite **4.** Umschlagseite

Karte

Lebendgeborene je 1000 der Bevölkerung 2005

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg

Bevölkerung September 2006: Grenze von 3,4 Millionen Einwohnern in Berlin überschritten

Die Bevölkerungszahl Berlins stieg in den ersten neun Monaten des Jahres 2006 um fast 7 100 Personen auf 3 402 000 Einwohner. Damit wurde zum ersten Mal seit November 1998 wieder die Grenze von 3,4 Millionen Einwohnern in Berlin überschritten. Ende September 2006 lebten ca. 472 000

Ausländer in der Stadt, das waren 4 500 mehr als am Jahresanfang. Der Ausländeranteil stieg geringfügig von 13,8 Prozent am Anfang des Jahres auf 13,9 Prozent im September 2006.

Für den Zeitraum Januar bis September 2006 wurde ein Sterbeüberschuss (mehr Gestorbene als Lebendgeborene) von etwas weniger als 1 900 Personen (2005: 2 400 Personen) ermittelt. Gleichzeitig war ein Wanderungs-

gewinn (mehr Zugezogene als Fortgezogene) von 9 000 Personen zu verzeichnen, der die negative Bilanz bei der natürlichen Bevölkerungsbewegung mehr als ausgleichen konnte. Im Jahr 2005 war für den entsprechenden Zeitraum ein Wanderungsgewinn von 8 300 Personen registriert worden.

Wanderungsgewinne wurden gegenüber dem Ausland (7 200 Personen), den neuen Bundesländern ohne das Berliner Umland (5 400 Personen) sowie den alten Bundesländern (2 200 Personen) registriert. Gegenüber seinem Umland hatte Berlin wiederum einen Verlust zu verzeichnen, der mit ca. 5 800 Personen zu Buche schlug und damit niedriger lag als im gleichen Zeitraum des Jahres 2005 (6 800 Personen).

Bildung 2006 weniger Lehrernachwuchskräfte mit bestandener Zweiter Staatsprüfung im Land Brandenburg

Im Jahr 2006 haben im Land Brandenburg insgesamt 166 Lehramtskandidaten/innen an den vier Staatlichen Studienseminaren in Bernau, Cottbus, Neuruppin und Potsdam ihren zweijährigen Vorbereitungsdienst im Rahmen der Lehrerausbildung beendet und vor dem Landesprüfungsamt die Zweite Staatsprüfung bestanden. Gegenüber dem Vorjahr stellt dies eine Verringerung um 16 Personen dar. 74,1 Prozent der Absolventen waren Frauen. Für das dominierende Lehramt Gymnasium wurden die meisten Nachwuchskräfte in den Fächern Deutsch und Englisch mit Erfolg geprüft.

Weitere 447 Lehramtskandidaten/innen bereiteten sich im Ausbildungsjahr 2006 an den Studienseminaren

im Land Brandenburg auf ihre Zweite Staatsprüfung vor. Darunter streben 58,4 Prozent das Lehramt Gymnasium, 26,2 Prozent das Lehramt Bildungsgänge der Sekundarstufe I und der Primarstufe an allgemein bildenden Schulen und 8,1 Prozent das Lehramt berufliche Schulen an. Die Lehramtskandidaten/innen absolvieren innerhalb ihrer Ausbildung einen theoretischen Teil am Studienseminar und einen praktischen Teil an Schulen im Einzugsbereich des Studienseminars.

Den Berufswunsch Lehrer verwirklichen im Land Brandenburg zu drei Viertel Frauen.

Insgesamt 45 hauptamtliche/hauptberufliche und 68 nebenamtliche/nebenberufliche Lehrkräfte standen für die Ausbildung des Lehrernachwuchses zur Verfügung.

Erwerbstätigkeit
Erwerbstätigenzahl 2006
in Berlin und Brandenburg
gestiegen

Berlin und Brandenburg haben für das vergangene Jahr eine positive Bilanz für die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung vorgelegt. Nach vorläufigen Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ nahm im Jahr 2006 die Erwerbstätigenzahl in beiden Ländern zusammen um 24 300 Personen bzw. 1,0 Prozent zu. Von den insgesamt 2 576 600 Erwerbstätigen in der Region Berlin-Brandenburg entfielen 1 563 200 auf Berlin und 1 013 400 auf Brandenburg.

In Berlin wurde die bereits 2005 erzielte leichte Zunahme der Erwerbstätigenzahl (+0,3 Prozent) im Jahr 2006 zu einem kräftigeren Anstieg von 1,3 Prozent bzw. 19 600 Personen verstärkt. Brandenburg erreichte einen Zugang um 0,5 Prozent bzw. 4 700 Personen nach einer noch rückläufigen Entwicklung im vorangegangenen Jahr (-0,8 Prozent). Bundesweit nahm die Zahl der Erwerbstätigen 2006 um 0,7 Prozent zu (2005: -0,1 Prozent). Der positive Trend setzte sich in den alten Ländern ohne Berlin (+0,7 Prozent) etwas mehr durch als in den neuen Ländern ohne Berlin (+0,5 Prozent).

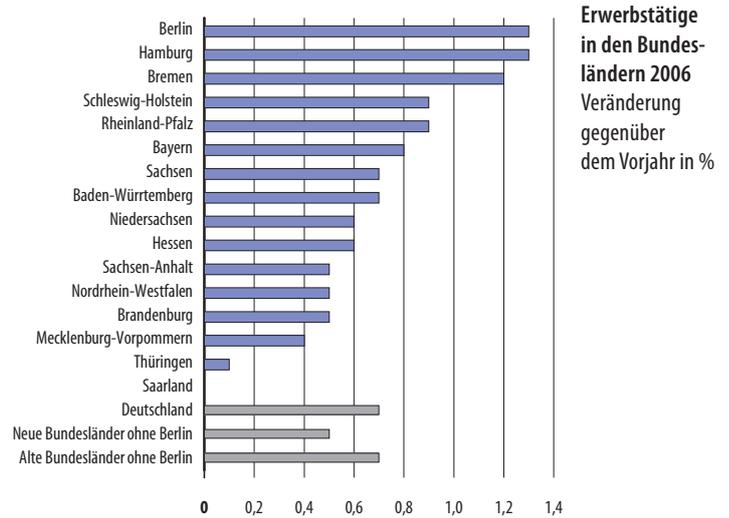
Alle Bundesländer in Deutschland weisen im Jahr 2006 höhere Erwerbstätigenzahlen aus; einzige Ausnahme ist das Saarland, wo die Erwerbstätigenzahl stagnierte. Den Spitzenplatz mit 1,3 Prozent teilt sich Berlin mit Hamburg, gefolgt von Bremen mit 1,2 Prozent. In den neuen Ländern liegt Sachsen mit 0,7 Prozent vorn.

Die Beschäftigungsentwicklung 2006 wurde insbesondere von der deutschlandweiten konjunkturellen Belebung erfasst, aber auch politische Einflüsse blieben am Arbeitsmarkt wichtig. In fast allen Ländern nahm auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu, nachdem 2005 noch alle Länder im Minus lagen. In Berlin gingen 2006 von arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen, insbesondere dem Einsatz von Personen mit Ein-Euro-Jobs, auch weiterhin beachtliche positive Wirkungen auf die Beschäftigungslage aus, allerdings nicht mehr in dem außerordentlichen Ausmaß wie im Jahr 2005. Dagegen war in Brandenburg die Zahl dieser Beschäftigungsverhältnisse, die den Schwerpunkt der Fördermaßnahmen bildete, rückläufig.

Die Beschäftigungsentwicklung 2006 verlief in den Wirtschaftsbereichen unterschiedlich. In der Region Berlin-Brandenburg entstanden neue Arbeitsplätze schwerpunktmäßig in den Dienstleistungsbereichen

(+1,4 Prozent), dagegen waren im Produzierenden Bereich immer noch Beschäftigungsverluste zu verzeichnen (-1,0 Prozent).

In der Berliner Wirtschaft waren 2006 in den Dienstleistungsbereichen 24 200 Personen (+1,8 Prozent) mehr erwerbstätig als noch im Jahr zuvor. Im Produzierenden Gewerbe gingen jedoch 3 900 Arbeitsplätze (-1,8 Prozent) verloren. Die Beschäftigungsexpansion in den Dienstleistungsbereichen ging vor allem von den unternehmensnahen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassungen – Zeitarbeit – aus.



In den Dienstleistungsbereichen Brandenburgs erhöhte sich 2006 die Zahl der Erwerbstätigen um 5 300 Personen (+0,7 Prozent), ebenfalls vor allem durch die Ausweitung der Dienste von Arbeitnehmerüberlassungen. Im Produzierenden Gewerbe kam die jahrelange rückläufige Beschäftigung fast zum Stillstand (-0,2 Prozent bzw. 500 Personen).

Im Ergebnis der Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen in den letzten Jahren hat sich 2006 die Wirtschaftsstruktur weiter zugunsten der Dienstleistungsbereiche verändert. Betrug deren Anteil an allen Erwerbstätigen in Berlin im Jahr 2000 noch 81,4 Prozent, so erreichte er im vergangenen Jahr 85,9 Prozent. In Brandenburg stieg der Dienstleistungsanteil im gleichen Zeitraum von 68,9 Prozent auf 74,0 Prozent.

Erwerbstätige 2006
in Berlin und
Brandenburg nach
Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Erwerbstätige			Veränderung 2006 zu 2005		
	Berlin	Brandenburg	Berlin-Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin-Brandenburg
	1 000 Personen			%		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei.....	5,0	37,4	42,4	-10,9	-0,3	-1,7
Produzierendes Gewerbe.....	214,9	226,3	441,1	-1,8	-0,2	-1,0
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe.....	130,8	120,1	250,9	-1,4	+0,8	-0,4
Baugewerbe.....	70,9	90,7	161,6	-2,0	-1,0	-1,4
Dienstleistungsbereiche.....	1 343,3	749,7	2 093,1	+1,8	+0,7	+1,4
Handel, Gastgewerbe und Verkehr.....	362,9	252,5	615,4	+1,0	-0,1	+0,5
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen.....	351,5	139,1	490,7	+2,9	+2,9	+2,9
Öffentliche und private Dienstleister	628,9	358,0	966,9	+1,7	+0,5	+1,3
Insgesamt	1 563,2	1 013,4	2 576,6	+1,3	+0,5	+1,0

Erwerbstätigenrechnung Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen 2006 in Berlin und Brandenburg gestiegen

Vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ wurden erste vorläufige Ergebnisse für die Arbeitsvolumenrechnung im Jahr 2006 ermittelt. Danach ist in Berlin und Brandenburg das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen im Jahr 2006 erstmals in diesem Jahrzehnt gestiegen. Die im vergangenen Jahr geleistete Arbeitszeit nahm in Berlin im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent auf 2 340 000 Stunden zu. In Brandenburg betrug der Anstieg 0,4 Prozent, das Arbeitsvolumen 1 538 000 Stunden.

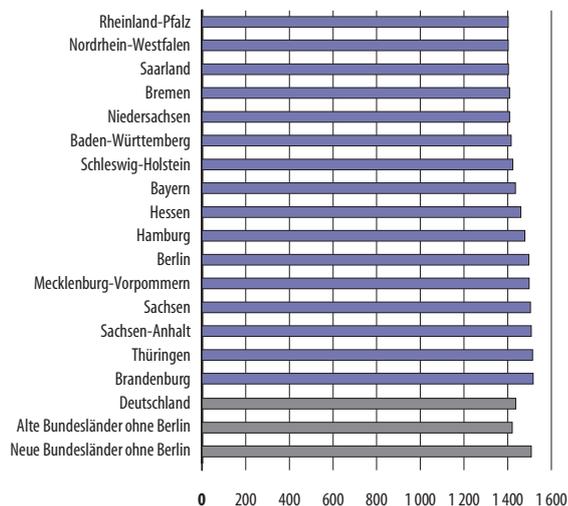
Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten) oder als Selbstständige und mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtete Tätigkeit ausüben. Es werden auch mehrere gleichzeitige Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt, nicht jedoch bezahlte, aber nicht geleistete Arbeitsstunden durch Jahres- und Erziehungsurlaub, Feiertage, Kurzarbeit und Krankheit.

Für die positive Entwicklung des Arbeitsvolumens ist die konjunkturelle Belebung die Hauptursache. Sie bewirkte die Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen in Berlin um 1,3 Prozent und in Brandenburg um 0,5 Prozent. Bundesweit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 Prozent bei einem Anstieg ihres Jahresarbeitspensums um 0,6 Prozent.

Weiterhin begünstigten die mit der anziehenden Konjunktur verringerte Kurzarbeit, die angestiegenen Überstunden und Zeitkonten sowie Nebentätigkeiten die Ausweitung des Arbeitsvolumens. Außerdem sanken wiederholt die krankheitsbedingten Ausfallzeiten (durchschnittlicher Kranken-

stand: 3,1 Prozent). Der Trend zu vereinbarten höheren Arbeitszeiten setzte sich stärker durch, als Verkürzungen vorgenommen wurden. Kompensiert wurde auch die weitere Zunahme der Teilzeitbeschäftigung infolge gestiegener geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse sowie die im Jahr 2006 um 2 Werktage verringerte Kalenderarbeitszeit.

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit eines Erwerbstätigen 2006 veränderte sich infolge der Erhöhung der Zahl erwerbstätiger Personen und deren Arbeitsvolumen in fast gleicher Relation in allen Ländern Deutschlands kaum. In Berlin erbrachte ein Erwerbstätiger 2006 eine Arbeitszeit von 1 497 Stunden. Erwerbstätige mit einem Arbeitsplatz in Brandenburg absolvierten mit 1 517 Stunden das längste Arbeitspensum unter allen Ländern, dagegen die in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen das kürzeste. Der Durchschnitt in Deutschland lag bei 1 437 Stunden. Damit wurden in Berlin 60 Stunden und in Brandenburg 80 Stunden mehr als im Durchschnitt in Deutschland gearbeitet.



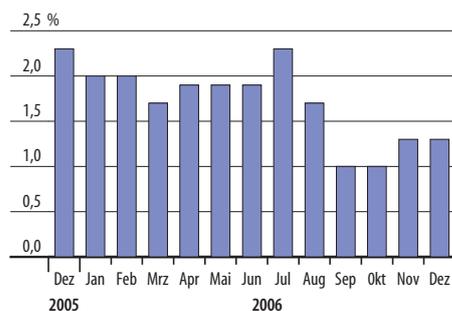
Preise Verbraucherpreisindex in Berlin steigt im Dezember 2006 um 1,3 Prozent

Der Verbraucherpreisindex in Berlin stieg im Dezember 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat Dezember 2005 um 1,3 Prozent auf einen Wert von 109,6 (Basisjahr 2000 = 100).

Im Vergleich zum Vormonat November 2006 war ein Anstieg um 0,9 Prozent zu verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr gab es erneute Preissteigerungen bei „Nahrungsmitteln und Getränken“ (+3,9 Prozent), vor allem bei Gemüse (+15,1 Prozent), Kalbfleisch (+16,9 Prozent), frischem Fisch (+11,7 Prozent) sowie bei Birnen (+11,8 Prozent).

Die Preise für Geflügel gingen gegenüber 2005 um 2,1 Prozent zurück. Verbraucherfreundlich zeigten sich auch weiterhin die Preise für „Bekleidung und Schuhe“ (-3,5 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat November gab es in den meisten Hauptgruppen kaum Veränderungen. In der Kategorie „Verkehr“ war bei den Kraftstoffen ein Anstieg der Preise (+0,9 Prozent) zu verzeichnen. Die Preise für „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ erhöhten sich um 4,5 Prozent.



Verbraucherpreisindex für Berlin 2006 Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat (2000=100)

Verdienste
Bruttomonatsverdienste
in Berlin im Jahr 2006
um 2,3 Prozent gestiegen

Nach Berechnungen aus der vierteljährlichen Verdiensterhebung lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe in Berlin im Jahr 2006 bei 3 154 EUR. Dies entspricht einem Anstieg um 70 EUR bzw.

durchschnittlicher Bruttomonatslohn lag im Jahr 2006 bei 2 267 EUR. Die Lohneinbußen von 1,7 Prozent im Jahr 2005 relativieren den für 2006 ermittelten Zuwachs von 3,3 Prozent (72 EUR).

2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Während männliche Arbeitnehmer im Durchschnitt 3 332 EUR (+2,3 Prozent) erhielten, erreichten die Frauen nur 2 818 EUR (+2,0 Prozent) brutto monatlich. Die Gehälter der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe erhöhten sich im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 Prozent auf durchschnittlich 3 327 EUR. Die höchsten Verdienste erzielten die Angestellten, die im Bereich der Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten u. Ä., Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik beschäftigt waren. Sie erhielten monatlich im Durchschnitt 4 295 EUR Gehalt brutto, was einer Steigerung von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Für die Angestellten des Baugewerbes wurde nach Rückgängen in den Vorjahren für das Jahr 2006 ein Zuwachs von 8,0 Prozent (265 EUR) und ein durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst von 3 569 EUR ermittelt. Die geringsten Gehälter wurden im Einzelhandel gezahlt. Hier erzielten die Angestellten Gehälter, die monatlich bei 2 273 EUR lagen.

Die Löhne der Arbeiter stiegen im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr um 1,7 Prozent auf 2 572 EUR. Die höchsten Löhne wurden den Arbeitern in der Energie- und Wasserversorgung gezahlt. Sie kamen auf einen durchschnittlichen Bruttomonatslohn von 3 107 EUR. Die Arbeiter des Baugewerbes verdienten am wenigsten. Ihr

Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste
der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Berlin im Jahr 2006
nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftszweig	Berlin	
	EUR	Veränderungen zu 2005 in %
Angestellte		
Produzierendes Gewerbe ¹ ; Handel; Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 427	+2,3
Produzierendes Gewerbe	3 982	+1,6
darunter		
Verarbeitendes Gewerbe	4 020	+1,0
darunter		
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.....	3 837	+1,9
Maschinenbau	4 218	+1,5
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten u. Ä.; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	4 295	+1,5
Energie- und Wasserversorgung	3 964	+3,3
Baugewerbe (nur Hoch- und Tiefbau)	3 569	+8,0
Handel; Instandhaltung und Rep. von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 025	+3,0
darunter		
Großhandel	2 959	+2,5
Einzelhandel	2 273	+1,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	3 825	+4,4
Arbeiter		
Produzierendes Gewerbe ¹	2 572	+1,7
darunter		
Verarbeitendes Gewerbe	2 594	+1,6
darunter		
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	2 412	+0,6
Maschinenbau	2 947	+1,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten u. Ä.; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	2 415	+2,0
Energie- und Wasserversorgung	3 107	+1,7
Baugewerbe (nur Hoch- und Tiefbau)	2 267	+3,3

¹ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

Verdienste
Bruttomonatsverdienste
in Brandenburg
im Jahr 2006
um 2,1 Prozent gestiegen

Im Jahr 2006 betrug im Land Brandenburg der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe 2 381 EUR. Das waren 2,1 Prozent bzw. 48 EUR mehr als 2005. Frauen erhielten im Durchschnitt

2 225 EUR und Männer 2 447 EUR. Der Verdienstanstieg war bei den Männern mit 2,2 Prozent höher als bei den Frauen mit 1,6 Prozent. Der Verdienstzuwachs der Männer lag bei 52 EUR. Frauen bekamen im Durchschnitt monatlich 34 EUR brutto mehr als 2005.

Im Produzierenden Gewerbe Brandenburgs lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst 2006 bei 2 415 EUR. Der Zuwachs gegenüber 2005 betrug 2,9 Prozent bzw. 69 EUR. Zwischen den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes gibt es große Verdienstunterschiede. Am besten wurde auch 2006 in der Energieversorgung mit durchschnittlich monatlich 3 169 EUR verdient. Es folgten der Bergbau mit 2 926 EUR, der Fahrzeugbau mit 2 860 EUR, die Wasserversorgung mit

2 717 EUR und die Chemieindustrie mit 2 570 EUR. Weniger als 2 000 EUR brutto im Monat erhielten Arbeitnehmer unter anderem im Ernährungsgewerbe (1 959 EUR), der Recyclingwirtschaft (1 834 EUR) sowie der Möbel-, Schmuck- und Sportgeräteherstellung (1 818 EUR). Das Textil- und Bekleidungs-gewerbe, in dem mit 1 316 EUR monatlich mit großem Abstand am wenigsten verdient wurde, verzeichnete 2006 Verdiensteinbußen von 0,8 Prozent.

In den Dienstleistungsbereichen Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe, in denen die Verdienste ausschließlich für Angestellte erfasst werden, wurde ein leichter Verdienstrückgang von 0,5 Prozent festgestellt. Der monatliche Durchschnittsverdienst betrug 2 283 EUR. Das waren 12 EUR weniger als 2005. Dabei sanken im Handel die Monatsverdienste vollzeitbeschäftigter Angestellter um 1,2 Prozent auf durchschnittlich monatlich 2 092 EUR. Der Rückgang betrug 26 EUR. Das Kredit- und Versicherungsgewerbe legte um 1,8 Prozent zu. Der Bruttomonatsverdienst betrug 2 825 EUR. Das waren 50 EUR mehr als 2005.

Tourismus
November 2006:
Weiterhin starker Zuwachs
im Berlin-Tourismus

Nach vorläufigen Berechnungen meldeten im November 2006 die 582 geöffneten Berliner Beherbergungsbetriebe und drei Berliner Campingplätze für Urlaubscamping rund 1,19 Millionen Übernachtungen (11,7 Prozent mehr als vor einem Jahr). Wie im gesamten bisherigen Jahresverlauf 2006 stieg die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland (391 700 Personen; +13,2 Prozent) stärker an als die von Inlandsgästen (795 800 Personen; +10,9 Prozent).

Insgesamt besuchten im November 589 000 Beherbergungsgäste (+13,2 Prozent) die Spreemetropole,

davon 422 600 aus Deutschland (+12,2 Prozent) und 166 400 aus anderen Ländern (+15,8 Prozent). Rund drei Viertel der ausländischen Gäste kamen aus Europa (128 300; +17,8 Prozent), darunter an erster Stelle 24 000 aus Großbritannien (+22,2 Prozent). Aus Nord- und Südamerika kamen 16 800 Gäste (+15,2 Prozent) in die deutsche Hauptstadt, darunter 12 600 aus den USA (+11,2 Prozent).

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Gäste lag wie im November des Vorjahres bei 2 Tagen und damit deutlich niedriger als im bisherigen Jahresdurchschnitt (2,3 Tage).

Gäste und Übernachtungen
in den Beherbergungsstätten
Berlins im November 2006
nach ausgewählten
Herkunftsländern

Herkunftsland	November 2006				Januar bis November 2006			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr	Gäste	Veränderung zum Vorjahr	Übernachtungen	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Inland	422 600	+12,2	795 800	+10,9	4 381 500	+4,9	9 254 700	+3,4
Ausland	166 400	+15,8	391 700	+13,2	2 145 700	+19,1	5 470 800	+18,2
darunter								
Großbritannien.....	24 000	+22,2	54 100	+19,6	275 700	+22,1	681 800	+22,6
Niederlande	14 200	+4,5	33 200	+3,2	174 000	+11,8	446 600	+10,0
USA	12 600	+11,2	30 100	+3,9	202 700	+17,8	511 300	+15,2
Italien	12 000	+28,6	29 800	+18,1	163 800	+21,6	469 600	+20,5
Dänemark	10 600	+13,9	25 600	+14,0	113 300	+16,3	299 700	+13,0
Spanien	8 300	+20,0	22 700	+22,8	123 600	+4,9	352 700	+4,1
Schweiz	8 100	+6,9	18 200	+3,6	107 200	+9,7	271 700	+9,1
Frankreich	7 400	+23,0	16 100	+17,1	94 800	+14,8	228 600	+13,9
Österreich	6 100	+21,1	13 300	+21,3	69 400	+14,8	161 300	+10,7
Schweden	6 100	+25,3	14 300	+18,8	80 000	+31,4	186 000	+33,2
Insgesamt	589 000	+13,2	1 187 500	+11,7	6 527 200	+9,2	14 725 500	+8,4

Tourismus
November 2006:
Wieder mehr
Übernachtungen
im Land Brandenburg

Der Monat November 2006 brachte den 1 266 geöffneten brandenburgischen Beherbergungsbetrieben mit mindestens neun Gästebetten Zuwächse bei den Gäste- und Übernachtungszahlen. 208 000 Gäste buchten 535 000 Übernachtungen. Das waren 1,8 Prozent mehr Gästeankünfte und 4,2 Prozent mehr Übernachtungen als im November 2005. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 2,6 Tage.

Bei den ausländischen Gästen war ein Anstieg in zweistelliger Höhe zu verzeichnen. So verweilten 16,9 Prozent mehr ausländische Besucher in Brandenburg, deren Übernachtungsbuchungen erbrachten einen Anstieg von 18,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Ausländer betrug 2,1 Tage.

Nach den Betriebsarten betrachtet, konnten die Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime den größten Zuwachs bei den Übernachtungen mit 12,8 Prozent gegenüber November 2005 erzielen, gefolgt von den Feriencentren, -häusern und -wohnungen mit 10,3 Prozent. Die größten Einbußen mit 22,7 Prozent mussten die Jugendherbergen und Hütten hinnehmen.

Die 36 geöffneten Urlaubscampingplätze des Landes Brandenburg konnten mit einem Minus von 17,2 Prozent nicht die Übernachtungszahlen des Vorjahresmonats erreichen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug bei den Campern 3,4 Tage.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug insgesamt 2,6 Tage.

Zehn der dreizehn brandenburgischen Reisegebiete konnten Steigerungen bei den Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahresmonat erreichen. Allen voran das Havelland mit 12,8 Prozent, gefolgt von der Niederlausitz mit 10,4 Prozent. Rückgänge gab es in der Uckermark (3,8 Prozent), im Barnimer Land (3,3 Prozent) und im Dahme-Seengebiet (1,7 Prozent).

Im Zeitraum Januar bis November 2006 besuchten 3,3 Millionen Gäste Brandenburg und buchten fast 9,1 Millionen Übernachtungen, was einem Zuwachs von 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei den Übernachtungen entspricht.

Verkehr
November 2006:
Fast 9 100
Pkw-Neuzulassungen
in Berlin

Nach Ergebnissen der Kraftfahrzeugstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes wurden in Berlin im November 2006 insgesamt 10 242 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Das sind rund 21 Prozent mehr als im Vorjahresmonat.

Rund 89 Prozent aller erstmals in Berlin zugelassenen Fahrzeuge waren Personenkraftwagen, mit einer Steigerung um rund 22 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Bei den übrigen Fahrzeugarten waren ebenfalls teilweise Zugänge zu notieren. So gab es, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, rund 10 Prozent mehr Neuzulassungen von Lastkraftwagen.

Bei den sonstigen Kraftfahrzeugen (Busse, Zugmaschinen, anerkannte Arbeitsmaschinen etc.) wurden im November 127 Neuanmeldungen registriert, 14 mehr als ein Jahr zuvor.

Fahrzeugart	November			Januar bis November		
	2006	2005	Veränderung	2006	2005	Veränderung
	Anzahl		%	Anzahl		%
Kfz -insgesamt	10 242	8 454	+21,1	96 106	88 655	+8,4
darunter						
PKW	9 098	7 454	+22,1	82 538	75 812	+8,9
LKW	813	736	+10,5	7 413	6 570	+12,8
Motorzweiräder .	204	151	+35,1	4 918	4 632	+6,2
übrige Kfz	127	113	+12,4	1 237	1 641	-24,6

Neuzulassungen
von Kraftfahr-
zeugen in Berlin
im November 2005
und 2006

Quelle:
 Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg

aus Deutschland

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen
Jahr 2006:
0,7 Prozent
mehr Erwerbstätige
als ein Jahr zuvor

Nach ersten vorläufigen Berechnungen hatten im Durchschnitt des Jahres 2006 fast 39,1 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Deutschland, 258 000 Personen oder 0,7 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Im Jahr 2005 war im Jahresdurchschnitt die Beschäftigung noch um 52 000 Personen oder 0,1 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte im Jahr 2006 wieder in etwa das Niveau des Jahres 2002. Zugleich war der Anstieg der Erwerbstätigenzahl von 0,7 Prozent die stärkste Beschäftigungszunahme im Vorjahresvergleich seit dem Jahr 2000.

Zur positiven Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Jahr 2006 haben sowohl die konjunkturelle Belebung als auch das Großereignis der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland beigetragen. Ferner wurde die Beschäftigung auch im Jahr 2006 – wie bereits in den Jahren zuvor – durch den Einsatz zahlreicher arbeitsmarktpolitischer Reformprogramme gefördert. Während im Jahr 2005 überwiegend die Förderung der Selbstständigkeit von Bedeutung war, zählten im Jahr 2006 im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitsgelegenheiten nach der Mehraufwandsvariante (so genannte Ein-Euro-Jobs) zu dem zahlenmäßig bedeutendsten Instrument der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen.

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2006 wurde insbesondere durch eine Zunahme der Arbeitnehmer getragen: Ihre Zahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 222 000 Personen (+0,6 Prozent) auf knapp 34,7 Millionen Beschäftigte. Damit kam es erstmals seit dem Jahr 2001 wieder zu einem nennenswerten Anstieg der Arbeitnehmerzahl im Vorjahresvergleich. Ausschlaggebend hierfür war, dass der über fünf Jahre anhaltende Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Jahr 2006 zu Ende ging und im Vergleich zum Vorjahr sogar wieder mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden. Daneben hat im Jahresdurchschnitt 2006 auch die Zahl der Personen mit geringfügiger Beschäftigung (Minijob) in Haupterwerbstätigkeit zugenommen.

Die Zahl der Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger stieg im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Prozent auf knapp 4,4 Millionen Personen.

Dieser Anstieg fiel allerdings im Jahr 2006 – auch in Folge des Auslaufens der beiden arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld – schwächer aus als in den Jahren zuvor. Beide Instrumente wurden zum 1. August 2006 durch den Gründungszuschuss ersetzt.

Nach Wirtschaftsbereichen entwickelte sich im Jahresdurchschnitt 2006 die Erwerbstätigkeit – nach wie vor – unterschiedlich: Im Vergleich zum Vorjahr lag ein Schwerpunkt der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungszunahme wiederum in den Dienstleistungsbereichen. Hier stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 1,3 Prozent, nach 0,7 Prozent im Jahr 2005. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe waren dagegen im Jahr 2006 Beschäftigungsverluste zu verzeichnen. Allerdings fielen diese mit einem Rückgang um 1,1 Prozent im Vorjahresvergleich wesentlich schwächer aus als im Jahr 2005 (–1,7 Prozent). Im Baugewerbe kam im Jahr 2006 der seit dem Jahr 1996 anhaltende Personalabbau im Vorjahresvergleich fast zum Stillstand (–0,4 Prozent). In der Land- und Forstwirtschaft waren im Jahr 2006 genau so viele Personen erwerbstätig wie im Jahr zuvor.

Begleitet wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen seit der Wiedervereinigung von einem anhaltenden Strukturwandel: Im Jahresdurchschnitt 2006 hatten fast drei Viertel aller Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in den Dienstleistungsbereichen. Der Anteil der hier Beschäftigten in Relation zur gesamten Erwerbstätigkeit erhöhte sich von 59,5 Prozent im Jahr 1991 auf 72,3 Prozent im vergangenen Jahr. Im primären und sekundären Sektor hat sich der Erwerbstätigenanteil entsprechend kontinuierlich verringert: Waren in der Land- und Forstwirtschaft 1991 noch 3,9 Prozent aller Erwerbstätigen beschäftigt, lag der Anteil im Jahr 2006 nur bei 2,2 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe sank im gleichen Zeitraum der Beschäftigtenanteil um 9,3 Prozentpunkte, und zwar von 29,3 Prozent auf 20,0 Prozent. Im Baugewerbe hat sich der Anteil der Erwerbstätigen nach seinem höchsten Beschäftigungsstand im Jahr 1995 (8,6 Prozent der Erwerbstätigen) kontinuierlich verringert und lag 2006 mit 5,5 Prozent um 1,8 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 1991.

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Löhne und Gehälter
Jahr 2006:
Geringster Anstieg
der Tarifgehälter seit 1995

Der Index der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten lag in der gewerblichen Wirtschaft und bei den Gebietskörperschaften im Jahr 2006 insgesamt um 1,2 Prozent höher als im Vorjahr. Dies war die geringste tarifliche Gehaltssteigerung seit der erstmaligen Berechnung des Index für Gesamtdeutschland 1995. Die tariflichen Stundenlöhne der Arbeiter erhöhten sich gegenüber dem Jahr 2005 um 1,5 Prozent. Damit lag der Anstieg der Tarifverdienste im Jahr 2006 unter dem der Verbraucherpreise, die sich im gleichen Zeitraum um 1,7 Prozent erhöhten.

In den einzelnen Bereichen war die Entwicklung unterschiedlich: So kam es beispielsweise in den Wirtschaftsbereichen Eisenbahn (+4,5 Prozent), Schienenfahrzeugbau (+3,8 Prozent) und Metallgewerbe (+1,9 Prozent) zu einem überdurchschnittlichen Anstieg der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten. Im Baugewerbe und in der Energieversorgung (jeweils +0,8 Prozent) sowie im Einzelhandel (+0,4 Prozent) gab es dagegen nur geringe Tarifierhöhungen. Die Tarifgehälter bei Bund, Ländern und Gemeinden blieben gegenüber 2005 unverändert.

Bei den Stundenlöhnen der Arbeiter waren überdurchschnittliche Zuwächse unter anderem in den Wirtschaftsbereichen Luft- und Raumfahrzeugbau (+4,8 Prozent), Büromaschinenherstellung (+3,7 Prozent), Maschinen-

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Verkehr
November 2006:
Deutlich mehr Verkehrstote

Im November 2006 kamen nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes 443 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen in Deutschland ums Leben. Das waren

51 Personen oder 13 Prozent mehr als vor einem Jahr. Ebenfalls angestiegen gegenüber November 2005 ist die Zahl der Verletzten, nämlich um 8,3 Prozent auf 36 400 Personen.

Insgesamt erfasste die Polizei im November 2006 rund 201 700 Straßenverkehrsunfälle, 0,4 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahresmonat. Während die Zahl der Unfälle mit Personenschaden um 8 Prozent auf 28 400 stark zugenommen hat, verringerten sich die Unfälle, bei denen keine Person zu Schaden kam, leicht um 0,7 Prozent auf 173 300.

Trotz dieses Anstiegs im November gab es in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 mit 4 659 Personen 6,0 Prozent weniger Todesopfer im Straßenverkehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Mit einem Rückgang um 3,6 Prozent auf 387 000 wurden in diesem Zeitraum auch weniger Personen verletzt.

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

bau (+3,3 Prozent) und Metallgewerbe (+3,2 Prozent) zu verzeichnen. Geringere Tarifierhöhungen gab es bei den Stundenlöhnen im Bergbau und im Holzgewerbe (jeweils +0,8 Prozent) sowie im Druckgewerbe (+0,5 Prozent). Im Baugewerbe (-0,8 Prozent) sowie bei Bund, Ländern und Gemeinden (-0,2 Prozent) sanken die tariflichen Stundenlöhne. Dies ist auf die Erhöhung der Wochenstunden ohne Lohnausgleich zurückzuführen. Weitere Informationen über die tarifliche Entwicklung im Jahr 2006 sind aus der Tabelle ersichtlich.

Index der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten sowie der Stundenlöhne der Arbeiter in Deutschland im Jahr 2006

Wirtschaftsbereich	Monatsgehälter der Angestellten		Stundenlöhne der Arbeiter	
	2000 △ 100	Veränderung gegenüber 2005 %	2000 △ 100	Veränderung gegenüber 2005 %
Alle erfassten Wirtschaftsbereiche .	112,5	+1,2	111,9	+1,5
darunter:				
Produzierendes Gewerbe	112,8	+1,4	112,3	+1,6
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe	112,5	+1,0	111,7	+1,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	111,7	+1,5	110,2	+1,1
Gebietskörperschaften	111,3	+0,0	109,3	-0,2

Die Zahl der polizeilich erfassten Straßenverkehrsunfälle hat von Januar bis November 2006 mit rund 2 Millionen leicht um 0,9 Prozent abgenommen. Darunter waren 301 200 Unfälle (-3,5 Prozent), bei denen mindestens eine Person verletzt wurde, und 1,7 Millionen Unfälle (-0,4 Prozent), bei denen lediglich Sachschaden entstand.

Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte und Getötete in Deutschland von Januar bis November 2006¹ nach Bundesländern

Bundesland	Verunglückte			
	Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	darunter: Getötete	
			Insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum
Anzahl	%	Anzahl		
Baden-Württemberg	49 253	-1,5	616	+34
Bayern	67 325	-3,8	835	-90
Berlin	15 585	+1,2	66	+5
Brandenburg	11 607	-4,6	236	-15
Bremen	3 395	+1,2	14	0
Hamburg	9 420	-9,2	26	-14
Hessen	29 696	-4,3	352	+11
Mecklenburg-Vorpommern ..	8 256	-6,7	169	-10
Niedersachsen	40 265	-5,1	550	-88
Nordrhein-Westfalen	74 642	-3,8	657	-139
Rheinland-Pfalz	19 522	-7,3	243	-27
Saarland	5 846	-5,5	52	-2
Sachsen	18 236	-4,6	246	-13
Sachsen-Anhalt	11 880	-3,0	205	-19
Schleswig-Holstein	14 518	-5,9	158	+19
Thüringen	10 418	-4,7	206	+22
Deutschland²	391 653	-3,6	4 659	-298

¹ Vorläufiges Ergebnis.
² Einschließlich derzeit nach Ländern noch nicht aufteilbarer Nachmeldungen

Preise
Jahr 2006:
Verbraucherpreise
+1,7 Prozent
gegenüber 2005

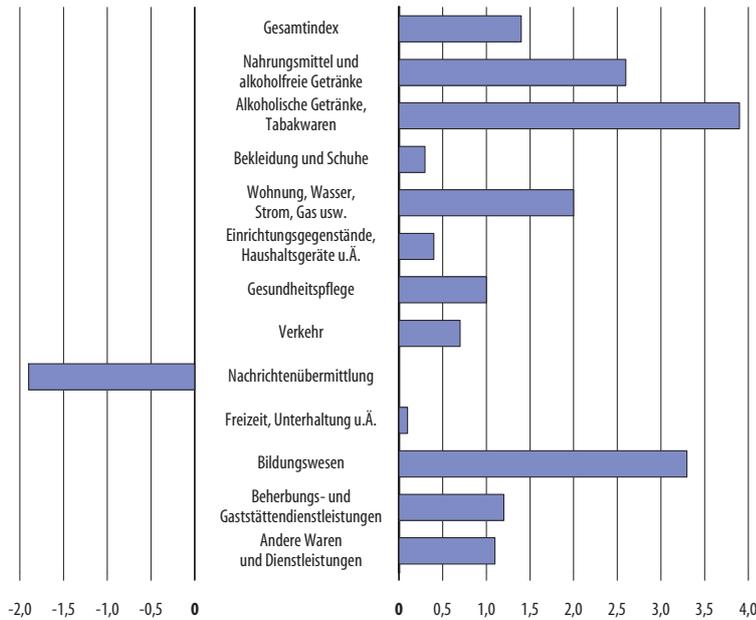
Nach endgültigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist der Verbraucherpreisindex für Deutschland im Jahresdurchschnitt 2006 gegenüber 2005 um 1,7 Prozent gestiegen. Dies ist eine deutlich niedrigere Jahresteuerrate als im Vorjahr 2005 (+2,0 Prozent). Im Jahr 2004 lag die Jahresveränderungsrate bei +1,6 Prozent, 2003 betrug die jährliche Preissteigerung 1,1 Prozent.

Für die Preisentwicklung 2006 sind vor allem die Energiepreise verantwortlich: Energieprodukte (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) verteuerten sich 2006 um 8,5 Prozent und wirkten fast im gesamten Jahr preistreibend. Ohne Einrechnung von Energie hätte die jahresdurchschnittliche Teuerung nur 0,9 Prozent betragen (darunter ohne Einrechnung von Mineralölprodukten: +1,5 Prozent). Unter allen Energiepreisen stiegen die Preise für Gas am stärksten um 17,7 Prozent (Preishöchstand im November 2006). Mineralölprodukte verteuerten sich 2006 um 6,5 Prozent (davon Kraftstoffe: +5,6 Prozent und leichtes Heizöl: +10,7 Prozent).

Überdurchschnittliche Preissteigerungen beim Jahresergebnis 2006 sind bei Nahrungsmitteln (+1,8 Prozent), insbesondere bei Obst (+2,4 Prozent) und Gemüse (+8,2 Prozent) zu beobachten. Dagegen sind bei langlebigen Gebrauchsgütern weiterhin Preisrückgänge (-0,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2006) zu verzeichnen, für einzelne Güter auch im zweistelligen Bereich (darunter Personalcomputer: -14,7 Prozent und Fernseher: -14,5 Prozent).

Im Dezember 2006 stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber Dezember 2005 um 1,4 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte sich der Index um 0,8 Prozent. Die Schätzung für Dezember 2006 wurde damit bestätigt. Der monatliche Preisauftrieb hat sich seit Mitte des Jahres abgeschwächt, ab Juli wurde die 2-Prozent-Grenze nicht mehr erreicht.

Im Dezember 2006 wirkte im Vorjahresvergleich wie auch im Jahresdurchschnitt vor allem die Energie preistreibend: Während die Preise für Mineralölprodukte um 2,2 Prozent sanken (davon leichtes Heizöl: -5,8



Verbraucherpreisindex Deutschland im Dezember 2006 nach Abteilungen

Prozent und Kraftstoffe: -1,2 Prozent), stiegen dagegen die Preise für Haushaltsenergien binnen Jahresfrist weiter an. Gas verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr überdurchschnittlich um 14,6 Prozent, die Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme um 7,4 Prozent sowie Strom um 4,1 Prozent. Ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) hätte die Teuerungsrate im Dezember 2006 nur 1,2 Prozent betragen.

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich im Dezember 2006 gegenüber dem Vorjahresstand um 2,6 Prozent. Insbesondere verteuerte sich Gemüse (+12,3 Prozent) sowie Fisch und Fischwaren (+4,8 Prozent). Auch die Preise für alkoholfreie Getränke zogen weiter an (+2,1 Prozent; darunter Orangensaft: +10,5 Prozent und Apfelsaft: +5,0 Prozent). Eine moderate Preisentwicklung war dagegen bei Molkereiprodukten und Eiern (+0,2 Prozent) zu beobachten.

Quelle:
 Statistisches Bundesamt

Gesamtverbraucherpreisindex für Deutschland 2005 und 2006 nach Monaten

Jahr Monat	2000 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum	Veränderung gegenüber Vormonat
		%	
2005 ¹	108,3	+ 2,0	-
2006 ¹	110,1	+ 1,7	-
2005			
Dezember.....	109,6	+ 2,1	+ 0,9
2006			
Januar	109,1	+ 2,1	- 0,5
Februar	109,5	+ 2,1	+ 0,4
März	109,5	+ 1,8	+ 0,0
April	109,9	+ 2,0	+ 0,4
Mai	110,1	+ 1,9	+ 0,2
Juni	110,3	+ 2,0	+ 0,2
Juli	110,7	+ 1,9	+ 0,4
August	110,6	+ 1,7	- 0,1
September ...	110,2	+ 1,0	- 0,4
Oktober	110,3	+ 1,1	+ 0,1
November	110,2	+ 1,5	- 0,1
Dezember	111,1	+ 1,4	+ 0,8

¹ Jahresdurchschnitt

aus Europa

Industrie und Dienstleistungen
2004:
Über 40 Prozent der Unternehmen in der EU27 sind in der Innovation tätig

Für die Jahre zwischen 2002 und 2004 gaben 42 Prozent der Unternehmen (mit mehr als zehn Beschäftigten) in Industrie und Dienstleistungen in der EU27 eine Innovationstätigkeit an. Den höchsten Anteil dieser Unternehmen in der EU27 verzeichnete in dem genannten Zeitraum Deutschland (mit 65 Prozent der Unternehmen), gefolgt von Österreich (53 Prozent), Dänemark, Irland und Luxemburg (jeweils 52 Prozent), Belgien (51 Prozent) und Schweden (50 Prozent). Die niedrigsten Quoten wurden aus Bulgarien (16 Prozent), Lettland (18 Prozent), Rumänien (20 Prozent), Ungarn und Malta (beide 21 Prozent) berichtet.

Diese Angaben stammen aus der vierten Innovationserhebung der Europäischen Gemeinschaft für den Zeitraum 2002 bis 2004 und ergänzenden Daten, die Eurostat Ende 2006 bekannt gab und für die Mitgliedstaaten der EU27 sowie Norwegen und Island gelten. Sie sind Bestandteil des Europäischen Innovationsanzeigers (European Innovation Scoreboard) der Europäischen Kommission, der zur Bewertung und zum Vergleich der Innovationsleistungen (Produkt- und Prozessinnovation sowie der Innovationskooperation mit anderen Unternehmen oder nicht gewerblichen Einrichtungen, wie Universitäten oder öffentliche Forschungsinstitute) der EU-Mitgliedstaaten dient.

Verkehr
Jahr 2005:
Eisenbahnpersonenverkehr steigt um 2,2 Prozent in den EU25-Mitgliedstaaten

Der Eisenbahnpersonenverkehr in der EU25 erhöhte sich von 350 Milliarden Personenkilometern (Pkm) 2004 auf 357 Milliarden Pkm im Jahr 2005; ein Anstieg um 2,2 Prozent. Die Mitgliedstaaten mit dem höchsten Zuwachs bei der Personenbeförderung auf der Schiene waren zwischen 2004 und 2005

Estland (+28 Prozent), Irland (+13 Prozent), Griechenland und Lettland (beide +10 Prozent), während die stärksten Abnahmen in Litauen und Ungarn beide -9 Prozent) beobachtet wurden. 2005 machten Frankreich (76 Milliarden Pkm, +3 Prozent zwischen 2004 und 2005), Deutschland (75 Milliarden Pkm, +3 Prozent), Italien (46 Milliarden Pkm, +1 Prozent) und das Vereinigte Königreich (44 Milliarden Pkm, +3 Prozent) zusammen fast 70 Prozent des EU25-Aufkommens im Personenverkehr aus.

Der Güterverkehr in der EU25 war zwischen 2004 und 2005 mit 392 Milliarden Tonnenkilometern (tkm) quasi unverändert. Die höchsten Zunahmen fanden sich in Litauen (+7 Prozent), Lettland und Portugal (beide +6 Prozent) und die stärksten Abnahmen in Luxemburg (-34 Prozent), Irland (-24 Prozent) und Dänemark (-15 Prozent). Deutschland (95 Milliarden tkm, +4 Prozent zwischen 2004 und 2005), Polen (50 Milliarden tkm, -5 Prozent), Frankreich (41 Milliarden tkm, -10

Im Erhebungszeitraum kooperierten 26 Prozent aller innovativen Unternehmen in der EU27 bezüglich ihrer Innovation. Den größten Umfang hatte die Innovationszusammenarbeit in Litauen (56 Prozent aller innovativen Unternehmen), Slowenien (47 Prozent) und Finnland (44 Prozent), den geringsten in Italien (13 Prozent) und Deutschland (16 Prozent). Die häufigsten Partner für solche Kooperationen in der EU27 waren die Lieferanten (mit denen 17 Prozent aller innovativen Unternehmen zusammenarbeiteten) und die Kunden (14 Prozent). Die Lieferanten waren in fast allen Mitgliedstaaten die wichtigsten Partner; am höchsten war ihr Anteil in Litauen (45 Prozent), am niedrigsten in Deutschland, Italien und Österreich (jeweils 7 Prozent). Der Grad der Innovationszusammenarbeit mit Kunden lag zwischen 4 Prozent in Spanien und Zypern sowie 41 Prozent in Finnland. Sehr viel seltener arbeiteten innovative Unternehmen in der EU27 mit Universitäten und anderen höheren Bildungseinrichtungen (9 Prozent) sowie staatlichen oder öffentlichen Forschungseinrichtungen (6 Prozent) zusammen. Am weitesten war die öffentlich-private Zusammenarbeit in Finnland, Slowenien, der Slowakei, Lettland und Litauen verbreitet, am geringsten in Italien, Malta, Rumänien und Zypern.

Quelle: Eurostat

Prozent), Italien (23 Milliarden tkm, +3 Prozent) und das Vereinigte Königreich (22 Milliarden tkm, -1 Prozent) machten 60 Prozent des EU25-Aufkommens im Bereich des Eisenbahngüterverkehrs aus.

In der EU25 waren 2004 Personenzüge für fast 80 Prozent der Schienennutzung verantwortlich; die restlichen 20 Prozent entfielen auf Güterzüge. In allen Mitgliedstaaten überwog die Schienennutzung durch Personenzüge, außer in Estland (65 Prozent Nutzung durch Güterzüge), Lettland (60 Prozent) und Litauen (50 Prozent). Die höchsten Anteile des Personenverkehrs meldeten Griechenland (94 Prozent), die Niederlande (93 Prozent), das Vereinigte Königreich und Dänemark (beide 92 Prozent).

Die durchschnittliche Fahrgastzahl je Personenzug lag 2004 in der EU25 bei 122 Personen. In Frankreich (185 Fahrgäste je Zug), Italien (165) und Portugal (146) fanden sich die höchsten Mittelwerte, während Litauen (33), Luxemburg (47) und Slowenien (58) die niedrigsten hatten.

Die durchschnittliche Gütermenge, die 2005 in der EU25 auf einen Zug geladen war, belief sich auf 503 Tonnen (t). In Estland (1 814 t je Zug), Lettland (1 753 t) und Litauen (1 390 t) fand man die höchsten Mittelwerte und Irland (147 t), Luxemburg (222 t) und Spanien (309 t) hatten die niedrigsten

Quelle: Eurostat

Erwerbstätigkeit Dezember 2006: Arbeitslosenquote in der Europäischen Union nur wenig verändert

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, ermittelte die Arbeitslosenquote der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Danach lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Dezember 2006 in der Eurozone (EZ12) bei 7,5 Prozent, gegenüber 7,6 Prozent im Vormonat November. Im Dezember 2005 betrug sie 8,4 Prozent. In den 25 Mitgliedstaaten (EU25) war die Arbeitslosenquote im Dezember 2006 mit 7,6 Prozent gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Dezember 2005 lag sie bei 8,5 Prozent.

Die niedrigsten Quoten verzeichneten im Dezember 2006 Dänemark (3,2 Prozent), die Niederlande (3,6 Prozent), Estland (4,3 Prozent), Irland (4,4 Prozent) und Österreich (4,6 Prozent). Die höchsten Arbeitslosenquoten meldeten Polen (12,8 Prozent), die Slowakei (12,0 Prozent), Griechenland (8,7 Prozent im dritten Quartal 2006), Spanien und Frankreich (jeweils 8,5 Prozent).

21 der EU25-Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten über ein Jahr betrachtet, einen Rückgang

ihrer Arbeitslosenquote und drei einen Anstieg. Der stärkste relative Rückgang wurde in Estland (von 7,0 Prozent auf 4,3 Prozent), Polen (von 16,9 Prozent auf 12,8 Prozent), der Slowakei (von 15,5 Prozent auf 12,0 Prozent) und Dänemark (von 4,1 Prozent auf 3,2 Prozent) beobachtet. Zunahmen wurden lediglich für das Vereinigte Königreich (von 5,0 Prozent im Oktober 2005 auf 5,4 Prozent im Oktober 2006), Luxemburg (von 4,6 Prozent auf 4,8 Prozent) und Ungarn (von 7,4 Prozent auf 7,7 Prozent) gemeldet.

Vergleicht man den Dezember 2006 mit dem Dezember 2005, so sank die Arbeitslosenquote der Männer in der Eurozone von 7,1 Prozent auf 6,3 Prozent und in der EU25 von 7,6 Prozent auf 6,6 Prozent. Die Arbeitslosenquote der Frauen verringerte sich in der Eurozone von 9,9 Prozent auf 9,0 Prozent und in der EU25 von 9,7 Prozent auf 8,7 Prozent.

Eurostat schätzt, dass im Dezember 2006 in der Eurozone insgesamt 11,1 Millionen und in der EU25 insgesamt 16,6 Millionen Männer und Frauen arbeitslos waren.

Quelle: Eurostat

Produzierendes Gewerbe Dezember 2006: Auftragseingänge in der Industrie gestiegen

Nach Schätzungen von Eurostat ist in der Eurozone (EZ12) der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Dezember 2006 gegenüber dem Vormonat um 2,8 Prozent gestiegen. Im November hatte sich der Index um 1,1 Prozent erhöht, im Oktober war er um 0,3 Prozent gesunken. In der EU25 nahmen die Auftragseingänge im Dezember 2006 um 2,7 Prozent zu, nach Anstiegen um 0,8 Prozent im November und um 0,4 Prozent im Oktober.

Werden Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau ausgenommen, so nahmen die Auftragseingänge in der Industrie im Dezember 2006 in der Eurozone um 0,6 Prozent zu und blieben in der EU25 unverändert.

Im Vergleich zum Dezember 2005 erhöhte sich der Index der Auftragseingänge in der Industrie im Dezember 2006 in der Eurozone um 1,6 Prozent und in der EU25 um 2,5 Prozent. Betrachtet man die Auftragseingänge ohne Schiff- und Bootsbau, Schienenfahrzeugbau sowie Luft- und Raumfahrzeugbau, so betrug der Anstieg in der Eurozone 4,6 Prozent und in der EU25 3,9 Prozent.

Im Durchschnitt des Jahres 2006 war der Index der Auftragseingänge in der Industrie in der Eurozone um 9,1 Prozent und in der EU25 um 8,8 Prozent höher als im Vorjahresdurchschnitt.

Monatliche Veränderungen: Im Vergleich zum Vormonat kam es im Dezember 2006 zu einer Zunahme der Auftragseingänge im Fahrzeugbau um 4,5 Prozent in der Eurozone und um 4,8 Prozent in der EU25. Im Sektor Metallherzeugung und Herstellung von Metallherzeugnissen betrug der Zuwachs 2,3 Prozent bzw. 2,2 Prozent. Das Textil- und Bekleidungs-gewerbe legte in der Eurozone um 1,9 Prozent und in der EU25 um 1,1 Prozent zu. Die chemische Industrie wies eine Steigerungsrate von 1,8 Prozent bzw. 1,6 Prozent auf. Der Maschinen- und Anlagenbau verzeichnete einen Anstieg um 0,9 Prozent in der Eurozone, jedoch einen Rückgang um 0,5 Prozent

in der EU25. Der Sektor elektrische und elektronische Erzeugnisse wies in der Eurozone einen Anstieg um 0,5 Prozent aus, in der EU25 hingegen einen Rückgang um 0,5 Prozent.

Von den Mitgliedstaaten der EU25, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten im Dezember 2006 zehn Länder einen Anstieg der Auftragseingänge im auftragsorientierten verarbeitenden Gewerbe und acht einen Rückgang. Die höchsten Zuwächse meldeten Irland (+21,0 Prozent), Portugal (+9,3 Prozent) und Dänemark (+7,6 Prozent). Die stärksten Rückgänge waren in Lettland (-22,9 Prozent), Polen (-10,0 Prozent), der Tschechischen Republik und Griechenland (jeweils -3,4 Prozent) zu beobachten.

Jährliche Veränderungen: Im Vergleich zum Dezember 2005 kam es im Dezember 2006 zu einer Zunahme der Auftragseingänge im Maschinen- und Anlagenbau um 11,6 Prozent in der Eurozone und um 10,9 Prozent in der EU25. Im Sektor Metallherzeugung und Herstellung von Metallherzeugnissen betrug der Zuwachs 10,6 Prozent bzw. 9,7 Prozent. Die chemische Industrie wies Steigerungsraten von 4,9 Prozent in der Eurozone und 3,5 Prozent in der EU25 auf. Das Textil- und Bekleidungs-gewerbe verzeichnete einen Rückgang um 1,2 Prozent bzw. 2,9 Prozent. Bei den elektrischen und elektronischen Erzeugnissen waren die Auftragseingänge in der Eurozone um 1,6 Prozent und in der EU25 um 2,6 Prozent rückläufig. Der Fahrzeugbau schwächte sich in der Eurozone um 6,1 Prozent ab, verzeichnete in der EU25 dagegen ein Wachstum von 0,3 Prozent.

Von den Mitgliedstaaten der EU25, für die Daten zur Verfügung stehen, verzeichneten im Dezember 2006 siebzehn Länder einen Anstieg der Auftragseingänge im auftragsorientierten verarbeitenden Gewerbe, lediglich Frankreich musste einen Rückgang hinnehmen (-4,2 Prozent). Die kräftigsten Zuwächse verbuchten die Slowakei (+36,4 Prozent), Ungarn (+35,1 Prozent) und Lettland (+33,5 Prozent).

Quelle: Eurostat

Handel
November 2006:
Handelsbilanzüberschuss
der Eurozone
bei 3,1 Milliarden EUR

Die ersten Schätzungen von Eurostat ergaben für die Eurozone (EZ12) im November 2006 einen Überschuss von 3,1 Milliarden EUR im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber –2,0 Milliarden EUR im November 2005. Im Oktober 2006 hatte der Saldo +3,0 Milliarden EUR und im Oktober 2005 +0,1 Milliarden EUR betragen. Im November 2006 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum Oktober 2006 saisonbereinigt um 1,7 Prozent zu, während die Einfuhren um 0,1 Prozent abnahmen.

Für die EU25 ergab sich nach ersten Schätzungen im November 2006 ein Defizit von 12,4 Milliarden EUR gegenüber –14,7 Milliarden EUR im November 2005. Im Oktober 2006 war ebenfalls ein Saldo von –12,9 Milliarden EUR und im Oktober 2005 von –11,0 Milliarden EUR verbucht worden. Im November 2006 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt um 2,0 Prozent zu, während die Einfuhren um 0,1 Prozent abnahmen.

Detaillierte Ergebnisse für die EU25 für Januar bis Oktober 2006 zeigen folgendes Bild: Beim Handel mit Energie nahm das Defizit stark zu (–236,9 Milliarden EUR von Januar bis Oktober 2006 nach –180,6 Milliarden EUR im gleichen Zeitraum des Vorjahres), während zugleich im Handel mit chemischen Erzeugnissen (+65,5 Milliarden EUR gegenüber +58,5 Milliarden EUR) und mit Maschinen und Fahrzeugen (+91,9 Milliarden EUR gegenüber +85,1 Milliarden EUR) die Überschüsse anstiegen.

Der Handel der EU25 mit den wichtigsten Partnerländern nahm zu. Zu den kräftigsten Zuwächsen kam es bei

den Ausfuhren nach Russland (+26 Prozent von Januar bis Oktober 2006 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum), nach China (+23 Prozent), nach Kanada (+14 Prozent), nach Norwegen und in die Türkei (je +13 Prozent), sowie bei den Einfuhren aus Russland (+29 Prozent), Norwegen (+24 Prozent), China (+21 Prozent) und Indien (+19 Prozent).

Der Handelsbilanzüberschuss der EU25 gegenüber den USA erhöhte sich (+75,7 Milliarden EUR von Januar bis Oktober 2006 gegenüber +72,8 Milliarden EUR im gleichen Zeitraum des Vorjahres), verringerte sich jedoch gegenüber der Schweiz (+12,5 Milliarden EUR gegenüber +13,9 Milliarden EUR). Das Handelsbilanzdefizit der EU25 wuchs gegenüber China (–103,3 Milliarden EUR gegenüber –86,5 Milliarden EUR), Russland (–58,4 Milliarden EUR gegenüber –44,0 Milliarden EUR), Norwegen (–35,4 Milliarden EUR gegenüber –26,0 Milliarden EUR), Japan (–26,2 Milliarden EUR gegenüber –24,3 Milliarden EUR) und Südkorea (–13,0 Milliarden EUR gegenüber –10,3 Milliarden EUR).

Was den Handel der einzelnen Mitgliedstaaten angeht, so erzielte Deutschland den höchsten Überschuss (+132,6 Milliarden EUR im Zeitraum Januar – Oktober 2006), gefolgt von den Niederlanden (+29,1 Milliarden EUR), Irland (+28,0 Milliarden EUR) und Schweden (+13,9 Milliarden EUR). Das Vereinigte Königreich verbuchte das größte Defizit (–105,7 Milliarden EUR), gefolgt von Spanien (–72,5 Milliarden EUR), Frankreich (–28,6 Milliarden EUR), Griechenland (–28,4 Milliarden EUR) und Italien (–19,6 Milliarden EUR).

Quelle: Eurostat

Aus- und Einfuhr sowie
Handelsbilanzsaldo
der EU25-Mitgliedstaaten
Januar–Oktober 2004 und
2005 nach ausgewählten
Produktgruppen

Produktgruppe	Ausfuhren			Einfuhren			Handelsbilanzsaldo	
	Jan-Okt 2005	Jan-Okt 2004	Zuwachs	Jan-Okt 2006	Jan-Okt 2005	Zuwachs	Jan-Okt 2006	Jan-Okt 2005
	Mrd. EUR		%	Mrd. EUR		%	Mrd. EUR	
Grundstoffe	116,8	97,8	+19	389,3	310,7	+25	–272,5	–212,9
Nahrungsmittel	48,0	42,9	+12	55,5	51,2	+8	–7,4	–8,3
Rohstoffe	22,9	19,1	+20	51,1	43,0	+19	–28,1	–24,0
Energie	45,8	35,9	+28	282,7	216,5	+31	–236,9	–180,6
Industrieerzeugnisse	824,4	753,7	+9	708,8	632,0	+12	115,6	121,7
Chemische Erzeugnisse	154,9	137,5	+13	89,4	79,0	+13	65,5	58,5
Maschinen und Fahrzeuge	421,6	391,5	+8	329,7	306,4	+8	91,9	85,1
Andere Erzeugnisse	247,9	224,7	+10	289,7	246,6	+17	–41,8	–21,9
Sonstige	26,2	24,5	+7	24,0	20,7	+16	2,3	3,7
Gesamt	967,4	876,0	+10	1 122,1	963,4	+16	–154,7	–87,5

**Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen**
Viertes Quartal 2006:
BIP um 0,9 Prozent
gestiegen

Nach einer Schnellschätzung von Eurostat ist im vierten Quartal 2006 im Vergleich zum Vorquartal das BIP sowohl in der Eurozone (EZ12) als auch in der EU25 um 0,9 Prozent angestiegen. Im dritten Quartal 2006 betrug die Wachstumsrate noch +0,5 Prozent in der Eurozone und +0,6 Prozent in der EU25.

Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal 2006 in der Eurozone um 3,3 Prozent und in der EU25 um 3,4 Prozent gestiegen, nach +2,7 Prozent bzw. +3,0 Prozent im Vorquartal.

Im Verlauf des vierten Quartals 2006 stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorquartal an, nach +0,5 Prozent im dritten Quartal. Verglichen mit dem vierten Quartal 2005 stieg das BIP in den Vereinigten Staaten um 3,4 Prozent, nach +3,0 Prozent im Vorquartal.

Für das gesamte Jahr 2006 ist das BIP in der Eurozone um 2,7 Prozent und in der EU25 um 2,9 Prozent gestiegen, nach entsprechenden Werten von +1,4 Prozent bzw. +1,7 Prozent im Jahr 2005. In den Vereinigten Staaten betrug das BIP-Wachstum für das Jahr 2006 +3,4 Prozent, nach +3,2 Prozent im Jahr 2005.

Quelle: Eurostat

**Wachstumsraten
des BIP-Volumens**
(auf Grundlage
saisonbereinigter¹
Daten)

Region — Land	Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorquartal				Prozentuale Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres			
	2006				2006			
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
EZ12	+0,8	+1,0	+0,5	+0,9	+2,2	+2,9	+2,7	+3,3
EU25	+0,8	+1,0	+0,6	+0,9	+2,5	+3,0	+3,0	+3,4
EZ13	+0,8	+1,0	+0,5	+0,9	+2,2	+2,9	+2,8	+3,3
EU27	+0,9	+1,0	+0,6	+0,9	+2,5	+3,0	+3,0	+3,4
Mitgliedstaaten								
Belgien	+0,9	+0,7	+0,6	...	+2,8	+3,1	+3,1	...
Bulgarien ²	+5,6	+6,6	+6,7	...
Tschechische Republik	+1,4	+1,4	+1,4	...	+6,4	+6,0	+5,9	...
Dänemark	+1,3	+1,2	+0,7	...	+3,6	+3,1	+3,1	...
Deutschland	+0,8	+1,2	+0,8	+0,9	+1,9	+2,8	+3,1	+3,7
Estland	+3,4	+2,9	+2,8	...	+11,7	+11,8	+11,0	...
Irland	+1,2	+1,1	+2,6	...	+5,8	+4,9	+7,7	...
Griechenland	+2,8	-0,4	+2,2	...	+4,1	+4,1	+4,4	...
Spanien	+0,9	+0,9	+0,9	+1,1	+3,6	+3,7	+3,8	+4,0
Frankreich	+0,5	+1,1	+0,0	+0,6-0,7	+1,3	+2,6	+1,9	...
Italien	+0,8	+0,6	+0,3	+1,1	+1,7	+1,7	+1,7	+2,9
Zypern	+0,7	+1,3	+0,6	...	+3,6	+4,1	+3,6	...
Lettland ²	+2,7	+2,5	+3,9	...	+13,1	+11,1	+11,8	+11,9
Litauen	+1,4	+2,2	+1,3	+1,7	+7,9	+8,3	+6,9	+6,7
Luxemburg	+1,4	+0,7	+1,0	...	+7,1	+6,2	+5,4	...
Ungarn	+0,9	+1,0	+1,0	...	+4,4	+4,1	+4,2	...
Malta	+0,5	+0,9	+2,8	...	+2,2	+3,3	+2,8	...
Niederlande ²	+0,3	+1,2	+0,7	+0,6	+3,4	+2,5	+2,8	+2,7
Österreich	+0,7	+0,9	+1,0	+0,8	+3,1	+3,2	+3,3	+3,4
Polen	+1,3	+1,2	+1,6	...	+4,8	+5,4	+5,6	...
Portugal	+0,3	+0,9	-0,2	...	+1,1	+0,8	+1,5	...
Rumänien ²	+6,7	+7,8	+8,2	...
Slowenien	+1,1	+2,0	+1,4	...	+5,0	+5,3	+5,9	...
Slowakei ²	+1,8	+2,1	+2,7	+2,2	+6,7	+6,7	+9,8	+9,5
Finnland	+2,1	+1,8	+0,9	...	+4,9	+6,8	+5,8	...
Schweden	+1,4	+1,3	+1,0	...	+4,4	+5,0	+4,7	...
Vereinigtes Königreich	+0,7	+0,7	+0,7	+0,8	+2,4	+2,7	+2,9	+3,0
EFTA								
Island	+0,8	+1,6	+0,1	...	+4,4	+2,4	+0,3	...
Norwegen	+0,7	+0,5	+1,3	...	+3,0	+2,3	+2,5	...
Schweiz	+0,7	+0,6	+0,4	...	+3,2	+3,0	+2,4	...
Hauptwirtschaftspartner								
Vereinigte Staaten	+1,4	+0,6	+0,5	+0,9	+3,7	+3,5	+3,0	+3,4
Japan	+0,7	+0,3	+0,2	...	+2,7	+2,2	+1,7	...

¹Die Saisonbereinigung umfasst für die folgenden Mitgliedstaaten auch eine Arbeitstagkorrektur: Belgien, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Litauen, Ungarn, die Niederlande, Österreich, Slowenien, Finnland, Schweden und das Vereinigte Königreich.

²Prozentuale Veränderung gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres anhand nicht-saisonbereinigter Daten berechnet.

Jürgen Hübner

Wirtschaftstrends im Überblick

Berlin Oktober 2006

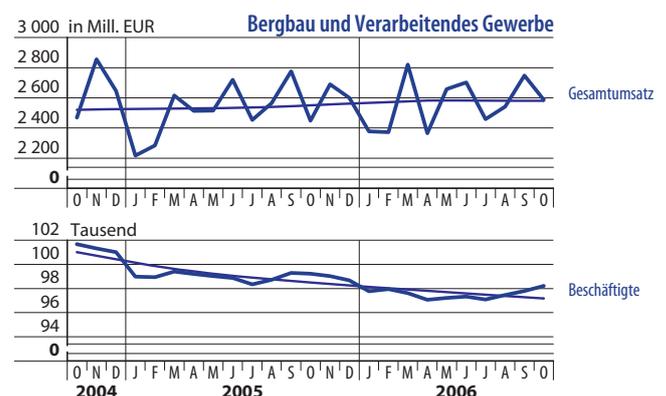
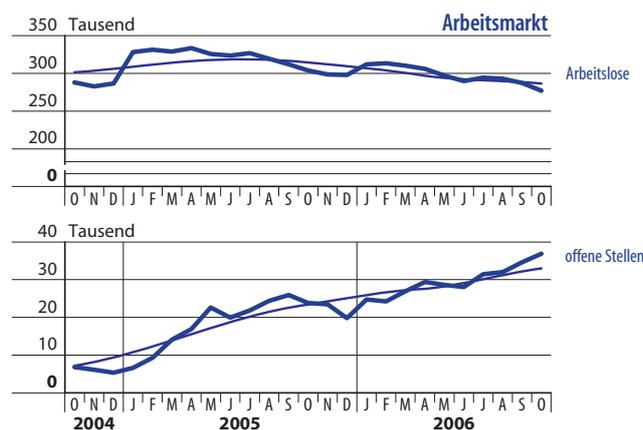
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich im Oktober 2006 im Vergleich zum Oktober 2005 um 8,8 Prozent; das waren 26 834 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 19,0 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Gesamtumsatz und der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes eine steigende Tendenz, wobei die Beschäftigtenzahl kontinuierlich aber langsamer im Sinken begriffen war. Für das Bauhauptgewerbe war ein fallender Trend beim baugewerblichen Umsatz und

den Beschäftigtenzahlen kennzeichnend. Beim Berliner Einzelhandel waren die Beschäftigtenzahlen gleichbleibend und der nominale Umsatz leicht steigend. Im Gastgewerbe verzeichnete der nominale Umsatz eine zunehmende Tendenz, während die Beschäftigtenzahlen eine abnehmende Tendenz aufwiesen. Die Berliner Aus- und Einfuhren stiegen. Sowohl bei der Anzahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen, war eine gleichmäßig steigende Tendenz erkennbar. Der Verbraucherpreisindex-Trend verringerte sich nach längerem fast konstantem Anstieg etwas; die Inflationsrate lag nunmehr bei +1,0 Prozent.

burgischen Werten. Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahlen – die fallende Tendenz etwas abgeschwächt; sie war aber nach wie vor deutlich vorhanden. Die gemeldeten offenen Stellen erhöhten sich seit dem Oktober 2005 bis zum Oktober 2006 um 13 037 Stellen oder um 54,8 Prozent. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat – wie auch im Vormonat – bei 1 zu 7,5.

Die im Monat Oktober 2006 im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 801 Berliner Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 587,9 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 139,0 Millionen EUR bzw. 5,7 Prozent überboten. Im Vergleich des Oktobers 2006 mit dem Oktober 2005 stieg der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes um 21,2 Prozent. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2006 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 25,6 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Januar bis Oktober des Jahres 2005 bedeutete dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 2,1 Prozent. Beim Vergleich der letzten 12 Monate mit der vorangegangenen Periode ergab sich ein stabiler Zuwachs des Gesamtumsatzes von 1,0 Prozent – bei einem Betrag von 30,9 Milliarden EUR. Bei der Beschäftigtenzahl dieses Bereiches war seit Juli 2006 ein Zuwachs erkennbar. Im Oktober 2006 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 98 219 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2006 – stieg deren Zahl um 0,4 Prozent oder 417 Personen; zum Oktober 2005

In Berlin wurden Ende Oktober 2006 mit 277 208 Arbeitslosen rund 3,6 Prozent weniger als im Vormonat, dem September 2006, registriert. Im Vergleich zum Oktober 2005 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 8,8 Prozent (26 834 Personen) ab. Die Arbeitslosenquote Berlins betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 19,0 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 16,5 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,7 bzw. 1,6 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 6,7 Prozentpunkte bzw. auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 8,1 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt (9,8 beziehungsweise 10,9 Prozent), aber auch 0,9 bzw. 1,7 Prozentpunkte über den entsprechenden branden-



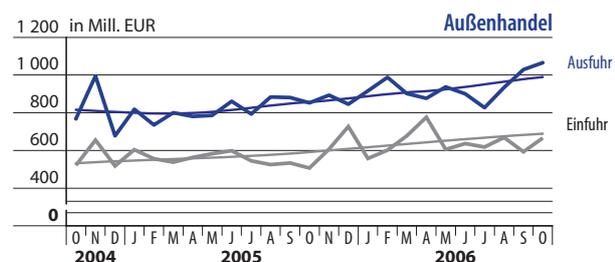
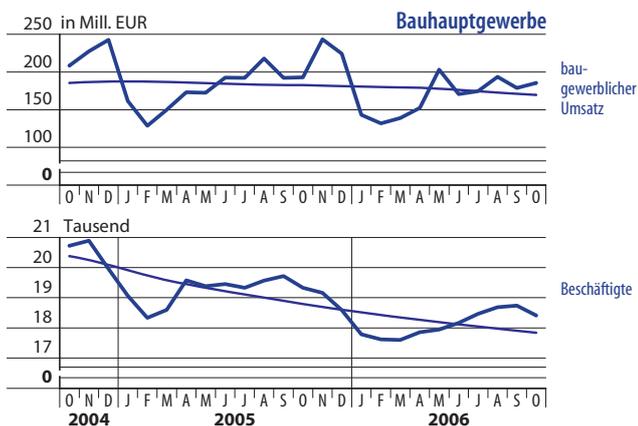
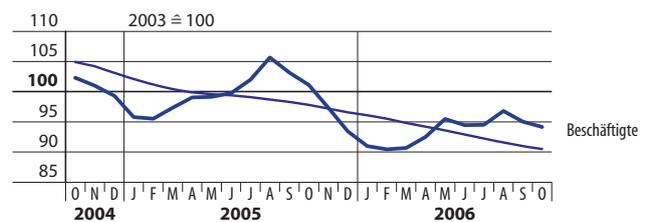
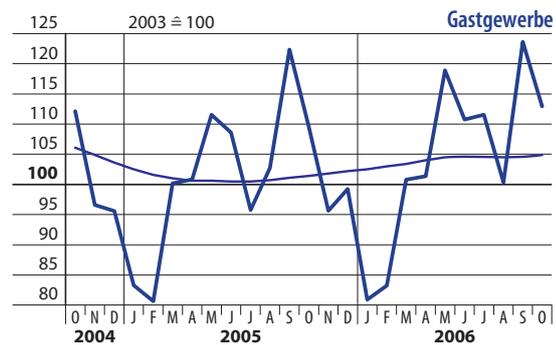
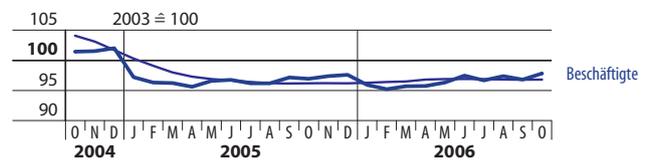
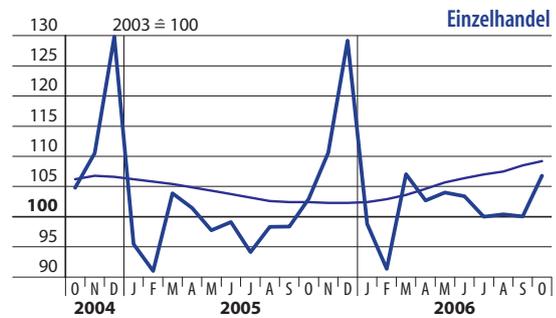
fiel sie allerdings um 1,0 Prozent oder 1 014 Personen. Gegenüber dem 10-monatigen Zeitraum des Vorjahres als auch gegenüber dem Volljahresvergleichszeitraum entwickelte sich die Beschäftigtenzahl negativ; um -1,5 bzw. -1,6 Prozent. Eine Trendumkehr war trotz des Anstieges der Beschäftigten in den letzten vier Monaten nicht erkennbar. Da der Gesamtumsatz eine leicht steigende Tendenz und die Beschäftigten eine stärker fallende Tendenz zeigten, stieg die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) an und zwar auf 26 348 EUR pro Beschäftigten im Oktober 2006. Das waren im Vergleich zum Vormonat zwar -6,2 Prozent, im Vergleich der 10- oder 12-Monatszeiträume dann jedoch +3,6 bzw. +2,7 Prozent.

Der Umsatz im Berliner **Bauhauptgewerbe** war noch nicht im Steigen begriffen. Die 18 410 Beschäftigten erzielten im Oktober 2006 einen baugewerblichen Umsatz von 185,6 Millionen EUR; der Umsatz lag um 3,7 Prozent unter dem Wert vom Oktober 2005. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen im baugewerblichen Umsatz und bei den Beschäftigten, den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005 sowie den durch die niedrigen Temperaturen Anfang 2006 bedingten Einfluss. Ebenso deutlich sind die mehr oder weniger stark fallenden Tendenzen der beiden Kennziffern baugewerblicher Umsatz und Beschäftigte erkennbar.

Der nominale Umsatz des Berliner **Einzelhandels** wies in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine leicht steigende Tendenz auf. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug +3,7 Prozent und beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich ein Plus von 2,6 Prozent. Die Trendfunktion bei den Beschäftigten war etwa gleichbleibend, während der Umsatz stieg. Die Beschäftigten-Kennziffern lauteten: +0,9 Prozent für Oktober 2006 zum Oktober 2005 und -0,7 Prozent für den Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Zeiträume.

Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war ein steigender Trend beim Umsatz und bei den Beschäftigten ein fallender Trend erkennbar. Beim nominalen Umsatz trat im Vergleich zum Oktober 2005 eine Veränderung von +3,1 Prozent auf und im Vergleich der Ganzjahreszeiträume war ein Zuwachs von 2,6 Prozent feststellbar. Der Index der Beschäftigtenzahl fiel im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6,9 Prozent und im Einjahres-Vergleich um 6,1 Prozent.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der Berliner Wirtschaft im Oktober 2006 ein Volumen von über einer Milliarde – genauer 1 065,7 Millionen – EUR und lag damit um 25,0 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Bei dem 10-Monatsvergleich ergab sich ein Plus von 14,5 Prozent und im 12-Monatsvergleich von 12,7 Prozent. Im gleichen Monat betrug das Importvolumen 666,7 Millionen EUR. In der Grafik ist



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

sowohl für den Export (Generalhandel) als auch für den Import (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten, der beim Export geringfügig stärker als beim Import ausgeprägt ist. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

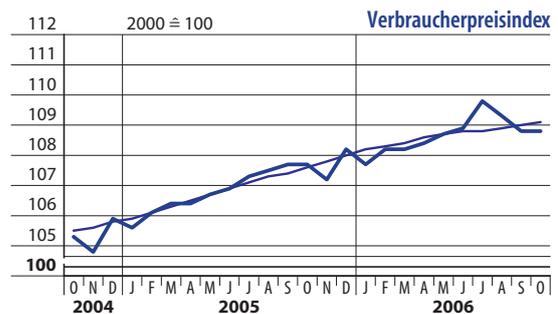
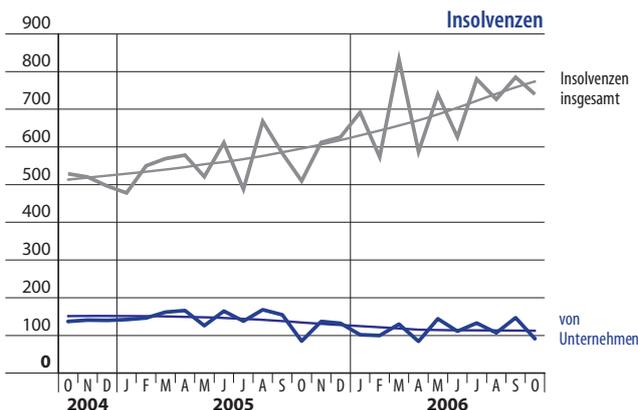
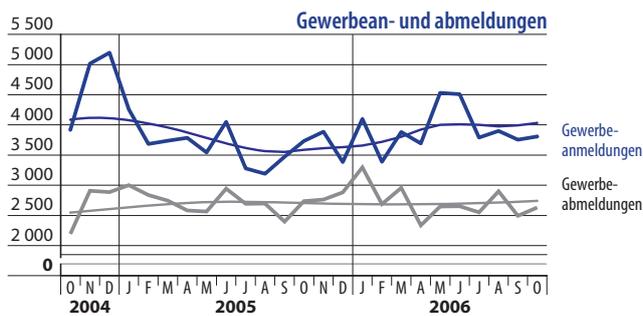
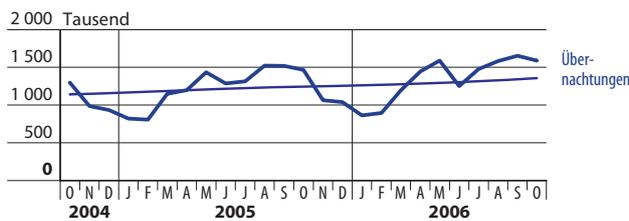
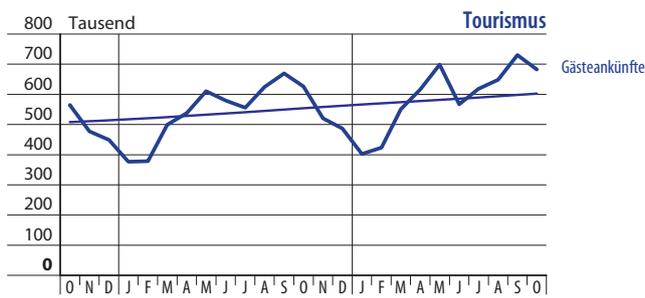
Im Oktober 2006 betrug die Zahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 1 589,7 Tausend; gegenüber dem Oktober 2005 waren es 123 170 Übernachtungen oder 8,4 Prozent mehr. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 8,3 Prozent. Die Zahl der Gäste und die der Übernachtungen zeigten beide einen stabil steigenden Trend in etwa gleicher Größenordnung. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Gast im

Oktober 2006 wie, auch im Zeitraum Januar bis Oktober 2006, etwa 2,3 Übernachtungen. In den letzten 6 Jahren bewegten sich die Übernachtungen pro Gast zwischen 2,0 im Winter und 2,5 im Sommer.

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** wuchs gegenüber dem Oktober 2005 um 2,0 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum waren es noch – 0,7 Prozent. Die monatlichen Gewerbeanmeldungen hatten sich langfristig auf knapp unter die 4 Tausender Grenze eingestellt. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen nahm leicht ab, ohne bisher allerdings eine Trendumkehr zu signalisieren. Die analogen Werte zu den gleichen Vergleichszeiträumen der Gewerbeanmeldung betragen: zum Vorjahresmonat – 3,8 Prozent und im Vergleich der Einjahres-Zeiträume – 0,6 Prozent. Die Gewerbeabmeldungen lagen in den letzten zwei Jahren deutlich unter den -anmeldungen, beide scheinen sich parallel zueinander zu bewegen.

Bei den **Insolvenzen** lagen für die insgesamt beantragten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein deutlich fallender Trend erkennbar. Sie sind langfristig und stabil bei knapp über 100 Insolvenzen pro Monat angelangt – mit gelegentlichem Durchbrechen dieser Linie nach unten. Bei den insgesamt beantragten Insolvenzen war demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten. Im Monat Oktober 2006 stiegen sie gegenüber dem Vorjahresmonat um 45,1 Prozent auf 740 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen nur 91 Fälle, das entsprach +7,1 Prozent im Vergleich zum Oktober 2005. Beim Vergleich der Zeiträume wurde der Rückgang der Insolvenzfälle der Unternehmen deutlich; es ergaben sich für den 10-monatigen Vergleichszeitraum beachtliche 20,9 Prozent weniger und für den 12-monatigen Zeitraum – 18,2 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Entwicklung der Verbraucherpreise lag im Monat Oktober 2006, bezogen auf das Jahr 2000, bei 108,8. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindexes, zwischen Oktober 2005 und Oktober 2006 ergab sich damit der Wert von + 1,0 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit unter dem Niveau der jährlichen und der 10-monatigen Vergleichswerte. Es zeigte sich ein langfristig konstanter Trend, der gering von den einzelnen Monatswerten abwich und der in den letzten Monaten doch stärkere Schwankungen aufwies.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Oktober 2006

(Basis: Originalwerte, Stand vom 26. 1. 2007)

Merkmal	Einheit	Oktober 2006		Januar 2006 – Oktober 2006		November 2005 – Oktober 2006	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt ¹							
Arbeitslose	Anzahl	277 208	- 8,8	298 132	- 7,8	298 132	- 5,9
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²							
Auftragseingangsindex ³	2000 \triangle 100	108,6	+ 21,2	104,0	+ 4,3	103,6	+ 3,2
Gesamtumsatz	Mill. EUR	2 587,9	+ 5,7	2 563,3	+ 2,1	2 576,9	+ 1,0
Beschäftigte	1 000	98,2	- 1,0	97,5	- 1,5	97,8	- 1,6
Bauhauptgewerbe ²							
baugewerblicher Umsatz	Mill. EUR	185,6	- 3,7	167,3	- 5,6	178,4	- 4,6
Beschäftigte	1 000	18,4	- 4,8	18,1	- 5,7	18,3	- 6,1
Einzelhandel							
Umsatz nominal	2003 \triangle 100	106,8	+ 3,7	101,4	+ 3,3	104,5	+ 2,6
Beschäftigte	2003 \triangle 100	97,8	+ 0,9	96,5	- 0,0	96,7	- 0,7
Gastgewerbe							
Umsatz nominal	2003 \triangle 100	112,9	+ 3,1	104,4	+ 2,8	103,3	+ 2,6
Beschäftigte	2003 \triangle 100	94,2	- 6,9	93,5	- 6,4	93,8	- 6,1
Außenhandel							
Ausfuhr	Mill. EUR	1 065,7	+ 25,0	937,6	+ 14,5	926,2	+ 12,7
Einfuhr	Mill. EUR	666,7	+ 31,4	640,2	+ 15,3	644,6	+ 15,0
Tourismus							
Gästeankünfte	1 000	682,4	+ 8,9	593,8	+ 8,8	578,8	+ 8,8
Gästeübernachtungen	1 000	1 589,7	+ 8,4	1 353,8	+ 8,1	1 303,3	+ 8,3
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 806	+ 2,0	3 935,3	+ 7,1	3 885,5	- 0,7
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	740	+ 45,1	708,0	+ 27,4	693,2	+ 26,6
Insolvenzen von Unternehmen	Anzahl	91	+ 7,1	114,9	- 20,9	118,2	- 18,2
Verbraucherpreisindex	2000 \triangle 100	108,8	+ 1,0	108,7	+ 1,7	108,5	+ 1,8

¹ Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (vorläufige Angaben).

² Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ für das Verarbeitende Gewerbe

⁴ ohne Tankstellen und Kfz-Bereich

⁵ Betriebe mit mehr als 8 Betten

Brandenburg Oktober 2006

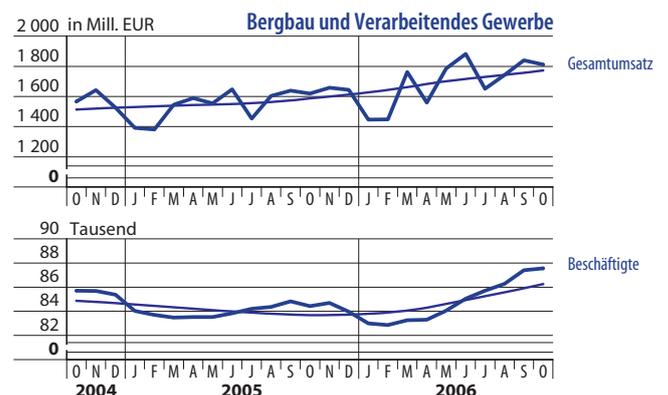
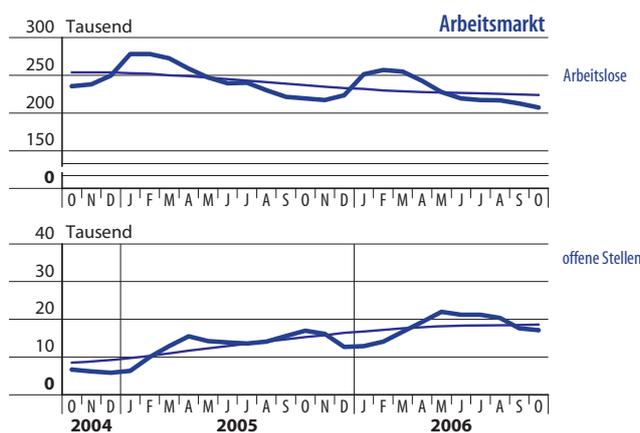
Die Anzahl der brandenburgischen Arbeitslosen verminderte sich im Oktober 2006 im Vergleich zum Oktober 2005 um 5,5 Prozent; das waren 11 984 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 17,3 Prozent. Im Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten der Produktionsindex, der Gesamtumsatz und der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes einen weiterhin langfristig und stabil steigenden Trend (Trendberechnung nach dem Berliner Verfahren 4.1 des Statistischen Bundesamtes) – wobei auch die Beschäftigtenzahlen stärker anstiegen und somit eine Trendumkehr signalisierten. Für das

Bauhauptgewerbe ist eine steigende Tendenz beim Umsatz, der nun auch leicht gestiegene Beschäftigtenzahlen nach sich zieht, kennzeichnend. Der brandenburgische Einzelhandel bewegt sich bei den Beschäftigten und beim nominalen Umsatz leicht steigend. Im Gastgewerbe verzeichneten der nominale Umsatz und die Beschäftigtenzahlen eine zunehmende Tendenz. Die brandenburgischen Aus- und Einfuhren stiegen – nach wie vor – sehr stark. Sowohl bei der Anzahl der Gäste, wie auch bei den Übernachtungen, ist eine leicht ansteigende Tendenz erkennbar. Der Verbraucherpreisindex sank nach längerem fast konstantem Anstieg etwas ab; die Inflationsrate lag nunmehr bei + 1,5 Prozent.

Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen und Berliner Werten. Insgesamt hat sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Anzahl der Arbeitslosen – die fallende Tendenz etwas abgeschwächt; sie ist aber nach wie vor deutlich vorhanden. Die gemeldeten offenen Stellen haben sich seit dem Oktober des vorigen Jahres um 85 Stellen oder um 0,5 Prozent erhöht. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat – wie auch im Vormonat – bei 1 zu 12. Zu der Anzahl der Kurzarbeiter lagen bei Redaktionsschluss noch keine Ergebnisse für den Oktober 2006 vor. Die Anzahl der in ABM und in Weiterbildung befindlichen Personen ist seit Mitte des Jahres 2006 fast konstant geblieben; im Vergleich zum Oktober 2005 ist sie um 3,4 Prozent gesunken.

Die im Monat Oktober 2006 im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 1 068 brandenburgischen Betriebe erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 811,5 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 192,4 Millionen EUR bzw. 11,9 Prozent überboten. Im gleichen Zeitraum stiegen der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes um 15,3 Prozent und der Index der Nettoproduktion um 6,3 Prozent. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2006 konnten die brandenburgischen Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 16,9 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Januar bis Oktober des Jahres 2005 bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 9,8 Prozent. Beim Vergleich der letzten 12 Monate mit der vorangegangenen Periode ergibt sich ein stabiler Zuwachs des Gesamtumsatzes von 8,8 Prozent – bei einem Betrag

Im Land Brandenburg wurden Ende Oktober 2006 mit 207 217 Arbeitslosen rund 2,6 Prozent weniger als im Vormonat, dem September 2006, registriert. Im Vergleich zum Oktober 2005 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 5,5 Prozent, das entspricht 11 984 Personen, ab. Die Arbeitslosenquote Brandenburgs betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 17,3 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 15,6 Prozent. Das sind gegenüber dem Vorjahresmonat 0,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte weniger. Damit liegt die brandenburgische Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,8 Prozentpunkte bzw. auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,4 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber 0,1 bzw. 0,2

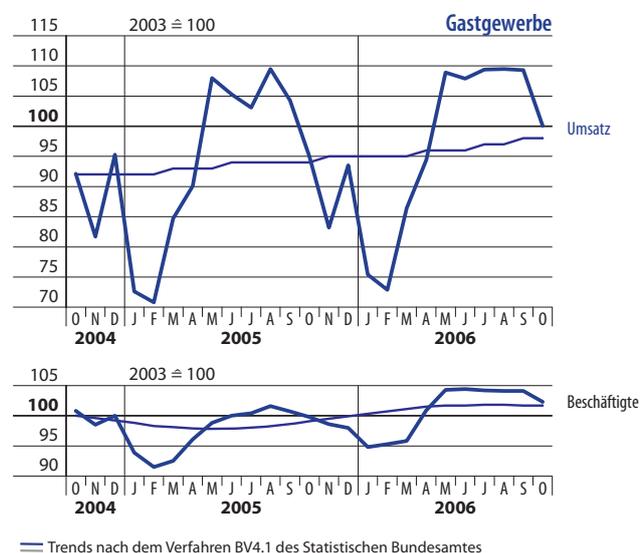
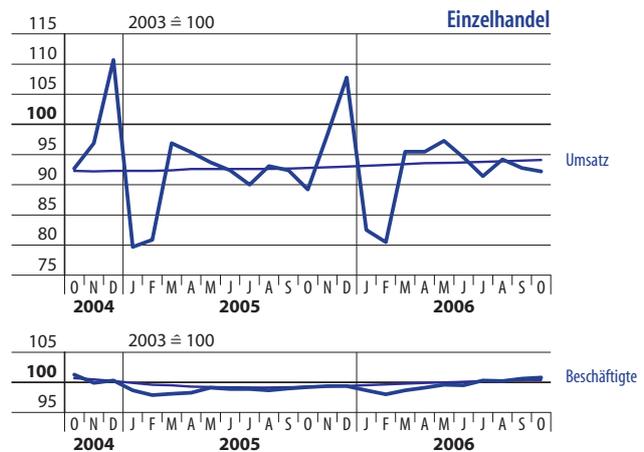
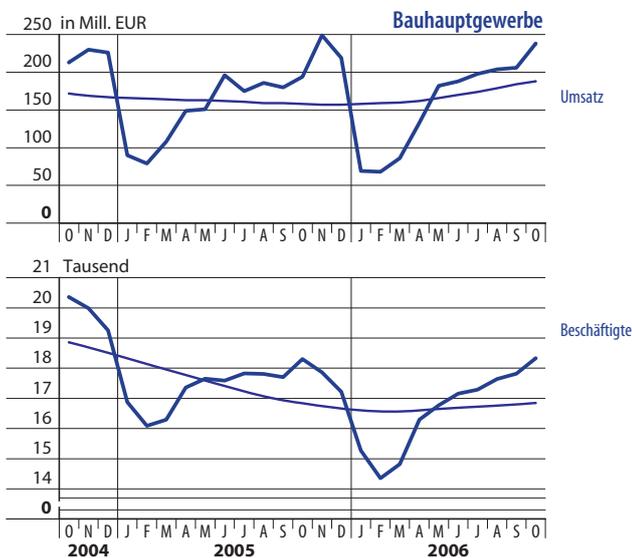


von 20,2 Milliarden EUR. Bei der Beschäftigtenanzahl dieses Bereiches ist seit Februar 2006 ein kontinuierlicher Zuwachs erkennbar. Im Oktober 2006 waren im brandenburgischen Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 87 553 Personen beschäftigt. Gegenüber dem Vormonat – dem September 2006 – stieg die Anzahl der Beschäftigten zwar nur um 0,2 Prozent oder 148 Personen (zum Oktober 2005 um + 3,7 Prozent oder 3 138 Personen) an. Gegenüber dem 10-monatigen Zeitraum des Vorjahres als auch gegenüber dem Volljahresvergleichszeitraum entwickelte sich die Beschäftigtenzahl durchweg positiv und zwar um + 1,0 bzw. + 0,6 Prozent. Ein ansteigender Trend ist seit Jahresbeginn deutlich erkennbar. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) stieg demzufolge auch an – auf 20 690 EUR pro Beschäftigten. Die Bruttolohn- und die Gehaltssumme je Beschäftigten ist ebenfalls im Ansteigen begriffen, sie stieg im Vergleich zum Oktober 2005 um 4,5 Prozent. Betrachtet man den 10-monatigen und den 12-monatigen Zeitraum, wurden Zuwächse um 1,8 bzw. 2,0 Prozent erreicht. Insgesamt stieg die Auslandsnachfrage in diesem Unternehmenssektor wiederum wesentlich stärker als die brandenburgische Binnennachfrage. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses wichtigsten brandenburgischen Wirtschaftszweiges erreichte im Oktober 2006 ein Niveau von ca. 429,7 Millionen EUR, die Exportquote betrug 23,7 Prozent. Auflaufend sind im Jahr 2006 bisher für fast 4,0 Milliarden EUR Waren aus dem Land Brandenburg exportiert worden.

Der Umsatz im brandenburgischen **Bauhauptgewerbe** war wieder im Steigen begriffen. Die 349 im Oktober 2006 berichtspflichtigen Betriebe (343 Betriebe waren es noch im September 2006) erreichten mit 18 326 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 238,3 Millionen EUR; der Umsatz lag um 22,6 Prozent über dem Wert vom Oktober 2005. Die grafische Darstellung zeigt deutlich die saisonalen Schwankungen und den Sondereffekt durch den Wegfall der Eigenheimzulage am Ende des Jahres 2005. Ebenso deutlich sind die unterschiedlichen Tendenzen der beiden Kennziffern Umsatz (steigend) und Beschäftigte (gleichbleibend bis leicht fallend) erkennbar. Die Anpassung nach einer Hochphase im Gefolge der Wiedervereinigung ist im brandenburgischen

Bauhauptgewerbe noch nicht abgeschlossen. Die in den letzten Monaten leicht gestiegenen Kennziffern können aus den Nachholeffekten des kalten Winters 2005/2006 und einer allgemeinen Konjunkturbelebung einschließlich stärkerer Investitionstätigkeit der „öffentlichen Hand“ resultieren. Im Oktober 2006 erreichte das wertmäßige Volumen der Auftragseingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – ein Niveau von rund 120,6 Millionen EUR. Es lag damit um 18,7 Prozent unter den Angaben im Oktober 2005. Die Entwicklung des Auftragseinganges in den letzten zehn Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag demgegenüber bei + 1,6 Prozent und beim Vergleich der letzten 12 Monate bei – 1,7 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im brandenburgischen Bauhauptgewerbe verminderte sich im Vergleich der vergangenen 12 Monate (November 2005 bis Oktober 2006 zu November 2004 bis Oktober 2005) um 5,6 Prozent. Im weniger aussagefähigen Vergleich zum einzelnen Vorjahresmonat waren es 23 Beschäftigte oder 0,1 Prozent mehr.

Beim nominalen Umsatz-Index im brandenburgischen **Einzelhandel** war in den letzten 12 Monaten, bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen, eine leicht steigende Tendenz erkennbar. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug + 3,4 Prozent und beim Vergleich der gesamten letzten 12 Monate zum entsprechenden Vorjahreszeitraum ergab sich ein Plus von 1,0 Prozent. Die Trendfunktion bei den Beschäftigten- und Umsatz-



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

indexen ist – bei großen saisonalen Schwankungen der einzelnen Monatswerte – ebenfalls leicht steigend. Die Beschäftigten-Kennziffern lauten: + 1,6 Prozent für Oktober 2006 zum Oktober 2005 und + 0,6 Prozent für den Vergleich der entsprechenden 12-monatigen Zeiträume.

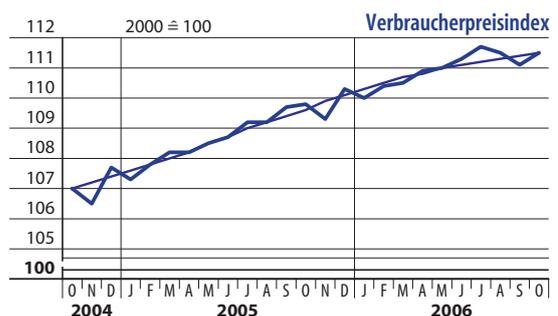
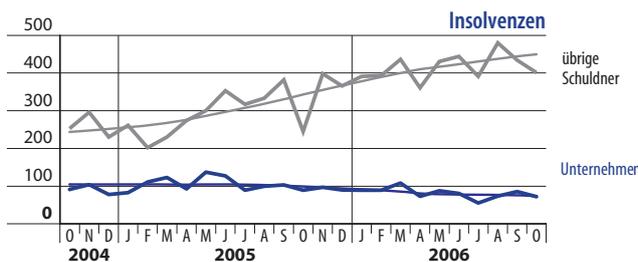
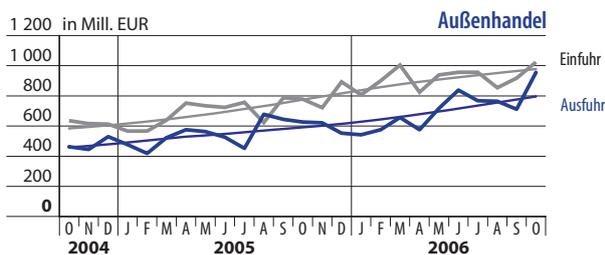
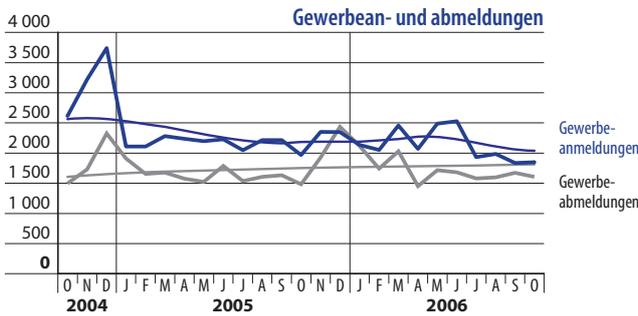
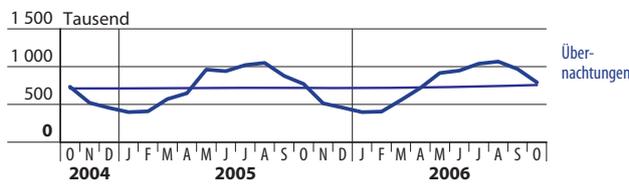
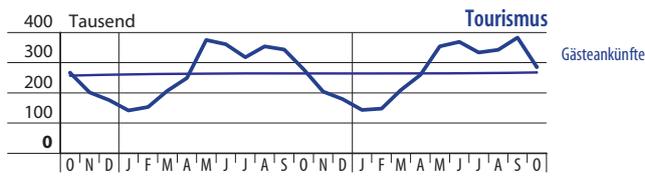
Im ebenfalls saisonal geprägten **Gastgewerbe** war ein leicht- und stabil-steigender Trend bei Umsatz und Beschäftigten erkennbar. Beim nominalen Umsatz trat im Vergleich zum Oktober 2005 eine Veränderung von + 5,4 Prozent auf und im Vergleich der Ganzjahreszeiträume war ein Zuwachs von 2,7 Prozent feststellbar. Der Index der Beschäftigtenanzahl stieg im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,5 Prozent, im Jahresvergleich um 2,8 Prozent.

Im Oktober 2006 betrug die Anzahl der Übernachtungen in der **Tourismusbranche** 793,2 Tausend; gegenüber dem Oktober 2005 waren es 22 400 Übernachtungen oder 2,9 Prozent mehr. Beim Vergleich des jährlichen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 1,0 Prozent. Im Durchschnitt entfielen auf jeden Gast im Oktober 2006 und auch im Zeitraum Januar bis Oktober 2006 etwa 2,8 Übernachtungen. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1995 waren es noch 3,1 Übernachtungen. Langfristig war bei der Zahl der Übernachtungen pro Person eine kontinuierlich-fallende Tendenz erkennbar.

Die Zahl der **Gewerbeanmeldungen** verminderte sich gegenüber dem Oktober 2005 um 5,9 Prozent; im Einjahres-Vergleichszeitraum sind es – 8,9 Prozent. Seit Juli 2006 lag die Anzahl der Gewerbeanmeldungen knapp unter der 2 000er-Grenze, mit weiterhin fallendem Trend. Die Zahl der Gewerbeanmeldungen nahm wieder leicht zu, ohne bisher allerdings eine Trendumkehr zu signalisieren. Die analogen Werte zu den gleichen Vergleichszeiträumen der Gewerbeanmeldung betragen: zum Vorjahresmonat + 8,5 Prozent und im Vergleich der Einjahreszeiträume + 5,5 Prozent. Die Gewerbeabmeldungen lagen seit dem Januar 2006 wieder deutlich unter den –anmeldungen, beide näherten sich – so scheint es – tendenziell langsam aneinander an.

Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Exportwert der brandenburgischen Wirtschaft im Oktober 2006 ein Volumen von fast einer Milliarde – genauer 955,4 Millionen – EUR und lag damit um 52,4 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats. Bei dem 10-Monatsvergleich ergab sich ein Plus von 29,5 Prozent und im 12-Monatsvergleich + 28,2 Prozent. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen 1 024,4 Millionen EUR, bei fast konstanten Zuwachsraten in den betrachteten drei Zeitspannen (zum Vorjahresmonat, 10 Monate und 12 Monate) von über 30 Prozent. In der Grafik ist sowohl für den Export (Generalhandel) als auch für den Import (Spezialhandel) ein sehr stabiler Aufwärtstrend zu beobachten, der sich beim Import leicht abschwächt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des brandenburgischen Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Bei den **Insolvenzen** lagen für die Unternehmen und die übrigen Schuldner gegensätzliche Tendenzen vor. Bei den Unternehmensinsolvenzen war ein deutlich fallender Trend erkennbar. Sie sind langfristig und stabil bei weit unter 100 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den Insolvenzen der übrigen Schuldner war demgegenüber eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Im Monat Oktober 2006 stiegen die Insolvenzen der übrigen Schuldner gegenüber dem Vorjahresmonat um 63,7 Prozent auf 401 Fälle an. Im gleichen Monat waren es dagegen bei den Unternehmensinsolvenzen nur 72 Fälle, das waren – 19,1 Prozent im Vergleich zum Oktober 2005. Beim Vergleich der Ganzjahreszeiträume entwickelte sich der Rückgang der Insolvenzfälle der Unternehmen ähnlich; es ergaben sich – für den Vergleichszeitraum – beachtliche 19,0 Prozent weniger.

Der **Verbraucherpreisindex** als Indikator der Entwicklung der Verbraucherpreise lag im Monat Oktober 2006, bezogen auf das Jahr 2000, bei 111,5. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbrau-

cherpreisindex, zwischen Oktober 2005 und Oktober 2006 ergab sich damit der Wert von + 1,5 Prozent. Die Änderungsrate befand sich damit unter dem Niveau der jährlichen und der 10-monatigen Vergleichswerte. Es zeigte sich ein langfristig konstanter Trend, der nur unwesentlich von den einzelnen Monatswerten abwich, in den letzten Monaten doch stärkere Schwankungen aufwies und dessen bisheriger gradliniger Trend sich leicht abzuwächen scheint. Im sehr langfristigen Vergleich der Jahresraten des Verbraucherpreisindex war allerdings eine „schleichende“ Erhöhung – ausgehend von etwa einem Prozent im Jahr 2003 auf den gegenwärtigen Trend von leicht über 2,0 Prozent – erkennbar.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Oktober 2006

(Basis: Originalwerte, Stand vom 15. 1. 2007)

Merkmal	Einheit	Oktober 2006		Januar 2006 – Oktober 2006		November 2005 – Oktober 2006	
		absolut	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahreszeitraum
			%		%		%
Arbeitsmarkt ¹							
Arbeitslose.....	Anzahl	207 217	– 5,5	230 801	– 7,1	229 087	– 7,5
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²							
Auftragseingangindex ³	2000 \triangle 100	128,5	+ 15,3	135,1	+ 10,3	132,0	+ 8,5
Produktionsindex.....	2000 \triangle 100	148,2	+ 6,3	140,1	+ 11,4	139,0	+ 10,3
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 811,5	+ 11,9	1 692,7	+ 9,8	1 685,8	+ 8,8
Beschäftigte.....	1 000	87,6	+ 3,7	84,8	+ 1,0	84,8	+ 0,6
Bauhauptgewerbe ²							
Auftragseingang.....	Mill. EUR	120,6	– 18,7	137,3	+ 1,6	133,5	– 1,7
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	238,3	+ 22,6	157,2	+ 4,2	170,0	+ 3,8
Beschäftigte.....	1 000	18,3	+ 0,1	16,6	– 4,5	16,7	– 5,6
Einzelhandel ⁴							
Umsatz nominal.....	2003 \triangle 100	92,2	+ 3,4	91,6	+ 1,4	93,5	+ 1,0
Beschäftigte.....	2003 \triangle 100	100,8	+ 1,6	99,5	+ 0,9	99,5	+ 0,6
Gastgewerbe							
Umsatz nominal.....	2003 \triangle 100	100,1	+ 5,4	97,4	+ 3,3	95,9	+ 2,7
Beschäftigte.....	2003 \triangle 100	102,3	+ 2,5	101,0	+ 3,6	100,6	+ 2,8
Außenhandel							
Ausfuhr.....	Mill. EUR	955,4	+ 52,4	710,4	+ 29,5	689,8	+ 28,2
Einfuhr.....	Mill. EUR	1 024,4	+ 31,5	918,3	+ 32,5	899,9	+ 32,4
Tourismus ⁵							
Gästeankünfte.....	1 000	285,1	+ 2,6	282,9	+ 1,8	267,8	+ 1,8
Gästeübernachtungen.....	1 000	793,2	+ 2,9	780,8	+ 2,1	731,6	+ 1,9
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen							
Gewerbeanmeldungen.....	Anzahl	1 850	– 5,9	2 134,5	– 1,2	2 170,2	– 8,9
Insolvenzen von Unternehmen.....	Anzahl	72	– 19,1	81,5	– 22,7	83,5	– 19,0
Insolvenzen übriger Schuldner.....	Anzahl	401	+ 63,7	416,2	+ 43,7	410,5	+ 43,9
Verbraucherpreisindex	2000 \triangle 100	111,5	+ 1,5	111,0	+ 2,1	110,8	+ 2,2

1 Auswertungen der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit (vorläufige Angaben).

2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3 für das Verarbeitende Gewerbe

4 ohne Tankstellen und Kfz

5 ohne Campingplätze

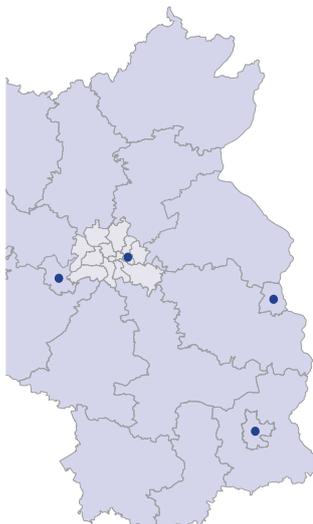
Von der Gründungsveranstaltung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg

Am 8. Januar 2007 fand im Nikolaisaal in Potsdam die feierliche Gründungsveranstaltung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg statt.

Zu dem Festakt waren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Standorte des neuen Amtes – Berlin, Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) – eingeladen. Unter den Gästen befanden sich der brandenburgische Innenminister und stellvertretende Ministerpräsident, Herr Jörg Schönbohm, sowie der Berliner Senator für Inneres und Sport, Herr Dr. Ehrhart Körting. Für die amtliche Statistik in Deutschland nahmen der gerade neu berufene Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Walter Radermacher, der Präsident des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Herr Jochen Kehlenbach, sowie der Vorstand des vor drei Jahren ebenfalls aus einer Fusion entstandenen Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, Herr Dr. Wolfgang Bick, teil. Der Rat für Wirtschafts- und Sozialdaten

Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg

Gründungsveranstaltung
8. Januar 2007



war durch seinen Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. Gert G. Wagner vertreten. Anwesend waren auch ehemalige Amtsleiter des Statistischen Landesamtes Berlin und zahlreiche Gäste aus der Berliner und der brandenburgischen Verwaltung, unter ihnen der Leiter des IT-Dienstleistungszentrums Berlin, Herr Konrad Kandziora.

Nach der Eröffnung der Festveranstaltung durch den Vorstand des Amtes, Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann, sprachen zunächst der brandenburgische Innenminister und Stellvertretende Ministerpräsident sowie der Berliner Senator für Inneres und Sport ihren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Arbeit beim Aufbau des neuen Amtes aus. Beide betonten, dass der politische Wille, der zu dieser Fusion geführt hat, in der Erwartung einer kostengünstigeren Produktion von amtlichen statistischen Daten für beide Bundesländer begründet ist. Es wird eine Verbesserung der Effektivität sowie eine engere Zusammenarbeit der Verwaltungen im Interesse der Region Berlin-Brandenburg erwartet.

Anschließend begrüßte der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Walter Radermacher, das neue Amt im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Er stellte den Verhaltenskodex für die nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen in der Europäischen Union in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dabei wurde unter anderem der Erwartung Ausdruck gegeben, dass das neue Amt so ausgestattet wird, dass es seinen Verpflichtungen zuverlässig nachkommen kann.

Danach sprach Prof. Dr. Gert G. Wagner für den Rat für Wirtschafts- und Sozialdaten. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Betonung der in den letzten Jahren immer besseren Kooperation zwischen der amtlichen Statistik und der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung. Er gab der Erwartung Ausdruck, dass die dabei erreichten Erfolge weiter geführt werden können.

Am Ende des Festaktes dankten Frau Prof. Rockmann und ihre Stellvertreterin, Frau Christiane Siegmund, allen an der Aufbauarbeit Beteiligten und stellten die Leiterinnen und Leiter der neuen Abteilungen vor:

Herr Ingo Koltzk

Abt. 1: Haushalte und Bildung,

Frau Kersten Klemm

Abt. 2: Finanzen und Umwelt,

Frau Gabriele Gruber

Abt. 3: Unternehmensbereiche,

Herr Dr. Klaus Voy

Abt. 4: Bevölkerung und Gesamtwirtschaft,

Herr Rudolf Frees

Abt. 5: Statistik Dienste,

Klaus Kudell

Abt. 6: IT-Statistik und

Herr Dr. Peter Lohauß

Abt. 7: Allgemeine Verwaltung.

Zum Ausklang fand für alle Teilnehmer ein kleiner Empfang statt.

Gemeinsames Grußwort der Leiterin des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Frau Prof. Dr. Ulrike Rockmann, und der Stellvertreterin Frau Christiane Siegmund

Liebe Kolleginnen
und Kollegen!

Die feierliche Gründungsveranstaltung im Potsdamer Nikolausaal ist für uns alle das offizielle Startsignal: Ab jetzt geht es gemeinsam weiter. Deshalb ist es so wichtig, dass wir diese Feier gemeinsam begehen. Wir wollen einander kennen lernen. Welche Gesichter verbergen sich hinter den Namen im Organigramm? An wen übergebe ich da eigentlich mein Aufgabengebiet? Von wem erhalte ich meine neuen Aufgaben? Unser heutiges Zusammentreffen soll dazu beitragen, ein Wir-Gefühl zu entwickeln und sich von Vorbehalten zu verabschieden.

Wir freuen uns, dass dieser Start so hochrangig begleitet wird. Neben den politisch Verantwortlichen, Herrn Jörg Schönbohm, Minister des Innern in Brandenburg und Herrn Dr. Ehrhart Körting, Senator für Inneres und Sport in Berlin, dürfen wir den neuen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Herrn Walter Radermacher, begrüßen sowie den Vorsitzenden des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten, Herrn Prof. Dr. Gert G. Wagner. Die Anwesenheit des Präsidenten des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Herrn



Prof. Dr. Ulrike Rockmann

Jochen Kehlenbach, und des Direktors des Statistikamtes Nord, Herrn Dr. Wolfgang Bick, sowie weiterer Vertreter/innen anderer Landesämter werten wir als Ausdruck von Solidarität und Wertschätzung und bedanken uns ausdrücklich für die Teilnahme an diesem Festakt.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist vor allen Dingen Dank angebracht, und zwar an alle, die den Fusionsprozess aktiv begleitet haben. Das sind neben den Mitarbeitern beider Ministerien insbesondere natürlich die Kolleginnen und Kollegen der beiden Statistikeinrichtungen in Berlin und Brandenburg. Neben dem normalen Tagesgeschäft – der Durchführung der amtlichen Statistiken – haben Sie Außerordentliches geleistet: Sie haben Ihre Sachgebiete weitestgehend

so geordnet, dass Aufgaben abgegeben bzw. übernommen werden können. Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt (Oder). Sie haben die Auflösung des Standortes Ende 2008 im Auge, und die damit im Zusammenhang stehenden Weichenstellungen wurden vorgenommen. Auch an den Standorten Cottbus und Potsdam haben sich alle Kolleginnen und Kollegen auf die weiteren Schritte im Fusionsprozess eingestellt. Das Jahr 2006 hatte es aber auch für die Berliner Kolleginnen und Kollegen in sich. Ergänzend zum statistischen Kerngeschäft waren die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten, die Umbaumaßnahmen im Dienstgebäude sowie die damit verbundenen Umzüge zu bewältigen.

Wir können die Vorbereitungsphase nunmehr als abgeschlossen betrachten. Das heißt natürlich nicht, dass nun alles bestens ist. Da Sie alle in den Prozess der Umstrukturierung aktiv einbezogen worden sind, wissen Sie auch, dass wir erst jetzt in die „heiße Phase“ des Aufbaus des Amtes für Statistik treten. Es ist sicherlich auch nicht realistisch zu meinen, dass ab einem bestimmten Datum „X“ alles geregelt ist, und dass wir ab dann ein Amt sind. Nein! Wir sind jetzt ein Amt und werden nach und nach die Arbeitsprozesse optimieren. Dieser Prozess erfordert Geduld und Flexibilität und sicherlich an der einen oder anderen Stelle auch Improvisationsvermögen. Wir werden viel dazulernen und versuchen, die Chance zu nutzen, es noch etwas besser zu machen als es vorher schon war.



Christiane Siegmund

Viel Erfolg uns Allen.

Ihre
Ulrike Rockmann
Amtsleiterin

Ihre
Christiane Siegmund
Stellvertreterin

Rede des Ministers des Innern des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm

Sehr geehrter Herr Kollege Körting,
sehr geehrte Frau Prof. Rockmann,
sehr geehrte Frau Siegmund,
sehr geehrte Gäste,

ich begrüße Sie ganz herzlich zu der heutigen Gründungsveranstaltung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Dies ist für mich ein guter Tag. Denn ich habe mich – zusammen mit dem Kollegen Dr. Körting – in den letzten drei Jahren dafür eingesetzt, dass über die Grenzen unserer beiden Bundesländer hinweg dieses Projekt gelingt. Nun ist es soweit. Am 1. Januar 2007 ist der Staatsvertrag in Kraft getreten. Seitdem werden die Aufgaben der amtlichen Statistik für Berlin und für Brandenburg von einer gemeinsamen Einrichtung wahrgenommen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, auf die Neuorganisation etwas näher einzugehen. Die Bemühungen um eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der amtlichen Statistik reichen bis in die Mitte der 90er Jahre zurück. Doch die Versuche, im Rahmen einer engeren Kooperation Aufgaben zu bündeln und dadurch messbare Effizienzgewinne zu erzielen, waren nicht besonders erfolgreich. Zu groß waren die Bedenken und Hindernisse.

Wir müssen uns natürlich die Frage gefallen lassen, warum wir in diesem Bemühen so unnachgiebig waren. Was treibt uns eigentlich? Wir haben schlicht einen Zielkonflikt zu lösen! Einerseits sind weiterhin Kosten zu senken, um den Landeshaushalt zu konsolidieren, andererseits brauchen wir in der amtlichen Statistik eine effizientere Arbeitsweise, um dem steigenden Datenbedarf in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nachkommen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, als Innenminister bin ich nicht nur für effizientes und wirtschaftliches Verwaltungshandeln verantwortlich, sondern auch dafür, dass Brandenburg seine gesetzlichen Verpflichtungen dem Bund und auch der Europäischen Union gegenüber erfüllt. Es geht letztlich darum, von der amtlichen Statistik ein möglichst genaues Bild über die Struktur und die Entwicklungsdynamik der Gesellschaft, in der wir leben, zu erhalten. Es ist Aufgabe der Politik, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung zu steuern und die Ergebnisse entsprechender Maßnahmen zu kontrollieren. Dafür brauchen Bund, Länder und Kommunen verlässliche

Daten. Dazu ein Beispiel: Das von den Statistikern errechnete Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist Bezugsgröße z. B. für die europäische Regionalförderung – mit ganz praktischen Auswirkungen für den politischen Handlungsspielraum der Länder und der Kommunen. Ein weiteres Beispiel: Die Bevölkerungsvorausberechnungen der Statistikämter des Bundes und der Länder liefern regelmäßig wichtige Kennziffern zum demographischen Wandel. Inzwischen haben die Erkenntnisse der Statistiker Eingang gefunden in fast alle Politikfelder und in die Regierungsprogramme von Bund und Ländern. Auch auf EU-Ebene ist dieses Thema zur Leitlinie geworden. Das heißt, die amtliche Statistik hat bei der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes und im globalisierten Standortwettbewerb eine zentrale Bedeutung.

Die Statistiker können ihrer Aufgabe aber nur gerecht werden, wenn sie auch zukünftig die erforderlichen technischen und personellen Mittel zur Verfügung haben. Auch dafür sind die Regierungen des Bundes und der Länder verantwortlich. Bisher ist es uns gut gelungen, Aufwand und Ergebnis in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Ich denke, wir sind mit dem föderal organisierten System der amtlichen Statistik in Deutschland gut aufgestellt. Bund und Länder wirken kooperativ zusammen.

Das Statistische Bundesamt koordiniert und sorgt für die methodisch einheitliche Durchführung. Insofern freue ich mich, dass auch der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Herr Radermacher, heute hier ist und damit signalisiert, dass dieses neue Amt nicht nur regionale Bedeutung für Berlin und Brandenburg hat. Es setzt auch Zeichen für die Zusammenarbeit zwischen anderen Ländern im Bereich der Statistik.

Die amtliche Statistik befindet sich, wie Sie wissen, in einem Zielkonflikt. Wir werden von zwei Seiten in die Verantwortung genommen. Oft ist es sogar dieselbe Interessengruppe, die Widersprüchliches fordert. Da sind die Vertreter der Wirtschaftsverbände, die öffentlichkeitswirksam den Bürokratismus und die hohe Belastung der Unternehmen durch statistische Erhebungen anprangern, sich aber gleichzeitig darüber beklagen, dass ihnen die amtliche Statistik nicht genügend Struktur- und Konjunkturdaten, z. B. über den Dienstleistungssektor, liefert. Auch vielen Abgeordneten geht die Forderung nach Statistikabbau leicht über die Lippen. Dieselben Parlamentarier erwarten gleichzeitig von der Landesregierung fundierte Antworten mit verlässlichen Statistikdaten auf ihre „Kleinen und Großen Anfragen“. Diese wider-

sprüchlichen Forderungen sind, das kann ich Ihnen versichern, parteiübergreifend.

Mit der amtlichen Statistik, ich darf das hier mal sagen, ist es wie mit der Milch aus dem Supermarkt. Jeder konsumiert sie, aber kaum jemand macht sich Gedanken darüber, wo sie herkommt. Und keiner will wahrhaben, dass ein qualitativ hochwertiges Produkt seinen Preis hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, was ich zudem in letzter Zeit gelernt habe, ist, dass die Statistik immer wieder als Sündenbock für Bürokratie herhalten muss. Studien belegen allerdings, dass die tatsächliche Belastung der Wirtschaft durch die Statistik im Durchschnitt unerwartet niedrig ist. Nur etwa 15 Prozent aller Unternehmen werden überhaupt regelmäßig befragt. Und die mittelständischen Betriebe werden, wo es nur geht, besonders geschont. Allerdings gibt es Bereiche, die stärker belastet sind. Wir haben uns im vergangenen Jahr mit der Materie gezielt beschäftigt und die Ergebnisse dem „Sonderausschuss zur Überprüfung von Normen und Standards“ des Brandenburgischen Landtages vorgelegt. Allerdings, solange die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit oberster Priorität auf der Tagesordnung steht, wird der Druck auf die amtliche Statistik anhalten. Fest steht, dass wir die Kosten nicht durch entsprechende Einnahmen decken können, weil sich mit der amtlichen Statistik nun mal kein Geld verdienen lässt. Die amtliche Statistik ist ein öffentliches Gut. Sie ist Teil der bundes- und landesweiten Infrastruktur – wie Straßen-, Schienen- und Wasserwege. Der Staat muss sie im öffentlichen Interesse bereitstellen.

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder haben mit ihren viel beachteten „Empfehlungen zur Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland“ Ende 2002 wichtige Hinweise zur Optimierung gegeben. Die Innenministerkonferenz hat die „Empfehlungen“ aufgegriffen und einen entsprechenden Umsetzungsbeschluss Ende 2004 gefasst. Mit der Fusion der Statistischen Landesämter haben wir nun eine der Empfehlungen zur engeren Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg umgesetzt. Ich denke, wir sind damit auf einem guten Weg.

Neben der Überprüfung und Straffung der Organisation sind es vor allem zwei Ansätze, die ich für besonders wichtig halte. Zum einen der konsequente Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik, insbesondere für das Erhebungsgeschäft mit dem Stichwort „Statistik-Online“, zum anderen die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungselemente und die darauf beruhenden Leistungsvergleiche zwischen den Ländern. Mit Statistik-Online können die immer noch mühsamen Erhebungen per Papier entfallen und durch elektronische Fragebögen ersetzt werden. Die Bearbeitung wird dadurch bedeutend einfacher und schneller. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, die Statistikdaten direkt aus dem betrieblichen Rechnungswesen der Unternehmen zu übermitteln. Mit doppeltem Gewinn: Die Unternehmen werden entlastet und die Statistikämter können durchgehend elektronisch und damit erheblich effizienter arbeiten.

Die von den Rechnungshöfen empfohlene Bündelung von Statistikeinrichtungen verspricht direkte Entlastung der Landeshaushalte durch organisatorische Synergieeffekte. So können mit der Zusammenlegung gleichartiger Aufgaben Doppelstrukturen abgebaut werden. Wir – Herr Kollege Dr. Körting und ich – waren uns einig, dass dies der richtige Weg ist und dass wir dieses Vorhaben nicht von der Frage der Länderfusion abhängig machen wollten. Wir sind fest davon überzeugt, dass es „sich rechnet“ und für beide Länder sinnvoll ist.

Ich will auch noch darauf hinweisen, dass wir mit diesem Projekt einer länderübergreifenden Fusion nicht die Ersten sind. Hamburg und Schleswig-Holstein haben es vorgemacht. Sie haben bereits vor drei Jahren das gemeinsame Amt „Statistik-Nord“ geschaffen. Das gab uns die Chance, die dortigen Erfahrungen zu nutzen. Allerdings hatten wir hierzulande eine andere Ausgangssituation: neues Bundesland – altes Bundesland. Hier der LDS Brandenburg als Landesbetrieb, dort das Statistische Landesamt Berlin als Behörde. Der LDS bringt als Landesbetrieb entsprechende Erfahrungen – die Umwandlung erfolgte 2001 – in das gemeinsame neue Projekt ein.

Sehr geehrte Damen und Herren, Berlin und Brandenburg leisten mit diesem Projekt einen gewichtigen Beitrag zur bundesweiten Neugestaltung der amtlichen Statistik. Ich denke, ich spreche auch für den Kollegen Dr. Körting, wenn ich sage, dass wir ein bisschen stolz darauf sind. Es hat aber auch – ich will es nicht verhehlen – viel Kraft gekostet. Eine Menge Arbeit liegt hinter uns.

Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten Dank sagen. Das gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Statistikeinrichtungen ebenso wie für die Projektbeteiligten in beiden Innenverwaltungen. In diesen Dank schließe ich die Personalvertretungen und die Gewerkschaften mit ein, ohne deren kritische Begleitung das Vorhaben nicht erfolgreich hätte umgesetzt werden können.

Ich weiß, die Bewährungsproben im Statistikalltag liegen noch vor uns. Die Planungen sind abgeschlossen, doch die Zusammenführung der einzelnen Arbeitsgebiete wird noch einige Zeit brauchen. Und das „Wir-Gefühl“ der Berliner und der brandenburgischen Beschäftigten, das für den Erfolg der neuen Einrichtung unabdingbar ist, wird erst mit den gemeinsamen Aufgaben wachsen. Ich bin aber sicher, dass dies unter der Leitung von Frau Professor Dr. Rockmann und ihrer Vertreterin, Frau Siegmund, gut gelingen wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



**Stellvertretender
Ministerpräsident und
Minister des Innern
des Landes Brandenburg,
Jörg Schönbohm**

Rede des Innensenators von Berlin, Dr. Ehrhart Körting,

Sehr geehrter Herr Kollege Schönbohm,
sehr geehrte Frau Prof. Rockmann,
sehr geehrte Frau Siegmund,
sehr geehrte Gäste,

nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Verfassungsklage auf Sanierungshilfen ist in der Öffentlichkeit und den Medien der Tenor zu vernehmen, die Fusion von Berlin und Brandenburg sei auf absehbare Zeit erledigt. Tatsächlich sind die Erfolgsaussichten für die Durchsetzung dieses wichtigen Projekts seit der Urteilsverkündung am 19. Oktober 2006 schwieriger geworden. Ministerpräsident Platzeck hat jedoch unterstrichen, dass dieses Urteil für ihn erst recht Auftrag sei, auf allen Feldern stärker mit Berlin zu kooperieren, um Wirtschaftlichkeitsreserven beider Länder zu erschließen und die de-facto-Fusion, die wir in vielen Bereichen haben, voranzutreiben. Von diesem Standpunkt haben sich die Länder Berlin und Brandenburg schon seit Beginn der 90er Jahre leiten lassen.

Die Liste der Verwaltungsvereinbarungen umfasst inzwischen 79 Positionen. Sie wurde 1991 eröffnet mit der „Abstimmung der Krankenhausplanung“ und hat als Zwischenetappe das Verwaltungsabkommen zur Gründung eines „Vereins zur Schulqualität e.V.“ vom Dezember 2005. Darüber hinaus wurden seit 1992 zwischen Berlin und Brandenburg 25 Staatsverträge geschlossen. Die Position Nr. 21 in dieser beachtlichen Liste führt uns heute zusammen:

Der Staatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg über die Errichtung eines Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg vom 13. Dezember 2005.

Meine Damen und Herren, die Zusammenführung der amtlichen Statistik in Berlin und Brandenburg in ein gemeinsames Amt ist das Ergebnis eines unausweichlichen Prozesses. Wir sind eine Region. Ein abgestimmtes planerisches Vorgehen und eine sachgerechte Zusammenarbeit der Verwaltungen ist zwingend! Die Zusammenarbeit der amtlichen Statistik in unserer Region halte ich für sachgerecht und vernünftig.

Im Jahr 2002 haben die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder ihre Empfehlungen zur Wirtschaftlichkeit des öffentlichen Statistikwesens in Deutschland abgegeben. Damit wurde eine verstärkte Zusammenarbeit bis hin zum Zusammenschluss der

Statistikeinrichtungen mehrerer Länder zu größeren Organisationseinheiten angestoßen. Seither steht die Organisation der amtlichen Statistik unter besonderer öffentlicher Beobachtung.

Die Haushaltskonsolidierungen der letzten Jahre in Berlin und Brandenburg haben der Diskussion über die Fusion der amtlichen Statistik in beiden Ländern zusätzlich Aufwind gegeben. Aber es geht eben nicht nur um Sparen. Es geht um weitere Schritte auf dem Weg zu modern und effizient arbeitenden Verwaltungen in beiden Ländern, eben auch bei der amtlichen Statistik. Die Zusammenführung der amtlichen Statistik beider Länder stellt keinen Selbstzweck dar. Das Gelingen dieser Aufgabe steht im Interesse beider Landesregierungen. Gelingt diese Aufgabe, gibt dies künftigen, länderübergreifenden Projekten Hoffnung.

Sicherlich versprechen wir uns in beiden Ländern eine Bündelung der Kräfte, eine bessere Nutzung der vorhandenen Ressourcen und mittelfristig auch Einspareffekte. Dass diese nicht bereits mit Beginn des Jahres 2007 zutage treten können, wissen wir. Daran, dass sie sich einstellen werden, habe ich keinen Zweifel.

Meine Damen und Herren, der Umstrukturierungsprozess bringt für viele – wenn nicht sogar für alle – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil erhebliche Veränderungen mit sich. Wir haben Regelungen gefunden, die deutlich machen, dass sich die Landesregierungen ihrer Fürsorgepflicht gegenüber ihren Landesbediensteten auch weiterhin bewusst sind. Neben dem Wechsel der Dienststelle wird es für eine Vielzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen Wechsel des Aufgabengebietes geben. Diese Frage wurde übrigens niemals problematisiert, sondern mit größter Selbstverständlichkeit akzeptiert.

Im Jahr 2006 haben alle Beteiligten hart an der Umstrukturierung der beiden Statistikbehörden gearbeitet. So wie ich das sehe, geht es jetzt, Anfang 2007, in die heiße Phase des gemeinsamen Amtes. In vielen Bereichen wird die konkrete Arbeit zeigen, ob sich vorab getroffene Festlegungen in der Praxis bewähren.

Meine Damen und Herren, der Staatsvertrag über die Gründung des Amtes für Statistik vom 13. Dezember 2005 ist am 1. Januar 2007 in Kraft getreten. Ich bin der Überzeugung, dass damit eine leistungsfähige Statistikeinrichtung der Länder Berlin und Brandenburg etabliert wird. Besonderer Dank ge-

bührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Vorbereitung der Fusion. Vergessen wir nicht, dass die Berliner Statistiker – quasi nebenher – auch noch die Durchführung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksparlamenten zu absolvieren hatten.

Die technischen Details der Fusion sind – soweit dies im Vorfeld möglich ist – umgesetzt: Die Zuordnung des Personals zu den Standorten Potsdam, Berlin und Cottbus ist erfolgt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbleiben – bis auf Vorstand und Verwaltung – am jeweiligen Standort; für Härtefälle wurden Regelungen gefunden. Die Rechte der Beschäftigten sind durch Regelungen im Überleitungstarifvertrag gesichert.

Dies alles hat viel Arbeit, auch kleinteilige, gekostet. Mein Dank gilt nicht zuletzt den Projektgruppen und dem Aufbaustab; sie haben gute Arbeit geleistet, auch wenn diese oft mühselig erschien. Ich bin sicher optimistisch, dass wir mit der Gründung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg eine tragfähige Zukunftslösung gefunden haben.

Es bleibt mir abschließend nur, Ihnen, Frau Prof. Rockmann, Ihnen, Frau Siegmund und natürlich Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute und viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Aufgaben zu wünschen.



**Innensenator von Berlin,
Dr. Ehrhart Körting**

Grußwort des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Walter Radermacher,

Sehr geehrter Herr Minister,
sehr geehrter Herr Senator,
liebe Kolleginnen Frau Prof. Rockmann
und Frau Siegmund,
sehr geehrte Damen und Herren!

Auf den ersten Blick feiern wir heute hier einen Schritt der Politik, eine Leistung der Verwaltungsorganisation, einen Markstein im Verhältnis zweier Bundesländer.

Worum geht es aber vor allem? Um Statistik! Und worum geht es bei der Statistik?

Es geht um das umfassende Bild unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Was leistet die Wirtschaft? Wie leben und arbeiten die Menschen? Hierzu gibt es keine zuverlässigeren Daten als die der amtlichen Statistik, Betonung auf „amtliche“. Denn wichtiger als die Frage, ob ein öffentlicher Dienstleister für statistische Informationen nun „Amt“ heißt oder „Betrieb“ oder sonst einen schicken Namen trägt, ob er in Potsdam sitzt oder in Cottbus oder Berlin: Wichtiger ist, dass die statistischen Ämter neutral sind und strikt das Statistikgeheimnis wahren. Deshalb genießen sie das Vertrauen der Befragten und deshalb akzeptieren diese auch die gesetzliche Auskunftspflicht. Ich schwelge hier nicht in etatistischer Nostalgie. Amtlich bedeutet nicht gleich staatlich, sondern vor allem: Frei von kommerziellen Zwängen, dem Gemeinwohl verpflichtet. Das Grundsatzdokument, in dem sich alles um die Frage der Unabhängigkeit von der Tagespolitik dreht, um fachliche Kompetenz und Freiheit in der Methodenwahl, datiert von 2005. Es ist der Verhaltenskodex für die nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen in der Europäischen Union – ein Governance-Leitfaden, der auf absehbare Zeit aktuell bleiben wird.

Die Europäische Union fordert – nach leidvollen Erfahrungen – grob gesprochen dreierlei: Erstens einen institutionellen Rahmen, der folgende Elemente vereint – fachliche Unabhängigkeit, einen öffentlichen Auftrag, Verpflichtung zur Qualität, Wahrung des Datenschutzes und Objektivität. Zweitens Arbeitsprozesse, die gekennzeichnet sind von einer soliden Methodik, geeigneten Verfahren, möglichst geringer Belastung der Auskunftgebenden und in wirtschaftlichem Arbeiten. Drittens Produkte, die absolut an den Bedürfnissen der Nutzer orientiert sind. Das bedeutet, dass die veröffentlichten Daten relevant sein müssen, genau, zuverlässig, dass sie aktuell

sind, kohärent, vergleichbar und allen Interessierten zugänglich.

Warum referiere ich hier den Verhaltenskodex für statistische Stellen in der Europäischen Union? Weil ich überzeugt bin, dass dieser Kodex die wahren Herausforderungen der nächsten Jahre auf den Punkt bringt. Was wir heute feiern, die Fusion zweier statistischer Stellen, entspricht der Forderung des Kodex nach höchster Wirtschaftlichkeit. Die Fusion widerspricht nicht den Prinzipien des unabhängigen institutionellen Rahmens und die Fusion lässt Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des neuen Statistischen Amtes Berlin-Brandenburg, die Freiheit, statistische Produkte in höchster Qualität herzustellen. Jetzt heben sich vielleicht einige Augenbrauen und die Hirne hinter den Brauen fragen skeptisch: „Freiheit? Wie viel denn?“

Die Frage ist berechtigt. Die amtliche Statistik ist nicht so frei, dass sie sich selbst Aufträge erteilen und Mittel zuweisen könnte. Wenn der Gesetzgeber ihr einen Auftrag erteilt, muss sie aber so ausgestattet sein, dass sie die Chance hat, diesen Auftrag ausführen zu können. Und was mir noch wichtiger ist: Sie muss die Chance haben, ihre Produkte schon frühzeitig am Nutzer orientiert weiterzuentwickeln, und zwar auch schon bevor der Gesetzgeber den Auftrag dazu gibt. Die amtliche Statistik muss ständig ihr Erhebungsprogramm am dynamischen Wandel der Gesellschaft und der Nutzeranforderungen ausrichten. Die Europäische Union ist Deutschland hier um einiges voraus. Die Fünf-Jahres-Statistikprogramme der Europäischen Union sind Konsequenzen der Erkenntnis, dass es nicht reicht, zu wissen, welche Daten heute benötigt werden. Wer nicht weiter blickt, hinkt dem Bedarf hinterher. Auch in Deutschland muss sich die amtliche Statistik schon heute auf die Fragen vorbereiten, welche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in fünf oder sieben Jahren stellen werden. So lange braucht es in der Regel, um für eine Statistik die methodischen, technischen und gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Deshalb ist eine dynamische Planung nötig, um statistische Produkte sorgfältig entwickeln zu können. Innovation in diesem Sinne hat zum Ziel, Nutzen, Kosten und Belastungen der amtlichen Statistik immer wieder von neuem zu hinterfragen und mit Blick auf neue Gegebenheiten und technische Möglichkeiten zu optimieren. Eine einseitige Diskussion über Belastungsminderungen lähmt die amtliche Statistik, friert ihr Programm ein und mindert ihren Nutzen. Die Entlastungsdiskussion kann gleichwohl helfen, Statistiken über Sach-

verhalte, die an Bedeutung verloren haben, zurückzuführen. Gleichzeitig muss es möglich sein, durch neue Bundesstatistiken neue Fragen zu beantworten. Beispiele sind die schon eingeführte Erhebung über Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC), die geplante Kulturstatistik oder die statistische Erfassung der wirtschaftlichen Erfolgsfaktoren in der Wissensgesellschaft.

Johann Hahlen, mein Amtsvorgänger, prägte kurz vor seinem Wechsel als Staatssekretär in das Bundesministerium des Innern den Ausdruck „olympische Ringe der amtlichen Statistik“. Olympische Ringe, das waren die fünf Attribute „belastungsarm“, „innovativ“, „aktuell“, „zukunftsorientiert“ und „effizient“. Bei guten Rahmenbedingungen fördert jedes dieser Ziele die anderen.

Die Belastung der Auskunftgebenden zu mindern, ist ein Ziel, das sich die Bundesstatistik selbst gesetzt hat, auch im eigenen Interesse. Wer wenig belastet und den Nutzen der statistischen Informationen deutlich macht, stößt auf größere Akzeptanz. Die im ersten Mittelstandsentlastungsgesetz enthaltenen Maßnahmen zur Entlastung der Befragten sind nur die jüngsten Entlastungsmaßnahmen einer eindrucksvollen Liste, die Sie auf der Internetseite des Statistische Bundesamtes unter dem Stichwort „Bürokratieabbau“ abrufen können. Um den Mittelstand zu entlasten, und zwar effektiver als es die zum zweiten Mittelstandsentlastungsgesetz erwogenen Vorschläge versprechen, müssen die statistischen Ämter in Bund und Ländern die Möglichkeiten der Stichprobenrotation ausschöpfen. Das bedeutet, jene Unternehmen, die durch mehrere Erhebungen belastet werden, aus den Stichproben herauszuneh-

men und durch andere zu ersetzen. Das ist eine mathematische und organisatorische Herausforderung. Nun hängt Belastung ja nicht allein von der Zahl der Erhebungen ab, zu denen ein Unternehmen berichtspflichtig ist. Entscheidend ist der individuelle Aufwand beim Unternehmen. Darüber, wie hoch dieser ist, wissen wir endlich genau Bescheid, seit im Frühjahr 2006 das Institut der Deutschen Wirtschaft seine Studie über die Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken veröffentlicht hat: Von den Unternehmen, die im Jahr 2004 zur amtlichen Statistik berichtspflichtig waren, wandte jedes im Schnitt 12,7 Stunden dafür auf – also eine gute Stunde pro Monat. Damit der Erfolg unserer Entlastungsstrategie verfolgt werden kann, ist es wichtig, diese Studie fortzuschreiben. Zugleich muss die Statistik bei den Befragten um mehr Akzeptanz werben – etwa indem Sie den Befragten direkt Ergebnisse zurückmeldet, die auf der Befragung basieren.

Sie sehen, wie die „olympischen Ringe“ ineinander greifen: Belastungsarme Statistik braucht innovative Methoden. Und: Nur eine Statistik, die aktuell und effizient arbeitet, ist zukunftsorientiert. Dem neuen Amt für Statistik Berlin-Brandenburg wünsche ich, auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des Statistischen Bundesamtes, dass es sich in die Entwicklung der deutschen Statistik einbringt und dabei eine Leistung zeigt, die olympischer Ringe würdig ist.



**Präsident des
Statistischen Bundesamtes
Walter Radermacher,**

Grußwort von Prof. Dr. Gert G. Wagner,
Vorsitzender des Rats für Sozial- und Wirtschaftsdaten und
Mitglied im Wissenschaftsrat;
zur Thematik:
Amtliche Statistik, akademische Wissenschaft und Politikberatung

Sehr geehrter Herr Senator Dr. Körting,
 sehr geehrter Herr Minister Schönbohm,
 verehrte Frau Prof. Rockmann,
 verehrte Frau Siegmund,
 verehrte Damen, meine Herren!

Es ist mir eine große persönliche Freude, dem neu-
 geschaffenen „Amt für Statistik Berlin-Brandenburg“
 und insbesondere seinen Mitarbeiterinnen und Mit-
 arbeitern die Glückwünsche des „Rats für Sozial- und
 Wirtschaftsdaten“ überbringen zu dürfen.

Die Fusion der für Statistik zuständigen Ämter
 Brandenburgs und Berlins ist eine gute Nachricht für
 die Öffentlichkeit, die Politik und Verwaltung und
 nicht zuletzt auch für die akademische Wissenschaft.
 Ich sage bewusst „akademische Wissenschaft“ in Ab-
 grenzung zur amtlichen Statistik, um damit deutlich
 zu machen, dass es zwischen Statistik und Wissen-
 schaft keinen Gegensatz gibt: Statistik ist ohne Wis-
 senschaft nicht möglich; und Wissenschaft braucht
 Statistik als Grundlage empirischer Untersuchungen.

Das neue Amt wird mittel- und langfristig effi-
 zienter arbeiten können als die getrennten Lan-
 desämter. Das freut die Finanzminister wie die Steu-
 erzahler gleichermaßen. Ich persönlich halte einen
 anderen Aspekt aber für viel wichtiger. Das „Amt für
 Statistik Berlin-Brandenburg“ ist nicht als nachgeord-
 nete Behörde organisiert, sondern als „Anstalt des
 öffentlichen Rechts“. Dies unterstreicht die Unab-
 hängigkeit der amtlichen Statistik, und die liegt nicht
 nur Wissenschaftlern am Herzen, sondern ist auch für
 die Öffentlichkeit, also für uns alle, als Staatsbürger,
 wichtig. Die Unabhängigkeit ist auch im ureigenen
 Interesse der Politik und Ministerialverwaltung. Denn
 nur neutral erhobene Daten und unabhängige Ana-
 lysen dieser Daten versprechen aussagekräftige Ein-
 sichten, die durch die amtliche Statistik gewonnen
 werden können.

Um die Neutralität der Erhebung – so weit es geht –
 sicherzustellen, finanziert der Staat die amtliche Sta-
 tistik und hat die politische Neutralität der Erhebung
 ausdrücklich zum Ziel der Ämter gemacht. Um das
 hohe Gut der Neutralität abzusichern, steht die amt-
 liche Statistik ausdrücklich auf einer gesetzlichen
 Grundlage. So wird erfolgreich verhindert, dass – wie
 in den Anfängen der Statistik – „Herrschaftswissen“
 für Fürsten und Regierungen erzeugt wird. Deswegen
 müssen alle Ergebnisse der Statistischen Ämter auch
 veröffentlicht werden. Zu diesem Zweck publiziert

die amtliche Statistik weltweit „Standardtabellen“.
 Zunehmend werden auch Veröffentlichungstermine
 standardisiert und regelhaft gemacht, da z. B. Finanz-
 märkte sensitiv auf amtliche Ergebnisse reagieren.

Freilich ist spätestens seit den 90er Jahren immer
 deutlicher geworden, dass Standardtabellen, wie sie
 über Jahrzehnte von der amtlichen Statistik erstellt
 wurden, meist nicht das an Aussagen liefern, was Ver-
 waltung, Politik und Öffentlichkeit eigentlich wissen
 wollen. Vielmehr ist auf Basis der amtlich erhobenen
 und aufbereiteten Mikrodaten echte Forschung nö-
 tig, um Struktur- und Wirkungszusammenhänge zu
 erkennen – etwa zur Dynamik von Sozialhilfe oder
 die Effektivität von Schulpolitik oder, was für die Lan-
 despolitik auch immer wieder wichtig ist, der Erfolg
 von Polizeiarbeit und Justiz. Kurzum: Statistische
 Ämter müssen zumindest wissenschaftsnah arbei-
 ten. Am besten ist es, wenn sie auch eigenständig
 forschen können.

Die Reichhaltigkeit und Tiefe der von der amt-
 lichen Statistik erhobenen Daten kann nur voll aus-
 genutzt werden, wenn sie – in datenschutzrechtlich
 einwandfreier Form – auch möglichst intensiv ausge-
 wertet werden. Zu diesem Zweck wurden in den letz-
 ten Jahren Forschungsdatenzentren in den Statisti-
 schen Ämtern eingerichtet, die „Scientific Use Files“
 erstellen und sensible Daten „vor Ort“ (oder durch
 Fernrechner) für die unabhängige Forschung und
 Politikberatung verfügbar machen. Dieser Weg sollte
 nicht in einer Sackgasse enden. Vielmehr sollten die
 Forschungsdatenzentren auf Dauer gestellt werden.
 Denn von den dadurch gewonnenen Ergebnissen pro-
 fitieren nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die
 Politik und Öffentlichkeit.

Das Statistische Landesamt Berlin war einer der Vor-
 reiter im Hinblick auf die Drittmittelförderung von
 Projekten der amtlichen Statistik. Jetzt wird das Amt
 für Statistik Berlin-Brandenburg wieder Vorreiter
 sein: In diesem Jahr wird in einem Forschungsinsti-
 tut in Berlin-Mitte eine Filiale des Forschungsdaten-
 zentrums eingerichtet werden. Die amtlichen Daten
 kommen also direkt zur Wissenschaft. Dies ist auch
 deswegen wichtig, weil nach meiner festen Über-
 zeugung künftig die Erhebungsprogramme der amt-
 lichen Statistik stärker und vor allem systematischer
 als bislang von der Wissenschaft beeinflusst werden
 sollten. Denn: Neben der Verwaltung und der Politik,
 die Fragen an die amtliche Statistik herantragen, hat
 die Wissenschaft eigenständige Fragen, die mit Hilfe
 amtlicher Erhebungen beantwortet werden können
 und sollten. Gerade die Fragen der Wissenschaft sind

für die Öffentlichkeit und den öffentlichen Zukunftsdiskurs oft besonders wichtig. Denken Sie an Umweltschutz und Klimawandel, die als Themen von der Öffentlichkeit und Wissenschaft entdeckt wurden – nicht jedoch von Verwaltung und Politik.

Wissenschaftliche Erkenntnisse über Tatsachen und Prognosen über zukünftige gesellschaftlich relevante Probleme zu den Grundlagen amtlicher Statistik-Erhebungen zu machen, ist nicht einfach, da jede amtliche Erhebung wie eingangs betont zu Recht – zumindest dem Grunde nach – einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Gerade deswegen ist die Verbesserung der Zusammenarbeit von akademischer Wissenschaft und amtlicher Statistik bei der Erarbeitung der Erhebungsprogramme von großer Bedeutung. Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) hat sich diesen Problembereich deswegen zu einer Hauptaufgabe in den nächsten Jahren gemacht.

Wie kann man die Zusammenarbeit von akademischer Wissenschaft und amtlicher Statistik besser umsetzen? Ein Schritt ist z.B. die Rechtsform des neuen Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, das die amtliche Statistik aus der Abhängigkeit einer „nachgeordneten Behörde“ löst. Ein noch wichtigerer Schritt wurde mit den „Forschungsdatenzentren“ gemacht, der die Offenheit der amtlichen Statistik für Forschung schon durch die Namensgebung unterstreicht. Ein dritter – und entscheidender Schritt – wäre die Festschreibung der Aufgabe „Forschung“ in den gesetzlichen Grundlagen. Dieser letzte Schritt ist keineswegs eine reine Utopie, wie sie sich ein weltfremder Wissenschaftler ausgedacht hat.

Der Wissenschaftsrat wird Ende diesen Monats Empfehlungen zur „Rolle und künftigen Entwicklung der Bundeseinrichtungen mit Forschungs- und Entwicklungsaufgaben“ beschließen. Aufgrund der bisherigen Beratungen im Ausschuss „Ressortforschung“ des Wissenschaftsrates können wir davon ausgehen, dass diese Empfehlungen die Bedeutung von unabhängiger Forschung in entsprechenden Bundeseinrichtungen betonen werden. Insbesondere wird auch die unverzichtbare Bedeutung der engen Zusammenarbeit von wissenschaftlicher Forschung in Bundesinstituten und der unabhängigen akademischen Forschung hervorgehoben werden. Für mich besteht kein Zweifel, dass diese Einsichten auch für die amtliche Statistik und natürlich uneingeschränkt für die Statistischen Landesämter gültig sind: Schließlich sind alle Bundesländer im Wissenschaftsrat vertreten.

Für die Weiterentwicklung der amtlichen Statistik sind das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensichtlich gut aufgestellt. Ich wünsche Ihnen viel Glück und Erfolg bei Ihrer für die Gesellschaft so wichtigen Arbeit.



Prof. Dr. Gert G. Wagner,
Vorsitzender des Rats für Sozial- und
Wirtschaftsdaten und Mitglied im
Wissenschaftsrat; Lehrstuhlinhaber für
Empirische Wirtschaftsforschung und
Wirtschaftspolitik an der TU Berlin und
Forschungsdirektor am Deutschen Institut
für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Jürgen Paffhausen

Bevölkerungsentwicklung in der europäischen Metropolregion Berlin-Brandenburg 1990 bis 2005

Vorbemerkung

Die Region Berlin-Brandenburg wurde bereits in den 90er Jahren mit Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung als „Europäische Metropolregion“ anerkannt. Sie umfasst den Gesamttraum der Länder Berlin und Brandenburg und führt die Bezeichnung „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“. Sie gehört damit zu den insgesamt elf deutschen Metropolregionen von europäischer Bedeutung, unter denen sie nach der Region Rhein-Ruhr die zweitgrößte Bevölkerungszahl aufweist (vgl. Abbildung 1). Diese Räume sind wichtige Motoren der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. Aufgrund ihrer Bedeutung – etwa bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, wegen der hohen Dichte an Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen oder der guten internationalen Erreichbarkeit – bieten sie ein günstiges Umfeld für die Informations- und Wissensgesellschaft. Gleichzeitig lässt sich daraus ableiten, dass die Metropolkerne eine hohe Verantwortung für den metropolitanen Verflechtungsraum aufweisen [1].

Am 1. August 2006 haben die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg das Leitbild „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ beschlossen. Ziel dieses Leitbildes ist es, eine stärkere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Region zu erreichen

und die Wettbewerbsfähigkeit der Hauptstadtregion im nationalen und internationalen Kontext zu stärken [2].

In diesem Beitrag wird die Entwicklung des Bevölkerungsbestandes der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg im Zeitraum von 1990 bis 2005 dokumentiert. Die Darstellung der Bevölkerungsbewegung folgt in einer späteren Ausarbeitung.

Leichter kontinuierlicher Bevölkerungsrückgang in der Hauptstadtregion

Am Ende des Jahres 2005 wurden in der gesamten Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg rund 5 954 700 Einwohner verzeichnet. Von diesen lebten 57 Prozent in Berlin und 43 Prozent im Land Brandenburg. Dieses Verhältnis hatte – mit nur sehr leichten Abweichungen – auch in den vorausgegangenen Jahren bis 1990 zurück bestanden.

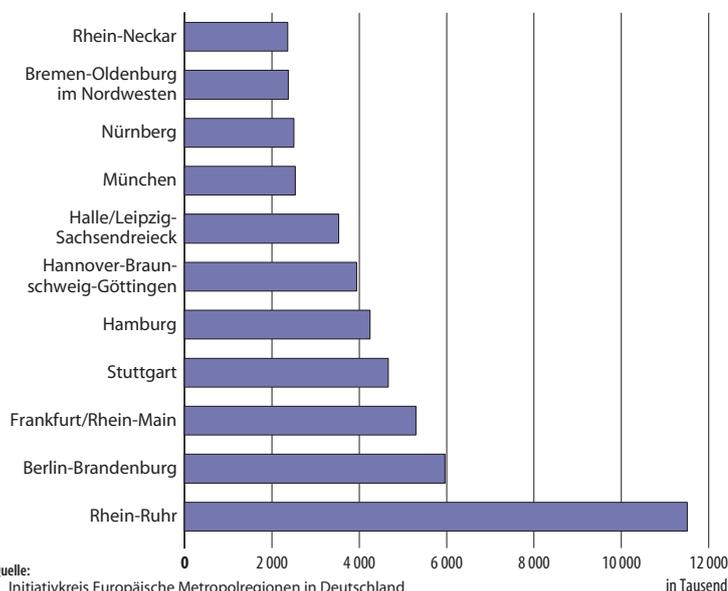
Während der ersten Hälfte der 90er Jahre war die Bevölkerungszahl der gesamten Hauptstadtregion annähernd konstant geblieben. Sie schwankte von 1990 bis 1996 um die 6 Millionen Einwohner (vgl. Tabelle 1). In den Folgejahren nahm die Bevölkerungszahl kontinuierlich ab; sie lag Ende 2005 bei 5 954 700 Einwohnern und damit um 68 400 Personen bzw. 1,1 Prozent unter dem Stand des Jahres 1990.

Entgegengesetzte Entwicklung in Berlin und Brandenburg

Hinter dieser eher kontinuierlichen Entwicklung in der Gesamtregion verbirgt sich jedoch ein heftig schwankender und zum Teil gegensätzlicher Entwicklungsverlauf in den Ländern Berlin und Brandenburg. Die Entwicklung in Berlin, wie Abbildung 2 zeigt, verlief praktisch in drei Phasen. Die Jahre 1990 bis 1993 stellen Phase 1 dar, in der die Berliner Bevölkerungszahl von 3 433 700 auf 3 475 400 Einwohner und damit um 41 700 Personen zugenommen hatte. Die zweite Phase erstreckt sich über die Jahre 1994 bis 2000, in der die Bevölkerungszahl ständig zurückging. Anfangs gab es noch geringe Verluste, aber in den Jahren 1996 bis 2000 waren die Bevölkerungseinbußen recht kräftig. Von Ende 1993 bis Ende 2000 verlor Berlin rund 93 200 Einwohner, das war ein Minus von 2,7 Prozent. Phase 3 umfasst die Jahre seit 2001. In diesem Zeitraum stieg die Berliner Bevölkerungszahl leicht und lag Ende des Jahres 2005 mit 3 395 200 Einwohnern über dem Stand von 1999.

Ebenfalls in drei Phasen und praktisch spiegelbildlich verlief die Entwicklung der Bevölkerungszahl in Brandenburg. In Phase 1, die sich hier von 1990

Abb. 1 Bevölkerung der Europäischen Metropolregionen in Deutschland 2004



bis 1994 erstreckt, ist die Zahl der Einwohner von 2 589 400 auf 2 536 700 und damit um 52 600 Personen gesunken. Phase 2 umfasst die Jahre 1995 bis 2000, in der die Bevölkerung um fast 60 000 Personen gewachsen ist und an deren Ende ein Stand erreicht wurde, der mit 2 602 000 Einwohnern höher als der von 1990 war. Die anschließende Phase 3 ist wieder durch eine schrumpfende Bevölkerungszahl gekennzeichnet. Ende 2005 wurden in Brandenburg knapp 2 559 500 Einwohner verzeichnet, dies entspricht in etwa dem Stand des Jahres 1996.

Unterschiede auch innerhalb des Landes Brandenburg

Nach dem gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg in der Fassung vom 1. November 2003 [3] wird der Gesamttraum unter Berücksichtigung seiner Siedlungsstruktur und -dichte sowie seiner Nutzungsstruktur in Teilräume gegliedert. Folgende Teilräume werden unterschieden :

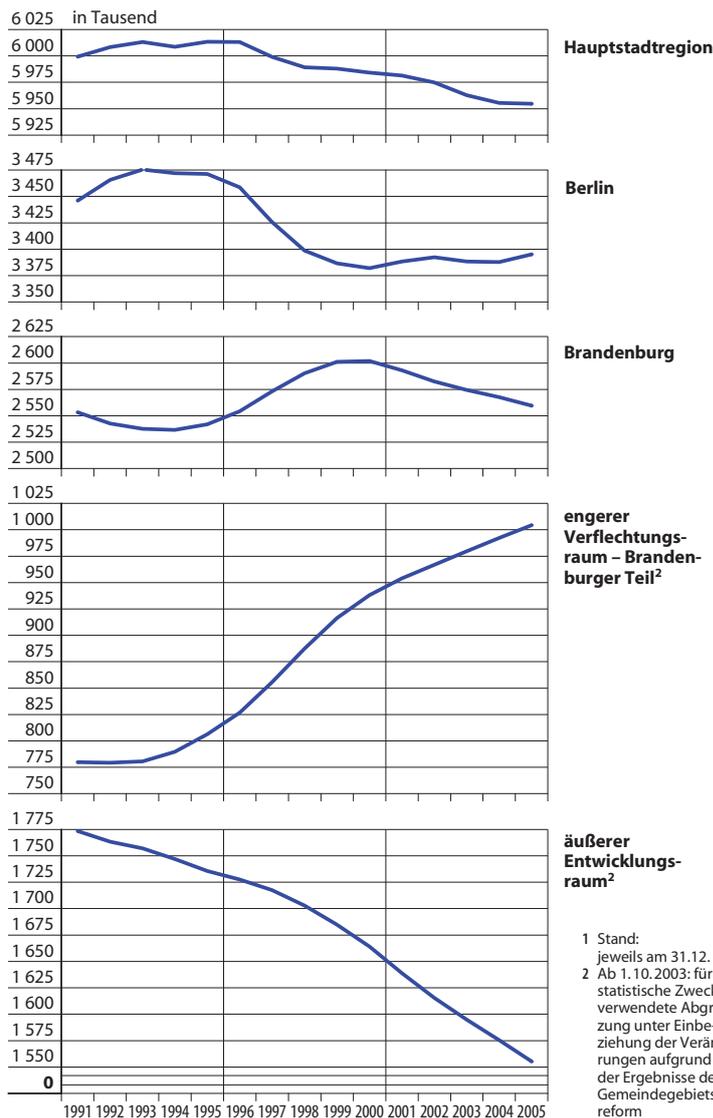
1. engerer Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin, gebildet aus Berlin und dem brandenburgischen Teil des engeren Verflechtungsraumes und
2. äußerer Entwicklungsraum.

Für statistische Zwecke wurde ab dem 1. Oktober 2003 die Abgrenzung der beiden Teilräume (Brandenburgischer Teil des engeren Verflechtungsraumes und äußerer Entwicklungsraum) unter Einbeziehung der Veränderungen aufgrund der Ergebnisse der Gemeindegebietsreform laufend angepasst.

Nachfolgend wird als engerer Verflechtungsraum vereinfachend nur der brandenburgische Teil bezeichnet.

Im Jahr 1991 lebten 31 Prozent der brandenburgischen Bevölkerung im Gebiet des engeren Verflechtungsraumes, Ende 2005 waren es 39 Prozent. Innerhalb dieses Zeitraumes ist die Bevölkerungszahl von 780 100 um 29 Prozent auf 1 004 300 Personen gestiegen; die Zahl der Einwohner lag damit hier erstmalig über der Marke von 1 Million. Besonders kräftig war das Bevölkerungswachstum in den Jahren 1995 bis 2000, das in der o. g. Phase 2 der brandenburgischen Bevölkerungsentwicklung zu Buche schlägt.

Abb. 2 **Entwicklung der Bevölkerung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1991 bis 2005¹ nach Teilräumen**



Tab. 1 **Bevölkerung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1990 bis 2005¹ nach Regionen**

Jahr	Hauptstadtregion	Berlin	Brandenburg
in 1 000			
1990.....	6 023,1	3 433,7	2 589,4
1991.....	5 999,4	3 446,0	2 553,4
1992.....	6 008,4	3 465,7	2 542,7
1993.....	6 013,1	3 475,4	2 537,7
1994.....	6 008,8	3 472,0	2 536,7
1995.....	6 013,5	3 471,4	2 542,0
1996.....	6 013,2	3 458,8	2 554,4
1997.....	5 999,1	3 425,8	2 573,3
1998.....	5 989,2	3 398,8	2 590,4
1999.....	5 987,9	3 386,7	2 601,2
2000.....	5 984,1	3 382,2	2 602,0
2001.....	5 981,5	3 388,4	2 593,0
2002.....	5 974,8	3 392,4	2 582,4
2003.....	5 963,0	3 388,5	2 574,5
2004.....	5 955,5	3 387,8	2 567,7
2005.....	5 954,7	3 395,2	2 559,5
Messzahl 1990 = 100			
1990.....	100	100	100
1991.....	99,6	100,4	98,6
1992.....	99,8	100,9	98,2
1993.....	99,8	101,2	98,0
1994.....	99,8	101,1	98,0
1995.....	99,8	101,1	98,2
1996.....	99,8	100,7	98,7
1997.....	99,6	99,8	99,4
1998.....	99,4	99,0	100,0
1999.....	99,4	98,6	100,5
2000.....	99,4	98,5	100,5
2001.....	99,3	98,7	100,1
2002.....	99,2	98,8	99,7
2003.....	99,0	98,7	99,4
2004.....	98,9	98,7	99,2
2005.....	98,9	98,9	98,8

1 Stand: jeweils am 31.12.
 2 Ab 1.10.2003: für statistische Zwecke verwendete Abgrenzung unter Einbeziehung der Veränderungen aufgrund der Ergebnisse der Gemeindegebietsreform

1 Stand: jeweils am 31.12.

Für den äußeren Entwicklungsraum dagegen wurde jedes Jahr ein Bevölkerungsverlust registriert. Seit 1991 sank die Einwohnerzahl hier um rund 218 300 Personen bzw. 12,3 Prozent und lag Ende 2005 bei etwa 1 555 200 Personen. Rund 129 500 Einwohner gingen allein seit dem Jahr 1999 verloren. In den letzten Jahren (Phase 3 der brandenburgischen Bevölkerungsentwicklung) konnten die Gewinne im engeren Verflechtungsraum die Bevölkerungsverluste im äußeren Entwicklungsraum nicht mehr kompensieren.

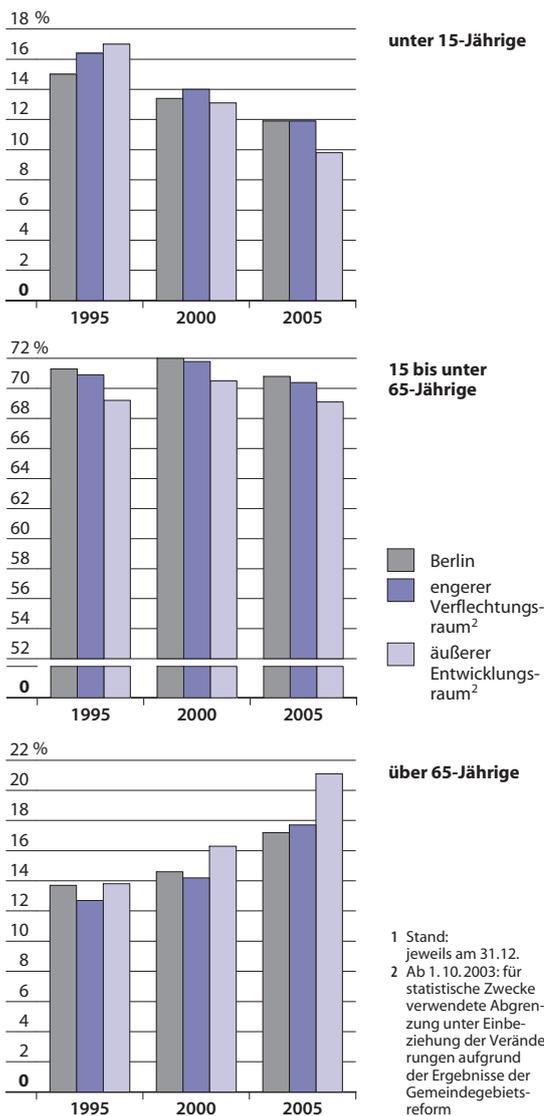
Weniger Kinder mehr ältere Menschen – Berlin „am jüngsten“

In der Gesamtregion Berlin-Brandenburg gab es Ende 2005 rund 676 900 Kinder (Personen im Alter von unter 15 Jahren) und damit über 400 000 bzw. 37,2 Prozent weniger als im Jahr 1990, in dem noch mehr als 1 Mill. Kinder vorhanden waren (vgl. Tabelle 2). Der Anteil an der gesamten Bevölkerung verringerte sich von 17,9 Prozent auf 11,4 Prozent. Dabei ging die Zahl der Kinder – sowohl in Berlin als auch in Brandenburg – zurück.

In Berlin sank sie seit 1990 um 141 400 bzw. 25,9 Prozent auf 404 700 Kinder Ende 2005. Der Anteil von Kindern an der Berliner Gesamtbevölkerung nahm von 16,0 Prozent auf 11,9 Prozent ab. Wesentlich stärker war der Rückgang in Brandenburg. Hier sank die Zahl der Kinder seit 1990 um 258 800 bzw. 48,7 Prozent auf 272 200 Kinder am Ende des Jahres 2005; der Anteil an der gesamten brandenburgischen Bevölkerung nahm von 20,5 Prozent auf 10,6 Prozent ab und hat sich damit fast halbiert. Der Kinderanteil im engeren Verflechtungsraum war Ende 2005 mit 11,9 Prozent genauso groß wie in Berlin, im äußeren Entwicklungsraum lag er bei 9,8 Prozent (vgl. Abbildung 3).

In der Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre) war die Entwicklung weniger stark ausgeprägt. In der Gesamtregion lag die Zahl dieses Personenkreises Ende 2005 nach einem Zwischenhoch im Jahr 2000 (4 281 100 Personen) immer noch um 41 900 bzw. 1,0 Prozent über der von

Abb. 3 **Bevölkerung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1995, 2000 und 2005¹ nach Altersgruppen und Teilräumen**
Gesamtbevölkerung $\hat{=}$ 100



Tab. 2 **Bevölkerung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1990 bis 2005¹ nach Regionen und Altersgruppen**

Jahr	Hauptstadtregion	Berlin	Brandenburg
in 1 000 insgesamt			
1990	6 023,1	3 433,7	2 589,4
1995	6 013,5	3 471,4	2 542,0
2000	5 984,1	3 382,2	2 602,0
2005	5 954,7	3 395,2	2 559,5
unter 15 Jahre			
1990	1 077,1	546,1	531,0
1995	949,9	521,6	428,3
2000	804,3	454,5	349,8
2005	676,9	404,7	272,2
15 bis unter 65 Jahre			
1990	4 144,4	2 400,2	1 744,2
1995	4 247,6	2 474,9	1 772,7
2000	4 281,1	2 433,6	1 847,5
2005	4 186,3	2 405,2	1 781,1
65 Jahre und älter			
1990	801,5	487,4	314,1
1995	816,0	475,0	341,0
2000	898,8	494,1	404,7
2005	1 091,6	585,3	506,3
in % von insgesamt unter 15 Jahre			
1990	17,9	16,0	20,5
1995	15,8	15,0	16,8
2000	13,4	13,4	13,4
2005	11,4	11,9	10,6
15 bis unter 65 Jahre			
1990	68,8	69,9	67,4
1995	70,6	71,3	69,7
2000	71,5	72,0	71,0
2005	70,3	70,8	69,6
65 Jahre und älter			
1990	13,3	14,2	12,1
1995	13,6	13,7	13,4
2000	15,0	14,6	15,6
2005	18,3	17,2	19,8

1 Stand: jeweils am 31.12.

1990 und erreichte einen Stand von 4 186 300 Personen. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung nahm von 68,8 Prozent auf 70,3 Prozent zu.

In Berlin unterscheidet sich bei den 15 bis unter 65-Jährigen der Stand der Jahre 1990 und 2005 kaum: Mit 2 405 200 Personen waren es 2005 rund 5 000 Personen bzw. 0,2 Prozent mehr als 1990. Der Anteil an der Berliner Gesamtbevölkerung stieg von 69,9 Prozent auf 70,8 Prozent. In Brandenburg erreichte 2005 (1 781 100 Personen) die Differenz zu 1990 ein Plus von 36 900 Personen bzw. 2,1 Prozent. Der Anteil an der brandenburgischen Gesamtbevölkerung erhöhte sich von 67,4 Prozent auf 69,6 Prozent.

Die Zahl der Personen im Rentenalter (65 Jahre und älter) ist indes von 1990 bis 2005 in der Gesamtregion kräftig gestiegen, und zwar von 801 500 Personen auf 1 091 600 Personen (+ 290 100 Personen bzw. +36,2 Prozent). Der Anteil an der Gesamtbevölkerung nahm von 13,3 Prozent auf 18,3 Prozent zu. In Berlin wuchs die Zahl in dieser Altersgruppe um 97 900 Personen bzw. 20,1 Prozent und lag Ende 2005 bei 585 300 Personen. Der Anteil an der Berliner Gesamtbevölkerung erhöhte sich von 14,2 Prozent auf 17,2 Prozent. In Brandenburg stieg die Zahl der Personen im Rentenalter um 192 200 Personen und damit um 61,2 Prozent, der Stand lag 2005 bei 506 300 Personen. Ihr Anteil an der brandenburgischen Gesamtbevölkerung vergrößerte sich von 12,1 Prozent auf 19,8 Prozent. Während im engeren Verflechtungsraum im Jahr 2005 der Anteil älterer Menschen mit 17,7 Prozent nicht wesentlich größer als der in Berlin war, hatte im äußeren Entwicklungsraum mehr als jeder fünfte Einwohner ein Alter von 65 Jahren und älter erreicht (21,1 Prozent).

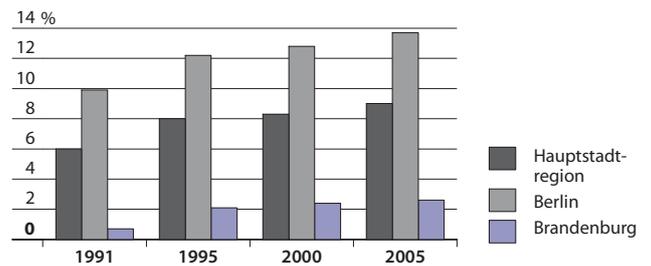
Gemessen am statistisch ermittelten Durchschnittsalter war 2005 die Berliner Bevölkerung mit 42,2 Jahren die „jüngste“ in der Region, für Brandenburg insgesamt wurde ein Durchschnittsalter von 43,6 Jahren berechnet (vgl. Tabelle 3).

Dabei ist das Durchschnittsalter im engeren Verflechtungsraum mit 42,4 Jahren nur unwesentlich höher als in Berlin. Im äußeren Entwicklungsraum ist die Bevölkerung im Durchschnitt 44,4 Jahre alt und damit rund zwei Jahre älter.

Tab. 3 **Durchschnittsalter der Bevölkerung der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1995 und 2005 nach Geschlecht und Teilräumen**

Geschlecht	Berlin	Brandenburg		
		insgesamt	engerer Verflechtungsraum	äußerer Entwicklungsraum
durchschnittliches Alter in Jahren				
1995				
männlich	37,5	37,2	37,4	37,1
weiblich	42,0	41,2	41,2	41,3
insgesamt	39,9	39,3	39,4	39,2
2005				
männlich	40,6	41,9	41,1	42,4
weiblich	43,7	45,3	43,7	46,3
insgesamt	42,2	43,6	42,4	44,4

Abb. 4 **Ausländeranteil in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1991 bis 2005 nach Regionen**



Im Jahr 1995 war das Durchschnittsalter des äußeren Entwicklungsraumes mit 39,2 Jahren das niedrigste in der Region gewesen. Im engeren Verflechtungsraum betrug es 39,4 Jahre und die Berliner Bevölkerung war mit durchschnittlich 39,9 Jahren die „älteste“ gewesen.

Geringer Ausländeranteil in Brandenburg

Die Zahl der Ausländer ist in der europäischen Metropolregion Berlin-Brandenburg von Jahr zu Jahr gestiegen, und zwar von 358 400 Personen im Jahr 1991 auf 533 500 Personen Ende 2005 (+48,9 Prozent). In Brandenburg wurden Ende 2005 rund

Tab. 4 **Ausländer der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg 1991 bis 2005¹ nach Regionen**

Jahr	Hauptstadtregion	Berlin	Brandenburg
in 1 000			
1991.....	358,4	340,0	18,4
1992.....	405,5	371,6	33,9
1993.....	435,4	393,0	42,4
1994.....	452,2	406,7	45,5
1995.....	478,4	425,1	53,2
1996.....	493,0	435,1	57,9
1997.....	491,5	433,0	58,5
1998.....	491,6	431,7	59,9
1999.....	494,7	433,6	61,2
2000.....	496,6	434,3	62,3
2001.....	505,4	440,8	64,7
2002.....	511,6	444,8	66,8
2003.....	514,9	447,3	67,6
2004.....	521,8	454,5	67,2
2005.....	533,5	466,5	67,0
in % der Gesamtbevölkerung			
1991.....	6,0	9,9	0,7
1992.....	6,7	10,7	1,3
1993.....	7,2	11,3	1,7
1994.....	7,5	11,7	1,8
1995.....	8,0	12,2	2,1
1996.....	8,2	12,6	2,3
1997.....	8,2	12,6	2,3
1998.....	8,2	12,7	2,3
1999.....	8,3	12,8	2,4
2000.....	8,3	12,8	2,4
2001.....	8,5	13,0	2,5
2002.....	8,6	13,1	2,6
2003.....	8,6	13,2	2,6
2004.....	8,8	13,4	2,6
2005.....	9,0	13,7	2,6

¹ Stand: jeweils am 31.12.

Tab. 5 **Bevölkerung der kreisfreien Städte Brandenburgs 1990 bis 2005¹**

Jahr	Brandenburg an der Havel	Cottbus	Frankfurt (Oder)	Potsdam
in 1000				
1990.....	92,6	134,2	86,1	147,3
1995.....	86,8	126,3	80,8	144,1
2000.....	78,4	113,6	72,1	140,7
2005.....	74,1	105,3	63,7	147,6
%				
Veränderung 2005 gegenüber 1990....	-20,0	-21,5	-26,0	+0,2

¹ Gebietsstand 2005, jeweils am 31.12.

67 000 Ausländer verzeichnet. Mit 466 500 Personen, das entspricht 87,4 Prozent, lebte der überwiegende Teil der ausländischen Bevölkerung jedoch in Berlin. Im Jahr 1991 entfielen noch fast 95 Prozent der damals 358 400 Ausländer auf Berlin. In Berlin war die Zahl der Ausländer von 1991 bis 2005 um 37,2 Prozent gestiegen, in Brandenburg stieg sie um das Dreieinhalbfache. Dennoch war in Brandenburg der Anteil der Ausländer an der gesamten Bevölkerung eher gering, er betrug 2005 nur 2,6 Prozent. In Berlin erreichte der Ausländeranteil zur gleichen Zeit 13,7 Prozent. In den Teilregionen Brandenburgs gab es kaum Un-

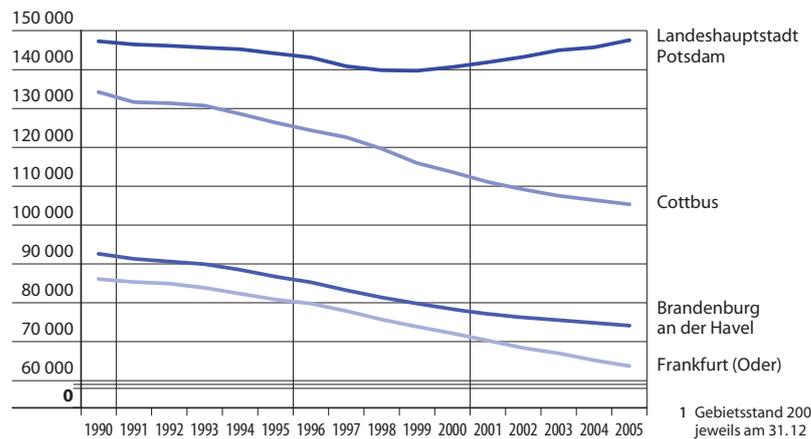
terschiede; Ende 2005 betrug der Ausländeranteil im engeren Verflechtungsraum 2,8 Prozent, im äußeren Entwicklungsraum 2,5 Prozent.

Bevölkerungsschwund in den kreisfreien Städten Brandenburgs

Von den vier kreisfreien Städten Brandenburgs wurde Ende 2005 nur für die Landeshauptstadt Potsdam ein leichtes Bevölkerungsplus ermittelt. Die Einwohnerzahl lag mit 147 600 Personen um 0,2 Prozent über dem Stand von Ende 1990. Die anderen kreisfreien Städte mussten zum Teil deutliche Bevölkerungseinbußen hinnehmen. Den größten Verlust erlitt Frankfurt (Oder); die Bevölkerungszahl schrumpfte hier von 86 100 Personen im Jahr 1990 auf 63 700 Personen Ende 2005 (-26,0 Prozent).

In den Jahren 1990 bis 1999 entwickelte sich die Einwohnerzahl in allen vier Städten gleichgerichtet nach unten. Während sich jedoch in Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) der Bevölkerungsrückgang weiter fortsetzte, stieg in Potsdam die Einwohnerzahl seit 2000 stetig an.

Abb. 5 **Bevölkerung der kreisfreien Städte Brandenburgs am Jahresende¹**



¹ Gebietsstand 2005, jeweils am 31.12.

Quellennachweis

- [1] Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (http://www.bbr.bund.de/nn_22518/DE/ForschenBeraten/Raumordnung/RaumentwicklungDeutschland/LeitbilderKonzepte/Leitbild1/Leitbild1.html)
- [2] Leitbild Europäische Metropolregion Berlin-Brandenburg; gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg (<http://www.metropolregion-berlin-brandenburg.de/leitbildprozess.htm>)

- [3] Das Gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm – LEPro) in der Fassung vom 1. November 2003 wurde wie folgt bekannt gemacht:
für Berlin Gesetz zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages vom 7. August 1997 über das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm) und über die Änderung

des Landesplanungsvertrages vom 3. Juli 2003 (GVBl. S.250). für Brandenburg Gesetz zu dem Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages vom 7. August 1997 über das gemeinsame Landesentwicklungsprogramm der Länder Berlin und Brandenburg (Landesentwicklungsprogramm) und über die Änderung des Landesplanungsvertrages vom 10. Juli 2003 (GVBl. I S. 202).

Astrid Langer

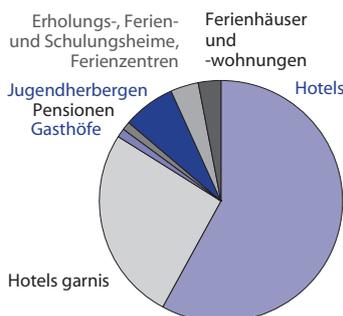
Erfolgreiche Tourismusbilanz im Jahr 2005

Der Tourismus gewinnt nicht nur für das Beherbergungsgewerbe selbst zunehmend an Bedeutung, sondern auch das Gastgewerbe, der Einzelhandel und Verkehr, die weiteren Bereiche der dienstleistenden Wirtschaft sowie kulturelle Einrichtungen sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Insoweit ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und verlangt für seine Entwicklung sowie Ausgestaltung entsprechende Informationen. Eine wichtige Datenquelle sind dabei die Ergebnisse der amtlichen Statistik zur Beherbergung im Reiseverkehr.

In den Großstädten wird der Reiseverkehr bekanntermaßen vom Geschäfts- und Dienstreiseverkehr geprägt und erfährt seine Ergänzung im Urlaubstourismus. Im Unterschied dazu ist in den Flächenländern gerade ein hoher Anteil des Urlaubs- und Ferientourismus anzunehmen. Die monatlich durchgeführte Bundesstatistik bildet diese differenzierten Reiseströme allerdings nicht gesondert ab, sondern informiert über den Inlandstourismus insgesamt. Insoweit sind die Ergebnisse der Beherbergungsstatistik von Berlin mit denen anderer Bundesländer, d. h. Flächenländer, eher wenig für einen direkten Vergleich geeignet. Die Entwicklung des Tourismus in Berlin und Brandenburg soll deshalb gesondert in wesentlichen Punkten für das Jahr 2005 skizziert werden.

Berlin: Für einen Aufenthalt in Berlin standen den Besuchern aus dem In- und Ausland am Jahresende mehr als 84 000 Betten in 580 Beherbergungseinrichtungen mit neun und mehr Betten zur Verfügung, womit sich der Trend eines gestiegenen Übernachtungsangebots der vergangenen Jahre fortgesetzt hat; allein im Jahr 2005 waren das rund 4 800 Betten mehr als noch ein Jahr zuvor. Die Hotellerie, hierbei vor allem Hotels (58 Prozent der gesamten Bettenkapazität), gefolgt von den Hotels garnis (rund 26 Prozent) bestimmt den Berliner Tourismusmarkt (vgl. Abbildung 1).

Abb. 1 **Bettenkapazität der Beherbergungsstätten in Berlin 2005 nach Betriebsarten in Prozent**



Die gewachsene Attraktivität der Stadt für Besucher aus dem In- und Ausland ließ die Gästezahl im Jahr 2005

auf fast 6,5 Millionen und die der gebuchten Übernachtungen auf über 14,6 Millionen ansteigen. Gegenüber dem Vorjahr entsprach das einem Zuwachs von 9,1 Prozent bzw. 10,3 Prozent, der weit über dem Bundesdurchschnitt lag. Im deutschen Städtetourismus rangierte Berlin weiterhin an erster Stelle, gefolgt von München (4,1 Millionen Gäste und 8,3 Millionen Übernachtungen) mit ebenfalls überdurchschnittlichen Anstiegen (+ 10,1 Prozent und + 8,7 Prozent).

Im Jahr 2005 hatten 30,3 Prozent aller Berlinbesucher ihren ständigen Wohnsitz außerhalb Deutschlands. Sie buchten 5 Millionen Übernachtungen (34,4 Prozent). Mit dieser Größenordnung wurde absolut und prozentual seit dem ersten vollständigen Erfassungsjahr 1992 – nach der deutschen Wiedervereinigung – ein Höchstwert erreicht. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs der Zustrom ausländischer Gäste um fast ein Fünftel. Die insgesamt 2 Millionen ausländischen Gäste kamen wie seit Jahren zu fast drei Viertel aus Europa. Dabei stand unangefochten an der Spitze das Vereinigte Königreich mit 247 Tausend Besuchern, für die 610 Tausend Übernachtungen in den Berliner Beherbergungsbetrieben registriert wurden (vgl. Abbildung 2). Gäste des europäischen Inselstaates waren damit das zweite Jahr in Folge wesentlich zahlreicher in der deutschen Hauptstadt als aus den USA, die bis zum Jahr 2003 das Ranking aller nachgewiesenen Länder angeführt hatten. An zweiter Stelle der Besucher aus dem europäischen Ausland sind im Jahr 2005, die aus den Niederlanden zu nennen. Rund 174 Tausend Besucher buchten mehr als 455 Tausend Übernachtungen, was im Vergleich zum Jahr 2004 einer Steigerung von fast einem Viertel entsprach.

Abb. 2 **Übernachtungen ausländischer Gäste in Berlin 2004 und 2005 nach ausgewählten Herkunftsländern**

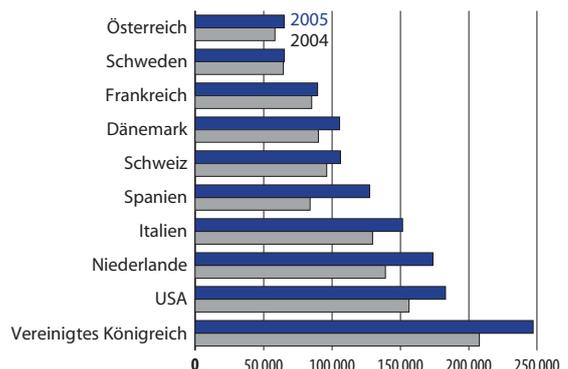
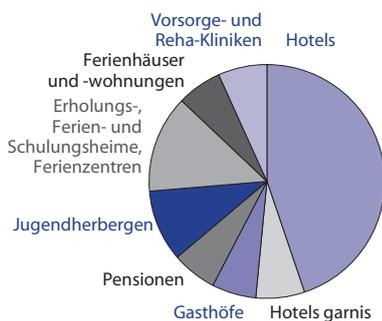


Abb. 3 **Bettenkapazität der Beherbergungsstätten in Brandenburg 2005 nach Betriebsarten in Prozent**



Damit fiel dieser Anstieg noch größer aus als bei den Gästen und Übernachtungen aus dem Vereinigten Königreich (+19 Prozent bzw. +21 Prozent). Nach den traditionell hohen Besucher- und Übernachtungszahlen von Bürgern mit ständigem Wohnsitz in Italien (152 Tausend Besucher und 437 Tausend Übernachtungen) wurden im Jahr 2005 mehr als 127 Tausend Besucher (+52 Prozent)

aus Spanien mit über 368 Tausend Übernachtungen (+54 Prozent) in Berlin registriert, womit diese erstmalig die Gäste aus der Schweiz und Dänemark auf die weiteren Plätze verdrängten.

Fast 13 Prozent aller ausländischen Gäste haben ihren ständigen Wohnsitz auf dem amerikanischen Kontinent. Im Ranking der hier nachgewiesenen Länder stehen Bürger mit einem US-Pass seit vielen Jahren an erster Stelle; im Jahr 2005 waren es knapp 183 Tausend Besucher (+17 Prozent), die 471 Tausend Übernachtungen (+11 Prozent) buchten.

In dem Gästeaufkommen der anderen Kontinente sind im Jahr 2005 in den absoluten Zahlen drei Länder zu nennen: Wiederum Japan (60 Tausend Gäste; 133 Tausend Übernachtungen), mit einem Zuwachs von über 11 Prozent, gefolgt von Israel (30 Tausend Besucher; 103 Tausend Übernachtungen), dessen Landsleute sich zu über 49,1 Prozent zahlreicher in der Spreemetropole aufhielten als noch im Jahr 2004. An dritter Stelle ist China anzuführen (28 Tausend Besucher; 64 Tausend Übernachtungen), jedoch im Jahr 2005 mit einem deutlich abgeschwächten Anstieg (+6 Prozent bzw. 15 Prozent) als noch in den Jahren zuvor.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller Berlinbesucher betrug 2,3 Tage, was ausschließlich auf die in der Mehrzahl aus Deutschland kommenden Gäste (2,1 Tage) zurückzuführen ist. Ausländische Reisende weilten nach wie vor etwas länger in der Stadt (2,6 Tage). Damit blieben in- und ausländische Touristen in Berlin im Durchschnitt länger als vergleichsweise in München (2 Tage).

Die Bettenauslastung in den Berliner Beherbergungseinrichtungen mit neun und mehr Betten fiel mit durchschnittlich 48,8 Prozent im Jahr 2005 trotz des insgesamt abermaligen Anstiegs von Übernachtungsmöglichkeiten geringfügig höher aus als im Jahr 2004.

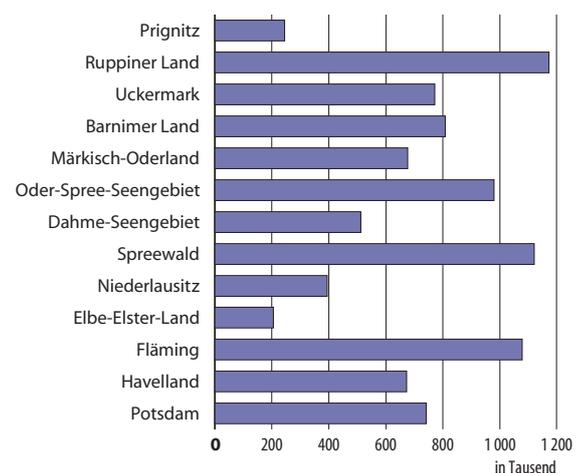
Brandenburg: Im Land Brandenburg ist das Übernachtungsangebot etwa zu rund zwei Dritteln von der Hotellerie geprägt und im Weiteren von den Sonstigen Beherbergungseinrichtungen (Parahotellerie), zu denen Vorsorge- und Reha-Kliniken, Hütten und Jugendherbergen ebenso gehören wie Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime sowie Ferienhäuser und -wohnungen (vgl. Abbildung 3). Ergänzt wird dieses Angebot durch eine Vielzahl von Campingplätzen.

Diese sich deutlich von Berlin unterscheidende Struktur beinhaltet auch, dass eine erhebliche Anzahl gerade der Sonstigen Beherbergungsbetriebe (ebenso die Campingplätze) vor allem nur im Sommerhalbjahr – von Mai bis Oktober – für Gäste geöffnet ist. Dies hatte zur Folge, dass Ende 2005 fast 1300 geöffnete Beherbergungsbetriebe mit über 68 Tausend Betten ihre Serviceleistungen den Besuchern anboten, während im Sommerhalbjahr diese Zahl um rund 11 Tausend Betten und 190 Betrieben höher lag. Mit dieser Größenordnung ist das Übernachtungsangebot insgesamt am Jahresende 2005 gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht gestiegen (+0,3 Prozent).

Im Jahr 2005 wurden in den Beherbergungsbetrieben mit neun und mehr Betten und den zahlreichen Urlaubscampingplätzen des Landes Brandenburg insgesamt etwas mehr als 3,4 Millionen Gäste und knapp 9,4 Millionen Übernachtungen registriert. Gegenüber dem Jahr 2004 entsprach das einer Zunahme von 3,1 Prozent bzw. 1,3 Prozent. Im Bundesdurchschnitt stieg die Zahl der Gästeankünfte um 3,6 Prozent und bei den Übernachtungen um 1,6 Prozent.

In das Land Brandenburg zog es weiterhin vor allem Besucher aus Deutschland, die in den Beherbergungseinrichtungen (ohne Camping) das Übernachtungsangebot um 3,1 Prozent zahlreicher im Vergleich zum Vorjahr in Anspruch nahmen. Das Besuchervolumen ausländischer Gäste erhöhte sich um 10,3 Prozent, auf insgesamt 249 Tausend Personen und 544 Tausend Übernachtungen (+8,1 Prozent). Gut jeder sechste ausländische Reisende hatte seinen ständigen Wohnsitz in den Niederlanden (40 Tausend Besucher; 94 Tausend Übernachtungen) und jeder zehnte in Polen (27 Tausend Besucher; 59 Tausend Übernachtungen). Aus diesen beiden zahlenmäßig am stärksten in Brandenburg vertretenen Herkunftsländern kamen die Besucher auch zahlreicher als noch ein Jahr zuvor (+7,4 Prozent bzw. +15,1 Prozent). Dagegen kamen aus Schweden weniger Gäste (16 Tausend Besucher; 22 Tausend Übernachtungen), was einem Rückgang von 5,6 Prozent bzw. 3,0 Prozent entspricht. Für alle Gäste aus dem In- und Ausland wurde eine Aufenthaltsdauer in den

Abb. 4 **Übernachtungen in Brandenburg im Jahr 2005 nach Reisegebieten**



Beherbergungsbetrieben des Landes Brandenburg von durchschnittlich 2,7 Tagen errechnet.

Bei den Flächenländern sind bekanntermaßen die Regionen von besonderem Interesse, untergliedert zum einen in die politische Gliederung Landkreise, kreisfreie Städte und Gemeinden und zum anderen in touristische Reisegebiete. Darüber hinaus gibt es besondere Prädikate für bestimmte Bäder, Kur- und Erholungsorte. Im ländlichen Bereich waren besonders Beherbergungsbetriebe und Campingplätze gefragt: in den Landkreisen Dahme-Spreewald (357 Tausend Besucher; 899 Tausend Übernachtungen), Oder-Spree (295 Tausend Besucher; 831 Tausend Übernachtungen) und Teltow-Fläming (268 Tausend Besucher; 565 Tausend Übernachtungen).

Folgt man der Untergliederung nach Reisegebieten, so zog es die Touristen am zahlreichsten in Beherbergungseinrichtungen und auf Campingplätze im Spreewald (457 Tausend Besucher; 1,1 Millionen Übernachtungen) und hierbei vor allem in die Orte Burg, Lübbenau und Lübben, gefolgt von denen im Fläming (446 Tausend Besucher; 1,1 Millionen Übernachtungen). Auch das Ruppiner Land erfreute sich großer Beliebtheit (387 Tausend Besucher und 1,2 Millionen Übernachtungen). Hier war gleichzeitig eine deutlich höhere durchschnittliche Aufenthaltsdauer in den Beherbergungsbetrieben festzustellen, die beispielsweise in Lindow 7,2 Tage betrug und in Rheinsberg 5,9 Tage (vgl. Abbildung 4).

In der Landeshauptstadt Potsdam nutzten 327 Tausend Reisende (+7,6 Prozent) das bestehende Übernachtungsangebot während ihres Aufenthalts (742 Tausend Übernachtungen; +6,1 Prozent). Für die nahezu 5 Tausend Betten in den Beherbergungsbetrieben der Stadt wurde im Jahresmittel eine Aus-

Abb. 5 **Übernachtungen in Brandenburg im Jahr 2005 nach Monaten**

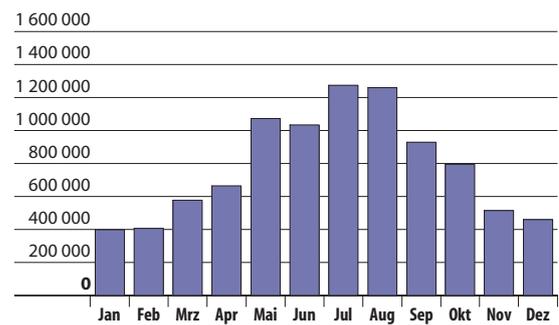
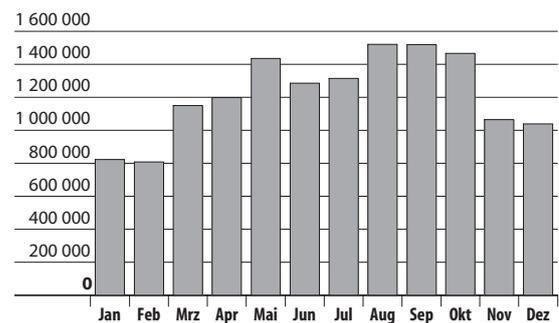


Abb. 6 **Übernachtungen in Berlin im Jahr 2005 nach Monaten**



lastung von 40 Prozent errechnet. In allen Beherbergungseinrichtungen mit neun und mehr Betten des Landes Brandenburg lag die durchschnittliche Bettenauslastung im Jahr 2005 bei 32,7 Prozent, die aber – saisonal bedingt – deutlich schwankte. Im Sommerhalbjahr betrug sie 40 Prozent, mit dem höchsten Wert im August (43,8 Prozent).

Stefan Mangelsdorf

Transformationsprozess im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg in den Jahren 1995 bis 2003

Einleitung

Eine ganze Reihe von Untersuchungen^{1,2,3} beschäftigte sich bereits mit dem Transformationsprozess in den neuen Ländern. Die Ergebnisse ergeben ein eher verwirrendes Bild. Nach Brautzsch⁴ ist die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Ost-

deutschland zwischen 1992 und 2003 um 160 Prozent gewachsen und die Rendite ostdeutscher Unternehmen hat 2002 erstmals zur Rendite westdeutscher Unternehmen aufgeschlossen und sie 2003 sogar übertroffen. Zugleich stellt er aber auch fest, dass im Jahr 2003 der Anteil der ostdeutschen Industrieunternehmen an der gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes nur etwa 6,6 Prozent beträgt. Kritische Stimmen sprechen auch von einem „Aufholen in Trippelschritten“, bemängeln die starke Binnenorientierung der ostdeutschen Wirtschaft und damit die geringere Exportquote⁵.

Anhand von amtlichen Mikrodaten des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg soll im Folgenden gezeigt werden, wie weit der Transformationsprozess fortgeschritten ist. Durch die Einbeziehung der Daten von Berlin

ist es möglich, die Entwicklung in den Regionen der ehemaligen DDR mit denen in Westberlin zu vergleichen. Die Entwicklung in Westberlin ist durch ihren ehemals besonderen Status sicherlich nicht als typisch für die alten Bundesländer anzusehen. Es sprechen jedoch auch Gründe für diesen Vergleich. Durch die geografische Lage wirken viele Faktoren ähnlich auf die Regionen, wie zum Beispiel Infrastruktur oder Agglomerationsfaktoren.

Datengrundlage

Diese Arbeit beruht im Wesentlichen auf den Daten zweier amtlicher Erhebungen. Der größte Teil stammt aus dem „Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden“. Auskunftspflichtig sind dabei Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten sowie Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen der übrigen Wirtschaftszweige. Aus dieser Erhebung stammen Daten über Standort, Wirtschaftszweig, Angaben über Löhne und Gehälter, tätige Personen und Umsätze, nach In- und Auslandsumsatz getrennt. Informationen über die Bruttoinvestitionen stammen aus der „Investitionserhebung im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“. Diese wird einmal jährlich bei allen Betrieben aus der monatlichen Betriebserhebung durchgeführt. Nachträglich wurden die Daten früherer Jahre in EUR umgerechnet und für die Regressionen auch mit Hilfe des Erzeugerpreisindex nach Hauptgruppen deflationiert.

Für den Zugang zu diesen Daten an einem Gastwissenschaftlerarbeitsplatz im Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter, Standort Potsdam, mussten einige Datenschutzmaßnahmen durchgeführt werden. Der Standort eines Betriebes ist auf vier Ausprägungen vergrößert: Brandenburg Engerer Verflechtungsraum (EVR), Brandenburg Äußerer Entwicklungsraum (ÄER), Berlin-Ost und Berlin-West. Der EVR umfasst das brandenburgische Umland von Berlin, während der Äußere Entwicklungsraum die weiter von Berlin entfernten Teile Brandenburgs bezeichnet. In ebenfalls nur vier Ausprägungen liegen die Wirtschaftszweige vor. Dies sind die Hauptgruppen Vorleistungs-, Investitions-, Verbrauchs- und Gebrauchsgüterproduzenten. Tiefere Gliederungen sind nur für die kontrollierte Datenfernverarbeitung zugänglich, die derzeit vorbereitet wird.

Aus den monatlichen Daten werden Jahreswerte errechnet, entweder als Aggregat (z. B. bei Umsätzen) oder als Durchschnitt (beispielsweise bei den tätigen Personen). Bei einigen Merkmalen kann es innerhalb

16 Jahre sind seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vergangen. 16 Jahre, in denen die ostdeutsche Wirtschaft große Anstrengungen unternommen hat, den Rückstand, den es 1990 unzweifelhaft gegeben hat, aufzuholen. Dazu waren riesige Investitionen und enorme Umstrukturierungen der planwirtschaftlich geprägten Industrielandschaft notwendig. Wo stehen wir heute in diesem Prozess? Ist dem Verarbeitenden Gewerbe der Anschluss gelungen? Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden mit Hilfe von amtlichen Mikrodaten des Verarbeitenden Gewerbes einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden aus Berlin und Brandenburg. Der Beitrag enthält die Ergebnisse eines Forschungsprojektes des Lehrstuhls für Statistik und Ökonometrie (Prof. Dr. H. G. Strohe) der Universität Potsdam in Kooperation mit dem Forschungsdatenzentrum der Statistischen Ämter der Länder.

1 Pohl, Fischer, Rockmann u. Semlinger [Hg.]: Analysen zur regionalen Industrieentwicklung, Sonderauswertungen einzelbetrieblicher Daten der amtlichen Statistik, Statistisches Landesamt Berlin, 2003.

2 Schasse, U. u. Wagner, J. [Hg.]: Entwicklung von Arbeitsplätzen, Exporten und Produktivität im interregionalen Vergleich, NIW-Vortragsreihe, Bd. 13, Hannover 1999.

3 Schasse, U. u. Wagner, J. [Hg.]: Regionale Wirtschaftsanalysen mit Betriebspaneldaten, Ansätze und Ergebnisse, NIW-Vortragsreihe, Bd. 14, Hannover 2001.

4 Brautzsch, H.-U. (2005): Ostdeutsche Industrie zog 2002 bei Ren-

dite mit Westdeutschland gleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/05.
5 Ludwig, Brautzsch, Dietrich, Grunert u. Loose (2005): Ostdeutsche Wirtschaft: Aufholen in Trippelschritten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/05.

eines Jahres zu einem Wechsel kommen, wie zum Beispiel beim Wirtschaftszweig bei einer Verlagerung des Produktionsschwerpunktes oder bei der Region bei einem Standortwechsel. In diesem Fall greift das Schwerpunktprinzip, d.h. derjenige Wert wird verwendet, der im größeren Teil des Jahres angenommen wurde.

Unterschiedliche Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg

Die deskriptiven Analysen haben gezeigt, dass es so etwas wie eine einheitliche Entwicklung nicht gibt. Zwischen den Regionen gibt es zum Teil sehr große Unterschiede. Doch in welche Richtung wirken diese Unterschiede? Bringen sie die „Ostregionen“ näher an Westberlin heran? Oder vergrößert sich der Abstand vielleicht sogar noch?

Zwischen 1995 und 2003 lag die Zahl der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg recht konstant bei etwa 2200. Im gleichen Zeitraum ging die Beschäftigung um etwa 65 000 Personen, was etwa einem Viertel entspricht, zurück. Diese Entwicklung ist jedoch nicht einheitlich. Beide Regionen Brandenburgs legten bei den Betriebszahlen zu, während es in beiden Teilen Berlins 2003 weniger Betriebe gab als 1995. Doch nur der EVR konnte den Stand seiner Beschäftigung halten, während in Berlin, Ost wie West, die Zahl der tätigen Personen um mehr als 30 Prozent zurückging. Ähnlich ungleiche Entwicklungen waren beim Umsatz zu beobachten. Insgesamt gab es einen leichten Zuwachs von 8 Prozent zwischen 1995 und 2003.

Wie in der Grafik ersichtlich, wuchsen die Umsätze der Betriebe im EVR am stärksten und hatten sich von 1995 auf 2003 fast verdoppelt. Auch die anderen beiden Ostregionen konnten bei den Umsätzen zulegen. Nur die Umsätze in Berlin-West fielen leicht. Da jedoch die Umsätze in Berlin-West auch im Jahr 2003 noch weit mehr als die Hälfte der Gesamtumsätze in Berlin und Brandenburg ausmachten, reichte dieser kleine Rückgang, um die stärkeren Zuwächse in den anderen Regionen fast zu kompensieren.

Bei den Investitionen gab es mit etwa 40 Prozent einen starken Rückgang im Beobachtungszeitraum, bei nur geringfügigem Rückgang der Zahl investierender Betriebe. Doch auch hier zeigten sich starke regionale Unterschiede. In Berlin-West gab es, abgesehen von zwischenzeitlichen Schwankungen, kaum Veränderungen. In den Ostregionen nahmen die Investitionen zwischen 1995 und 2003 stark ab. In Berlin-Ost gab es die größten Rückgänge bereits zu Beginn des Beobachtungszeitraumes, während sich die Investitionen ab etwa 1998 stabilisierten. Dabei machten die Investitionen in den letzten Jahren nicht einmal mehr ein Viertel der Investitionen von 1995 aus. Im ÄER Brandenburgs kam dieser starke Rückgang erst 1997, jedoch konnten sich die Investitionen auch danach nicht stabilisieren und fielen zum Ende

Abb. 1 **Entwicklung der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg 1996 bis 2003 nach Regionen**

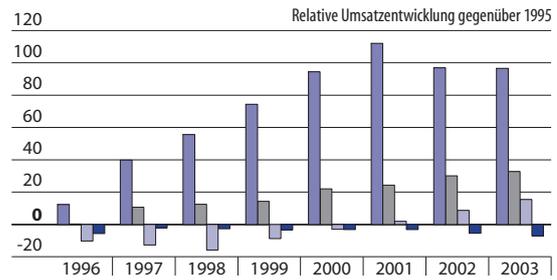
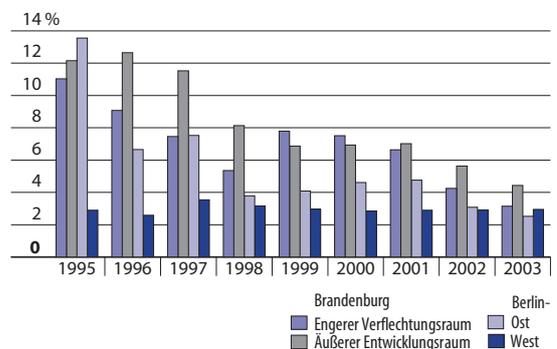


Abb. 2 **Investitionen der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg im Verhältnis zum Umsatz 1995 bis 2003 nach Regionen**



hin noch einmal auf etwa die Hälfte der Investitionen von 1995. Im EVR waren die Schwankungen weniger stark. Zu Beginn des neuen Jahrtausends stiegen die Investitionen sogar wieder an, fielen aber in den letzten beiden Jahren wieder unter ihren Anfangswert.

Um etwas besser vergleichbare Ergebnisse zu erhalten, wurden die Investitionen eines Betriebes ins Verhältnis zu seinen Umsätzen gesetzt. Wie in Abbildung 2 zu erkennen ist, wurden in Betrieben im Westteil der Stadt im Schnitt Investitionen in Höhe von etwa 3 Prozent des Umsatzes eines Betriebes getätigt.

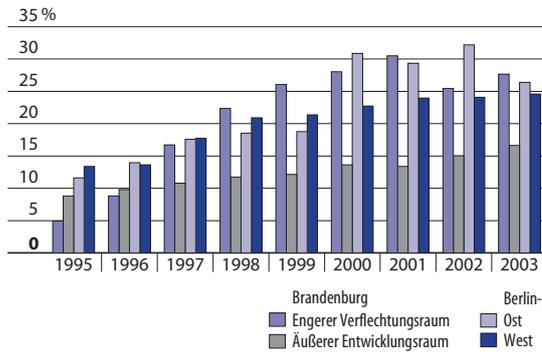
In den Ostregionen lagen die Werte zu Beginn wesentlich höher, 1995 in allen Regionen deutlich über 10 Prozent. Dies ist nicht verwunderlich, da die ostdeutschen Betriebe große Investitionen tätigen mussten, um veraltete Produktionsmittel zu ersetzen. Im Laufe des Beobachtungszeitraumes verringerte sich jedoch das Verhältnis von Investitionen und Umsatz und erreichte etwa 2003 das Niveau von Berlin-West. Damit schien der Prozess der technologischen Umrüstung so gut wie abgeschlossen zu sein. Nach dem Wegfall vieler Handelsbeziehungen in die ehemaligen RGW-Staaten⁶ mussten die ostdeutschen Betriebe neue Absatzmärkte erschließen. Dies schien auch in immer größerem Umfang zu gelingen.

6 Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war eine 1949 gegründete und 1991 aufgelöste Organisation der Ostblockstaaten mit Sitz in Moskau, die für die gegenseitige

Abstimmung und Hilfe zwischen den sozialistischen Wirtschaften sorgen sollte. Ihm gehörten die Gründungsstaaten Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Tschechoslowakei an,

ab 1950 die Deutsche Demokratische Republik, später auch Kuba, die Mongolei, Vietnam und Albanien. Finnland schloss 1973 ein Kooperationsabkommen mit dem RGW ab.

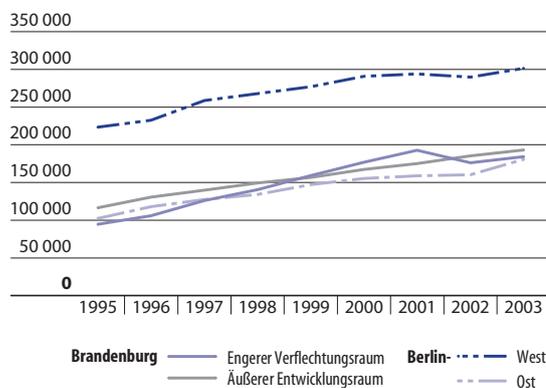
Abb. 3 **Exportanteil am Gesamtumsatz der Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe in Berlin und Brandenburg im Verhältnis zum Umsatz 1995 bis 2003 nach Regionen**



Zwischen 1995 und 2003 hatte sich die Zahl der exportierenden Betriebe in Berlin und Brandenburg um etwa ein Fünftel erhöht, während der Auslandsumsatz sich sogar mehr als verdoppelte. Den größten Zuwachs gab es dabei im EVR, wo sich die Exporte verelfacht hatten. In den anderen Regionen fiel das Wachstum weit weniger stark aus, doch selbst in Berlin-West konnten die Exporte immer noch um 70 Prozent zulegen.

Der Anteil exportierender Betriebe war in allen Regionen gestiegen. Spitzenreiter war nach wie vor Berlin-West, wo 2003 etwa 46 Prozent (+6 Prozentpunkte gegenüber 1995) aller Betriebe auch auf ausländischen Märkten aktiv waren. Die Ostregionen konnten den Anteil exportierender Betriebe von deutlich unter 30 Prozent im Jahr 1995 auf 35 (EVR) bis 40 Prozent (Berlin-Ost) erhöhen. Der Exportanteil am Gesamtumsatz konnte ebenfalls gesteigert werden. Lag er 1995 noch zwischen 5 und 13 Prozent, so erwirtschafteten 2003 die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes 25 bis 28 Prozent ihres Umsatzes im Ausland. Dabei konnten der EVR und Berlin-Ost sogar Berlin-West übertreffen. Lediglich der ÄER war mit knapp 17 Prozent deutlich abgeschlagen.

Abb. 4 **Umsatz pro tätige Person in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg 1995 bis 2003 nach Regionen**



Waren Betriebe in den Ostregionen weniger produktiv?

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass der Transformationsprozess der ostdeutschen Wirtschaft in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hatte und dass Betriebe in den neuen Bundesländern mittlerweile durchaus konkurrenzfähig zu Betrieben der alten Länder waren. Die Angleichung der Investitionsaufwendungen sprechen für den Abschluss der technologischen Umrüstung und die starken Zuwächse bei den Exporten sprechen für die Konkurrenzfähigkeit und Innovationskraft ostdeutscher Betriebe.

Diesen erfreulichen Ergebnissen scheint auf den ersten Blick jedoch die Produktivität ostdeutscher Betriebe zu widersprechen. Stellt man die pro tätigen Mitarbeiter erwirtschafteten Umsätze der Betriebe in den vier Regionen gegenüber (vgl. Abbildung 4), so erkennt man, dass ein Mitarbeiter in einem Betrieb in Berlin-West etwa 100 000 EUR pro Jahr mehr an Umsatz erwirtschaftete als in den anderen Regionen. Dieser Vorsprung war auch über die Zeit hinweg recht konstant. Wie ließ sich nun dieser Rückstand der ostdeutschen Betriebe in Berlin und Brandenburg erklären?

Die Analysen der amtlichen Mikrodaten haben gezeigt, dass sich die Regionen hinsichtlich ihrer Betriebsstrukturen zum Teil deutlich unterschieden. Ein großer Einflussfaktor auf die Produktivität eines Mitarbeiters ist die Größe des Betriebes, in dem er arbeitet. Mit zunehmender Betriebsgröße kann Arbeit effizienter aufgeteilt werden und die Arbeiter sind spezialisiert auf bestimmte Arbeiten und damit produktiver. Weiterhin hat sich aber auch gezeigt, dass bei sehr großen Betrieben die Produktivität wieder sinken kann. Dafür könnte beispielsweise die immer aufwendigere Arbeitsorganisation verantwortlich sein.

Welchen Unterschied die Regionen in ihrer Betriebsgrößenstruktur aufwiesen, ist aus Abbildung 5 zu ersehen. Dargestellt sind relative Anteilsunterschiede der Ostregionen gegenüber Berlin-West 1995 und 2003 für die jeweiligen Betriebsgrößenklassen. Es ist deutlich zu erkennen, dass in den Ostregionen die Anteile der kleineren Betriebe größer waren als in Berlin-West, während Großbetriebe wesentlich seltener vorhanden waren. Wie der Vergleich der Werte von 1995 und 2003 zeigt, verstärkten sich diese Strukturunterschiede mit der Zeit noch. Das Verarbeitende Gewerbe in Brandenburg und Berlin-Ost war im Betrachtungsraum somit durch eine eher kleinbetriebliche Struktur geprägt. Da die Arbeiter in diesen kleinen Betrieben annahmegemäß weniger produktiv als solche in größeren Betrieben sind, kann damit zumindest ein Teil des Rückstandes erklärt werden.

Des Weiteren hat sich gezeigt, dass es ebenfalls Unterschiede in der Wirtschaftszweigstruktur und in der Verteilung der Betriebe auf die Stufen der Technologieintensität gab. Doch reichen diese beobachteten Unterschiede aus, um den Rückstand bei der Produktivität zu erklären?

Zur Klärung dieser Frage wird ein Regressionsmodell herangezogen:

$$\ln \varphi = \alpha + \sum_{i=1}^3 \beta_i R_i + \mathbf{X} + \varepsilon$$

φ stellt dabei die Arbeitsproduktivität dar, wobei hier im Gegensatz

zu vorheriger Grafik der Umsatz durch die Zahl geleisteter Arbeitsstunden geteilt wird, um eventuelle Unterschiede durch Teilzeitarbeit und Überstunden zu berücksichtigen. R_i bezeichnen Regionaldummys für die drei Ostregionen. So nimmt beispielsweise R_1 den Wert Eins an, wenn der Standort des betreffenden Betriebes im EVR liegt, sonst Null. Ihre Koeffizienten geben Auskunft über die regionalen Unterschiede gegenüber Berlin-West unter Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren, die in dem Vektor \mathbf{X} enthalten sind. Dazu gehören im ersten Modell die Hauptgruppen der Wirtschaftszweige, die Technologieintensitätsstufen sowie Dummys für Mehrbetriebsunternehmen und Exporteure. Die Betriebsgröße geht linear und quadriert in die Regression ein, um den festgestellten Produktivitätsrückgang in sehr großen Betrieben besser abbilden zu können.

Zur Schätzung der gesuchten Koeffizienten wurden die Daten aller Betriebe herangezogen, die das gesamte Jahr gemeldet hatten. Es wurden Jahresaggregate bzw. Jahresdurchschnitte gebildet und Umsätze wurden mit dem Erzeugerpreis auf Basis der Wirtschaftszweighauptgruppen deflationiert. Anschließend wurde das Modell jeweils jahresweise geschätzt.

Koeffizienten der Regionalvariablen des EVR und AER Brandenburgs und Berlin-Ost 1995-2003

Jahr	R1 (EVR)	R2 (ÄER)	R3 (Berlin-Ost)
1995	-0,213	-0,284	-0,246
1996	-0,061	-0,269	-0,234
1997	-0,102	-0,252	-0,267
1998	-0,089	-0,201	-0,212
1999	-0,126	-0,240	-0,301
2000	-0,121	-0,200	-0,212
2001	-0,075	-0,218	-0,124
2002	-0,038	-0,149	-0,068
2003	-0,033	-0,080	-0,126

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, tragen alle Koeffizienten das erwartete Vorzeichen. Vom Betrag her nehmen sie jedoch mit der Zeit ab, so dass der Rückstand in der Produktivität, der durch diese negativen Koeffizienten ausgedrückt wird, abnimmt. Für den EVR Brandenburgs sind die Werte in vielen Jah-

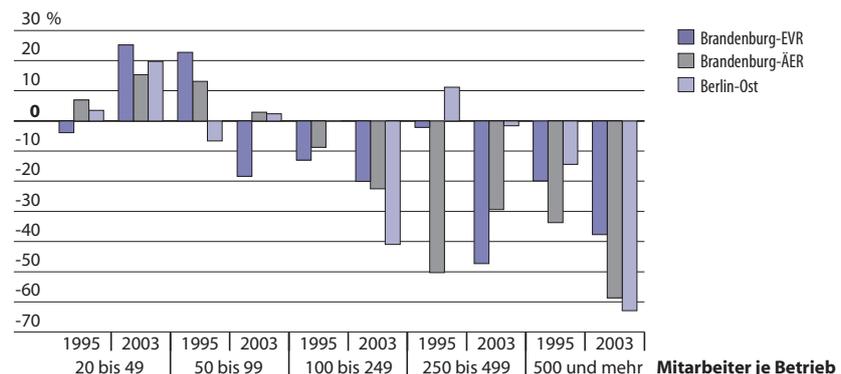
ren nicht signifikant (farbig unterlegte Koeffizienten sind auf 5-Prozent-Niveau signifikant) – soweit bei einer Totalerhebung oder „abgeschnittenen“ Stichprobe überhaupt von Signifikanz gesprochen werden kann. Auch in den anderen beiden Regionen tendieren die Werte immer mehr zur Insignifikanz. Damit kann vor allem in den letzten Jahren kaum noch von einem wirklichen Rückstand der Betriebe in den drei Ostregionen gesprochen werden, wenn auf andere Einflussgrößen, wie beispielsweise Betriebsgröße, Wirtschaftszweig, Technologieintensität, kontrolliert wird.

Ähnliche Regressionen führt Wagner⁷ durch, um Exportprämien bei der Arbeitsproduktivität zu bestimmen. In seinen Untersuchungen zeigt er, dass es Produktivitätsunterschiede zwischen Betrieben, die auch im Ausland aktiv sind und solchen, die lediglich auf dem Heimatmarkt auftreten, gibt. Aus den Koeffizienten γ_i der Dummyvariable für exportierende Betriebe lässt sich gemäß $100(\exp(\gamma_i)-1)$ ein Schätzer für die durchschnittliche prozentuale Differenz der Arbeitsproduktivität zwischen exportierenden und nicht exportierenden Betrieben unter Kontrolle der anderen Einflussgrößen ermitteln. In diesem Sinne können die Koeffizienten des Exportdummys als Produktivitätsprämie der exportierenden Betriebe interpretiert werden. Sie sind durchgehend positiv, hochsignifikant und stiegen im Laufe der Zeit von etwa 0,28 (1995) auf 0,47 (2002), was Arbeitsproduktivitätsprämien für exportierende Betriebe von 33 bis 60 Prozent entsprechen würde.

Als weitere Kontrollgröße verwendet Wagner dabei die durchschnittliche Lohnhöhe der Mitarbeiter eines Betriebes. Er interpretiert diese als Indikator für die Humankapitalintensität eines Betriebes, das heißt je besser die Mitarbeiter bezahlt werden, desto leistungsfähiger sollten sie auch sein. Für diese Untersuchung wurde die durchschnittliche Lohn- und Gehaltssumme pro Kopf in zwei Variablen aufgeteilt, um Lohnunterschiede zwischen den Ostregionen und Berlin-West zu berücksichtigen. Für die Brandenburger Regionen erhält man unter Berücksichtigung dieser zusätzlichen Kontrollgröße keine signifikanten Koeffizienten für die Regionaldummys mehr.

Berlin-Ost weist dagegen zumeist signifikante negative Koeffizienten auf. Die Exportkoeffizienten

Abb. 5 Unterschiede in der Betriebsstruktur im Verarbeitenden Gewerbe von Berlin-Ost und des engeren Verflechtungsraumes und des äußeren Entwicklungsraumes Brandenburgs gegenüber Berlin-West 1995 und 2003 nach Betriebsgrößenklassen



7 Wagner, J. (2005): Exporte und Produktivität in mittelständischen Betrieben – Befunde aus der niedersächsischen Industrie (1995–2004), Working Paper Series in Economics, No. 11, Universität Lüneburg.

bleiben weiterhin signifikant, wachsen ebenfalls mit der Zeit, sind jedoch kleiner als im ersten Modell. Sie entsprechen Arbeitsproduktivitätsprämien von etwa 18 bis 37 Prozent, was eher den Ergebnissen von Wagner in Niedersachsen entspricht.

Inwiefern eines der Modelle die Realität besser beschreibt, lässt sich schwer feststellen. Unter Berücksichtigung der Lohnsumme pro Kopf verdreifacht sich das Bestimmtheitsmaß der Regression, was dafür sprechen würde, dieses Modell vorzuziehen. Allerdings zeigen sich auch andere Effekte. Besonders große Abhängigkeiten des durchschnittlichen Mitarbeiterlohns scheint es zur Betriebsgröße zu geben, die in vielen Jahren keine signifikanten Koeffizienten mehr aufweist. Die Vermutung liegt nahe, dass die Entlohnung eines Mitarbeiters nicht alleine durch seine Leistungsfähigkeit bestimmt wird, sondern auch durch die Größe des Betriebes, in dem er arbeitet. Lagen die Koeffizienten im ersten Modell für den ÄER und Berlin-Ost noch fast gleich auf, zeigt letzteres als einzige Region im zweiten Modell in fast allen Jahren signifikante negative Koeffizienten. Dies könnte aber auch an unterschiedlichen Lohnniveaus in Berlin-Ost und Brandenburg liegen, die sich dann in der Regionalvariable niederschlagen.

Fazit

Die Ergebnisse der Analysen amtlicher Mikrodaten für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin und Brandenburg haben gezeigt, dass die Ostregionen große Fortschritte im Transformationsprozess gemacht haben und den Rückstand gegenüber den alten Ländern verringert oder sogar ausgeglichen haben. Auch wenn Berlin-West vielleicht nicht das beste Vergleichsobjekt ist, ist doch ersichtlich, dass sich die Wirtschaft in Brandenburg und Berlin-Ost stabilisierte. Die technische Umrüstung der Betriebe scheint so gut wie abgeschlossen und die schon angesprochene Kritik der zu starken Binnenorientierung kann kaum noch aufrechterhalten werden. Dabei dürfen Probleme wie die sehr kleinbetrieblich geprägte Industriestruktur nicht vergessen werden. Genauere Ergebnisse sollen weitere Untersuchungen und die kontrollierte Datenfernverarbeitung mit einer tieferen Gliederung, beispielsweise der Wirtschaftszweige, bringen.

Diplom-Handelslehrer Stefan Mangelsdorf
ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei
Prof. Dr. H. G. Strohe am Lehrstuhl für Statistik
und Ökonometrie der Universität Potsdam.

Jürgen Hübner

Reichstagswahl 1907

Am 13. Dezember 1906 hatte Kaiser Wilhelm II. den Reichstag aufgelöst. Der Grund war, dass die erforderliche Mehrheit für einen Nachtragshaushalt – es sollte mehr Geld für die Kolonien bereitgestellt werden – durch die SPD und die Zentrumsparterie verweigert wurde. Diese Wahl wurde im Volksmund auch als „Hottentotten-Wahl“ bezeichnet. Der Auf-

stand der Herero und Nama (geringschätzig Bezeichnung „Hottentotten“) war 1904 brutal niedergeschlagen worden. Jetzt sollten wieder umfangreiche Gelder in die Kolonialtruppe fließen.

Die Reichstagsauflösung war die vierte seit 1871. Drei Mal war der Anlass militärischer Natur; beim ersten Mal 1878 – das Sozialistengesetz. Wählen durften im Jahr 1907 nur männliche Personen, die über 25 Jahre alt waren. Nicht wählen durften Frauen und von den Männern: Militärangehörige, Behinderte und Personen, die im Jahr vor der Wahl Armenunterstützung erhielten oder denen die bürgerlichen Ehren-

rechte aberkannt waren. Gewählt wurde der Reichstag – anders als das Preußische Abgeordnetenhaus, bei dem noch das Dreiklassenwahlrecht galt – nach dem Mehrheitswahlrecht. In der Regel machten sich dadurch Stichwahlen zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten erforderlich.

Seit 1906 erhielten Abgeordnete des Reichstages, abhängig von ihrer Teilnahme an den Beratungen, Diäten. Bei ständiger Anwesenheit waren es 3000 Reichsmark. Das entspricht dem heutigen Wert von etwa 30000 EUR – im Jahr. Ausgezahlt wurden am 1. Januar, 1. Februar, 1. März und 1. April je 500 Mark und am Tage der Vertagung oder Schließung des Reichstages 1000. Für jeden Tag, den das Mitglied der Plenartagung ferngeblieben war, wurde bei der nächsten Entschädigungsrate ein Betrag von 20 Mark in Abzug gebracht. Ein Abgeordneter, der an keiner Sitzung teilnahm, hätte 1906 noch 740 Mark erhalten.

Mit den folgenden Zeitungsausschnitten soll die damalige Wahlvorbereitung und Durchführung in einer südbrandenburgischen Kleinstadt dokumentiert werden.

Besonders interessant ist, dass:

- schon damals die „Partei der Nichtwähler“, allerdings bei wesentlich geringerer Stimmenanzahl als heute, starke Beachtung fand,
- der Begriff „Wahl-Lokal“ sehr wörtlich genommen wurde – alle Wahllokale waren in Wirtshäusern,
- die Wahlvorstände honoräre Persönlichkeiten (Stadtträte und -verordnete, Fabrikbesitzer, Rentiers und Selbstständige) waren und
- dem Erstellen der Wählerverzeichnisse sehr große öffentliche Bedeutung beigemessen wurde.

Bekanntmachung.

Die **Wählerlisten** der Stadt Spremberg i/L. für die Wahl eines **Reichstagsabgeordneten** werden vom **28. Dezember 1906 bis einschließlich 4. Januar 1907**, im **Rathause (Stadtverordnetenversammlung)**, **werttäglich** von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, **am Sonntag**, den **30. Dezember 1906** und **am Neujahrstage**, den **1. Januar 1907** von 11 bis 12½ Uhr vormittags, zu Jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Wer die Listen für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen, vom 28. Dezember 1906 ab, bei uns schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, unter Vorbringung der Beweismittel für seine Behauptung.

Nach Ablauf der Einspruchsfrist können weitere Anträge nicht mehr berücksichtigt werden und sind dann nur diejenigen zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, welche in den Listen verzeichnet stehen.

Wahlberechtigt ist jede männliche Zivilperson deutscher Reichsangehörigkeit, welche bis zum Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet hat, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, keine öffentliche Armenunterstützung bezieht oder in dem der Wahl vorausgegangenem Jahre bezogen hat und sich nicht im Konkurs oder unter Kuratel befindet.

Spremberg (L.), d. 21. Dezbr. 06.

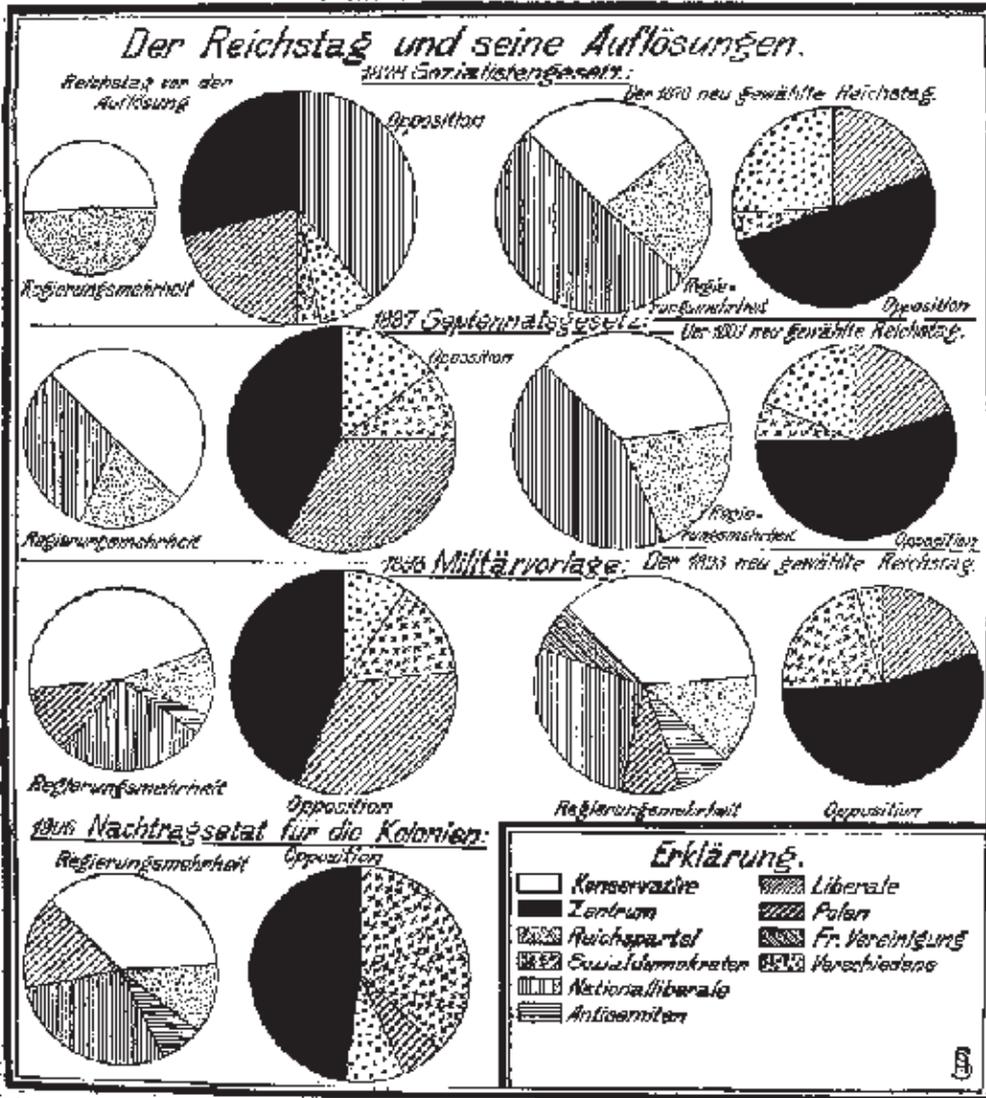
Der Magistrat
Wirth.

Die „Partei der Nichtwähler.“

In immer weitere Kreise dringt die Einsicht, welche große Bedeutung für den Ausgang der Wahlen die Partei der Nichtwähler hat. Auf allen Seiten wird der Appell an das Pflichtgefühl der 3 Millionen Staatsbürger wiederholt, die bei den letzten Wahlen den Armen ferngeblieben sind. Mit Genugtuung verzeichnen wir die Nachrichten, nach denen die Durchsicht der Wählerlisten diesmal viel reger gewesen ist, als je zuvor. Man darf darin ein Anzeichen dafür sehen, daß sich eine eifrige Wahlbeteiligung vorbereitet.

Es hängt in der Tat sehr viel davon ab, daß die politische Energie jetzt endlich die bisherigen Nichtwähler ergreift. Will man von ihren 3 Millionen selbst eine Million als durch Krankheit, Reisen, besondere Umstände entschuldigt gelten lassen, so hat der Rest von zwei Millionen bei den Wahlen noch immer ein solches Gewicht, daß man sagen darf: Wie das Zentrum bisher die ausschlaggebende Partei im Reiche war, so ist die Partei der Nichtwähler die ausschlaggebende Partei bei den Wahlen.

Historische Zeitungsausschnitte
Quelle: Archiv des Niederlausitzer Heidemuseums in Spremberg



Historische Zeitungsausschnitte
 Quelle: Archiv des Niederlausitzer Heidemuseums in Spremberg

Gerhard-Fürst-Preis 2007 des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt prämiiert auch in diesem Jahr herausragende Dissertationen und Diplom- bzw. Magisterarbeiten, die theoretische Themen mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen, mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Mit der jährlichen Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern einen Anreiz geben, die Daten und Produkte der statistischen Ämter verstärkt für ihre Forschungszwecke zu nutzen. Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000,- EUR, in der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“ mit 2 500,- EUR dotiert.

Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Bei der vor einigen Wochen stattgefundenen Preisverleihung des Jahres 2006 hat das Statistische Bundesamt eine wissenschaftliche Arbeit mit dem Gerhard-Fürst-Preis prämiert. Zwei weitere Arbeiten wurden mit Förderpreisen für Nachwuchswissenschaftler ausgezeichnet.

In der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“ wurde die Untersuchung von Herrn Diplom-Ökonom Alexander Vogel zum Thema „Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext – Ergebnisvergleich der normalen, tatsächlichen und gewünschten Arbeitszeit mit Daten der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 auf Basis des kollektiven Modells“ (Universität Lüneburg) von der Jury als herausragende Leistung bewertet und mit dem Gerhard-Fürst-Preis 2006 ausgezeichnet;

das damit verbundene Preisgeld beträgt 2 500 EUR.

Die Dissertation von Dr. Martin Rosemann über „Auswirkungen Daten verändernder Anonymisierungsverfahren auf die Analyse von Mikrodaten“ (Eberhard-Karls-Universität Tübingen) bereichert nach Auffassung der Juroren die wissenschaftliche Diskussion innerhalb der amtlichen Statistik. Sie wurde deshalb mit dem Förderpreis für wissenschaftliche Nachwuchskräfte in Höhe von 2 000 EUR gewürdigt.

Herr Diplom-Soziologe Jonas Radl erhält für seine an der Freien Universität Berlin entstandene Diplomarbeit „Individuelle Determinanten des Renteneintrittsalters – Eine empirische Analyse von Übergängen in den Ruhestand anhand des Scientific Use Files Versichertenrentenzugang 2004“ einen mit 1 000 EUR dotierten Förderpreis in der Kategorie „Diplom- und Magisterarbeiten“.

Die Preisträger werden über Ihre Arbeiten in der Monatszeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ in Kürze ausführlich berichten.

Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2007 können ausschließlich von den die Arbeiten betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. 1. 2005 und dem 28. 2. 2007 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Sie dürfen nicht bereits anderweitig ausgezeichnet worden sein, ausgenommen sind Prämierungen innerhalb der einreichenden Institutionen. Eine vorherige (Teil-) Veröffentlichung der Arbeit schließt eine Preisvergabe nicht aus.

Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Autorin oder des Autors und bei Diplom-, Magister-, Master- und Bachelorarbeiten eine schriftliche Erklärung über die Bearbeitungsdauer der eingereichten Arbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist fünffach und die übrigen Unterlagen sind in neunfacher Ausfertigung bei folgender Adresse einzureichen:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in der Bundesstatistik
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Abweichend von dieser Vorgabe ist es ausreichend, die Doktor- bzw. Examensarbeit nur einfach einzureichen, wenn der Text zusätzlich als MS-Word- oder pdf-Datei zur Verfügung gestellt werden kann. Die Einreichungsfrist endet am 31. März 2007 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter
Telefon: 0611 75-2603
E-Mail: institut@destatis.de
Internet: www.destatis.de/gerhardfuerstpreis.htm

Veröffentlichungen

Berlin, Januar und Februar 2007

Monatsschrift (Doppelheft)	Baufertigstellungen in Berlin	Berliner Binnenschifffahrt	
Heft Nr. 10-11 10-11/2006	Oktober 2006 m 10/06	Juli, August, September 2006 vj 3/06	
M 10,00 EUR	November 2006 m 11/06	*H II 1 4,00 EUR	
Heft Nr. 12 m 12/06	*F II 2 4,00 EUR		
(Das Erscheinen der Monatsschrift endet mit dieser Ausgabe)	Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe in Berlin	Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität in Berlin	
M 5,00 EUR	September 2006 m 09/06	Oktober 2006 m 10/06	
Datenangebot aus dem Mikrozensus (Jahresdurchschnitt)	Oktober 2006 m 10/06	November 2006 m 11/06	
2005 j 2005	November 2006 m 11/06	G IV 1 / G IV 2 4,00 EUR	
A I 5 / A 7 0,00 EUR	Dezember 2006 m 12/06	Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Berlin	
Verbraucherpreisindex für Berlin	G I 1 / G IV 3 4,00 EUR	2004 j 04	
August 2006 08/06	Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstand in Berlin	N III 4,00 EUR	* bundeseinheitliche statistische Kennziffern
Oktober 2006 10/06	3. Vierteljahr 2006 vj 3/06		
*M I 2 4,00 EUR	*A I 1 / A I 2 4,00 EUR		
Studierende an Hochschulen in Berlin	Einbürgerungen in Berlin		
Wintersemester 2005/2006	2006 j 06		
*B III 1, Teil 1 4,00 EUR	A I 9 4,00 EUR		
*B III 1, Teil 2 4,00 EUR	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden		
*B III 1, Teil 3 4,00 EUR	November 2006 m 11/06		
Sommersemester 2006, vorläufige Ergebnisse	Dezember 2006 m 12/06		
*B III 1 4,00 EUR	*E I 1 6,00 EUR		
Baugewerbe in Berlin	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragsingangindex, Umsatzindex		
Oktober 2006 m 10/06	November 2006 m 11/06		
November 2006 m 11/06	Dezember 2006 m 12/06		
*E II 1 / E III 1 4,00 EUR	*E I 3 4,00 EUR		
Baugewerbe in Berlin, Ergebnisse der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe und der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe	Verarbeitendes Gewerbe in Berlin		
Juni 2006 j 06	2006 j 06		
*E II 2 *E III 2 4,00 EUR	*E I 1 6,00 EUR		
Baugenehmigungen in Berlin	Straßenverkehrsunfälle in Berlin		
Oktober 2006 m 10/06	Oktober 2006 m 10/06		
November 2006 m 11/06	November 2006 m 11/06		
*F II 1 4,00 EUR	*H I 1 6,00 EUR		

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 3434
030 9021 3899

Fax: 030 9021 3655

Veröffentlichungen

Brandenburg, Januar und Februar 2007

Bevölkerungsstand	An- und Abmeldungen gewerblicher Arbeitsstätten	Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis
31.09.2006 m 09/06	Oktober 2006 m 10/06	November 2006 m 11/06
31.10.2006 m 10/06	November 2006 m 11/06	Dezember 2006 m 12/06
A I 1 5,10 EUR	D I 2 6,25 EUR	G IV 3 5,50 EUR
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Straßenverkehrsunfälle
September 2006 m 09/06	– Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex	Endgültiges Ergebnis
Oktober 2006 m 10/06	November 2006 3-m 11/06	Oktober 2006 m 10/06
A II 1 5,15 EUR	Dezember 2006 3-m 12/06	November 2006 m 11/06
Wanderungen	E I 1 7,15 EUR	H I 1 3,30 EUR
September 2006 m 09/06	– Produktionsindex	Vorläufiges Ergebnis
Oktober 2006 m 10/06	November 2006 m 11/06	November 2006 m 11/06
A III 1 5,15 EUR	Dezember 2006 m 12/06	Dezember 2006 m 12/06
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Vorläufiges Ergebnis (Stand: Juli 2006)	E I 2 5,55 EUR	H I 1 5,15 EUR
31.12.2005 vj 4/05	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)	Sozialhilfe Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII
A VI 5 7,50 EUR	November 2006 m 11/06	2005 j/05
Arbeitsmarkt	Dezember 2006 m 12/06	K I 3 5,85 EUR
Dezember 2006 m 12/06	E II 1 6,15 EUR	Verbraucherpreisindex
Januar 2007 m 1/07	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen	Dezember 2006 m 12/06
A VI 7 6,05 EUR	November 2006 m 11/06	Januar 2007 m 01/07
Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland, Endgültiges Ergebnis	F II 1 5,95 EUR	M I 2 6,45 EUR
2006 j 06	Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel sowie Kraftfahrzeughandel (Messzahlen), Vorläufiges Ergebnis	Verdienste im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe
C II 1 6,05 EUR	November 2006 m 11/06	Oktober und Jahresdurchschnitt 2006 vj 4/06
Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung	Dezember 2006 m 12/06	N I 1 6,65 EUR
2006 j 2006	G I 1 5,40 EUR	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
C II 6 6,45 EUR	Aus- und Einfuhr, Vorläufiges Ergebnis	2004 3-j 04
Schlachtungen und Fleischerzeugung	November 2006 3-m 11/06	Q I 1 10,20 EUR
November 2006 m 11/06	G III 1 6,45 EUR	
C III 2 5,25 EUR	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr	
Milcherzeugung und Milchverwendung	November 2006 m 11/06	
Oktober 2006 m 10/06	G IV 1 6,75 EUR	
C III 3 5,15 EUR		

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: info@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

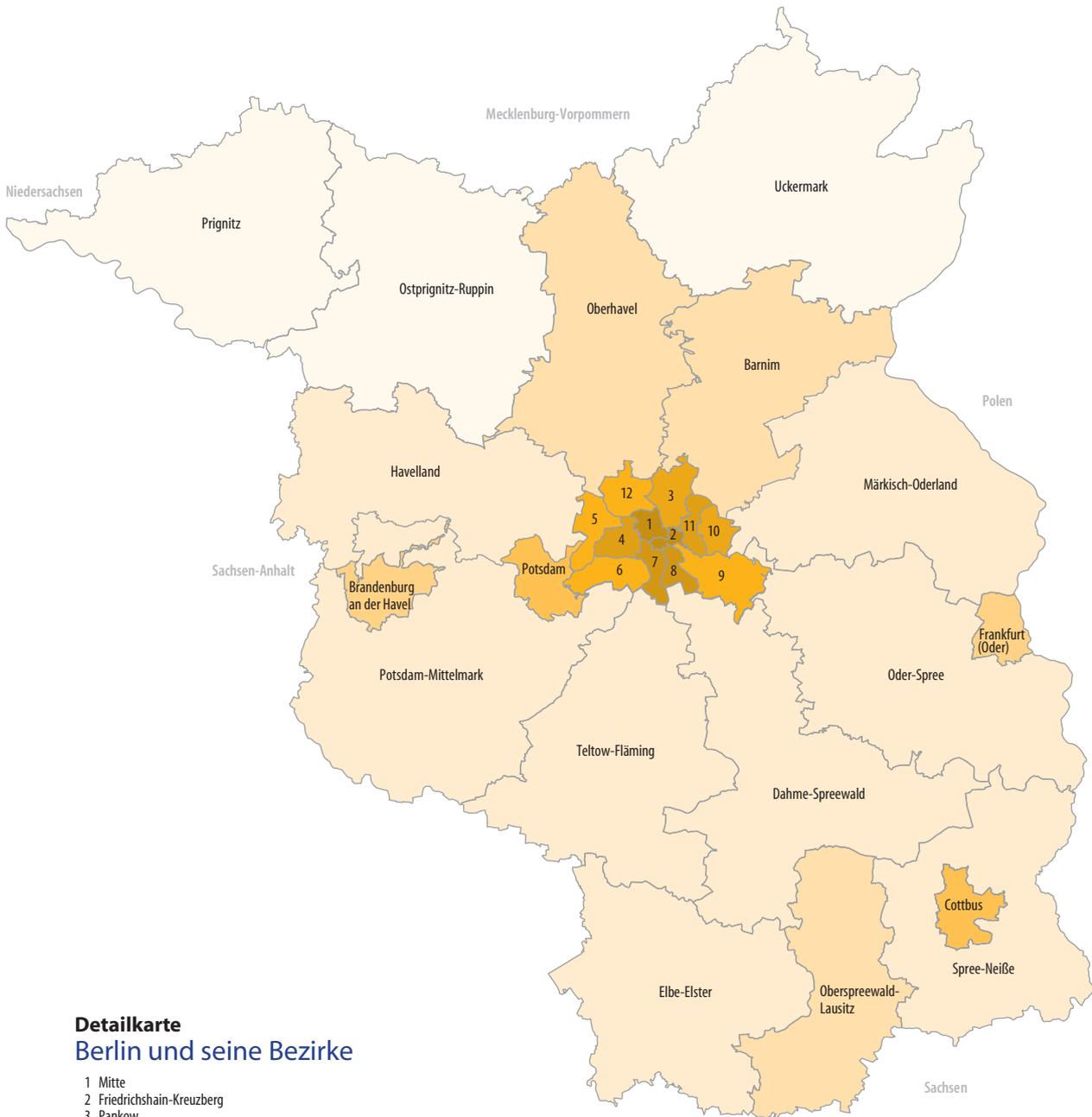
Tel.: 0331 39 444
Fax: 0331 39 418

Die Veröffentlichungen sind auch als CD-ROM zum Preis von 20,00 EUR erhältlich.

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

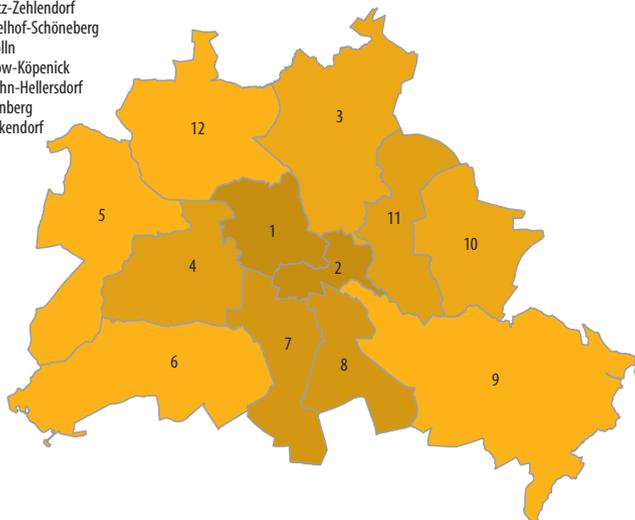


Bevölkerungsdichte in Einwohner / km² im Jahr 2005



Detailkarte Berlin und seine Bezirke

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf



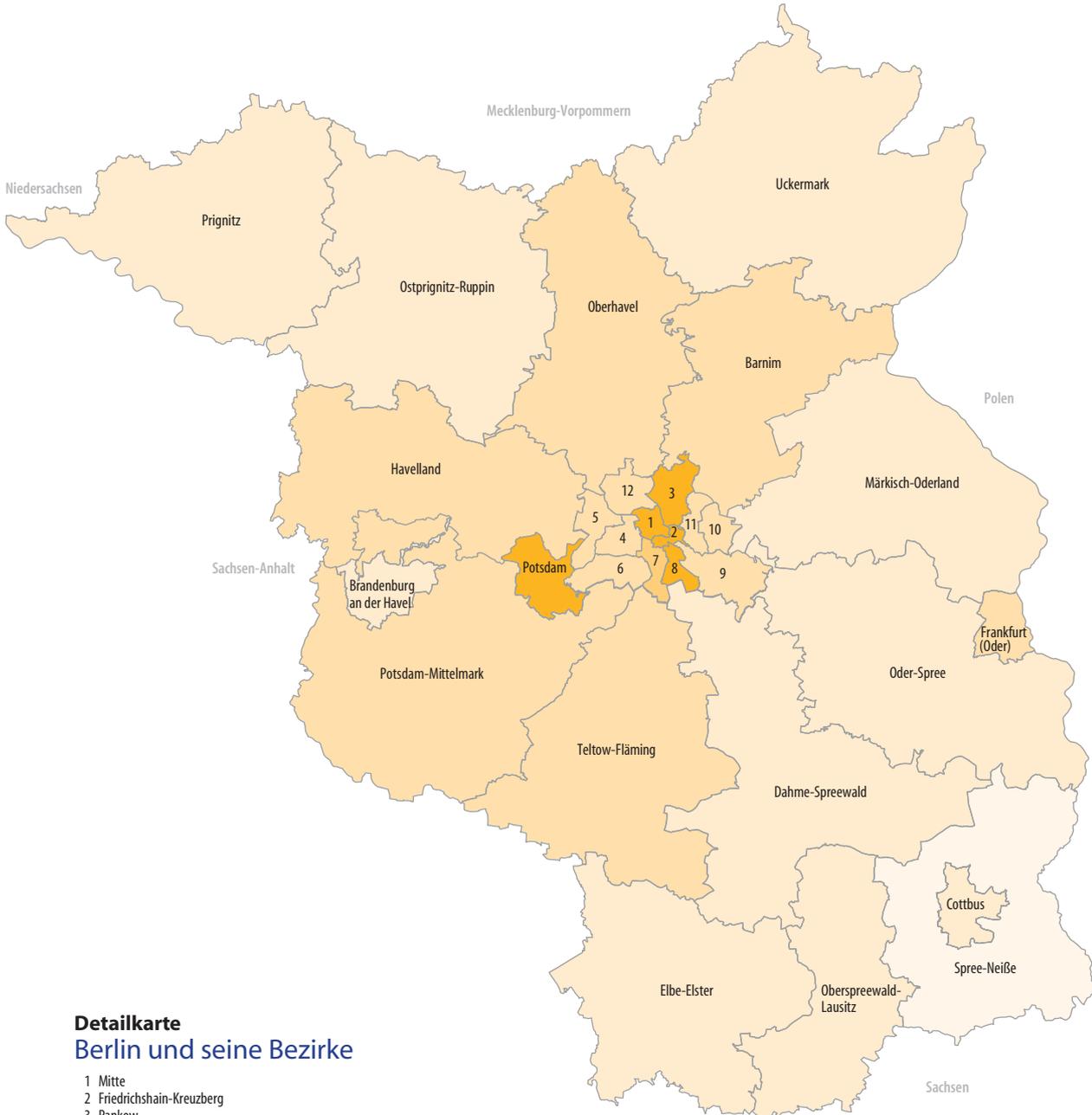
Personen je km² in ... Brandenburg

Lightest yellow	unter 50
Light yellow	50 bis unter 100
Yellow	100 bis unter 150
Orange	150 bis unter 450
Dark orange	450 und mehr

... Berlin

Lightest yellow	unter 3 000
Light yellow	3 000 bis unter 4 500
Yellow	4 500 bis unter 6 000
Orange	6 000 bis unter 7 500
Dark orange	7 500 und mehr

Lebendgeborene je 1 000 der Bevölkerung 2005



Detailkarte Berlin und seine Bezirke

- 1 Mitte
- 2 Friedrichshain-Kreuzberg
- 3 Pankow
- 4 Charlottenburg-Wilmersdorf
- 5 Spandau
- 6 Steglitz-Zehlendorf
- 7 Tempelhof-Schöneberg
- 8 Neukölln
- 9 Treptow-Köpenick
- 10 Marzahn-Hellersdorf
- 11 Lichtenberg
- 12 Reinickendorf

